

Zur Schuldfrage



Befragte man Menschen nach Christian Hirte (CDU), dürfte man Schulterzucken ernten. Das wäre im Westen Deutschlands nicht ungewöhnlich, denn der Mann ist der Ostbeauftragte der Bundesregierung. Aber auch im Osten ist er völlig unbekannt. Nur kürzlich schaffte er es in die Schlagzeilen, mit der Bemerkung, DIE LINKE sei schuld am Aufstieg der AfD. Sie hätte die Demokratie verächtlich gemacht.

Wie bitte, frage ich mich da? Ausgerechnet jene Partei, die seit Jahren permanent den Lobbyismus in der Politik kritisiert, die Aushöhlung der Demokratie durch die Privatisierung des Öffentlichen anprangert und für eine Senkung der Hürden für Volksbegehren und Demokratisierung der Wirtschaft streitet, ausgerechnet wir also, haben die Demokratie verächtlich gemacht? Entweder, Herr Hirte hat keine Ahnung – oder er stellt sich dumm.

Für den Aufstieg der AfD gibt es viele Ursachen. Besonders der Osten ist seit 1990 zu einem Labor neoliberaler ökonomischer Experimente gemacht worden. Der Deindustrialisierung folgten Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne, ein demütigender Umgang mit Erwerbsbiographien und die Besetzung aller Schaltstellen in Wirtschaft, Politik, Justiz, Medien, Hochschulen und öffentlicher Verwaltung mit Personal aus dem Westen. Das bittere Schimpfwort von der „Kolonisation“ des Ostens fand zu Beginn der 90er Jahre Eingang in den Sprachgebrauch. Paradox allerdings: Besonders im ländlichen Sachsen wählten die Menschen viele Jahre unversdrossen CDU, die 18 Jahre brauchte, um einen Ostdeutschen zum sächsischen Ministerpräsidenten zu machen.

Nun ist dies allein noch lange kein Grund, um die AfD zu wählen, eine Partei, deren Führungspersonal rassistische Ressentiments bedient und fördert, faktisch kein soziales Profil und auch wirtschaftlich keinerlei Kompetenz vorzuweisen hat. Eines allerdings schafft sie hervorragend: Angst schüren. Angst vor Überfremdung, Angst vor „Islamisierung“, Angst um die heimische Bratwurst, Angst vor dem Wolf. Keine Lüge, keine Halbwahrheit, keine Übertreibung und keine rassistische Hetze, die es

dieser Partei nicht wert wäre, den von der Angst vor sozialem Abstieg geplagten Menschen noch mehr Angst einzujagen und sich als rettende Alternative zu profilieren. Minderheiten werden verbal ausgegrenzt, beleidigt, physisch bedroht und die Armen gegen die Ärmsten ausgespielt. Und hier kommt die etablierte Politik ins Spiel: Seit der AGENDA 2010 übt diese sich in Demütigung, Herabwürdigung und Stigmatisierung von Arbeitslosen, Sozialleistung beziehenden Menschen, genussvoll begleitet von ekelhafter Zurschaustellung menschlicher Schwäche, besonders in den privaten Medien. Das Treten nach unten wurde den Menschen in den letzten 20 Jahren planvoll anerzogen. Auf dieser Basis baut die AfD auf. Nur so ist ihr Erfolg erklärbar und zu verstehen.

DIE LINKE hat als einzige Partei stets vor dieser gefährlichen Gemengelage gewarnt – als einsame Ruferin in der Wüste. Sie wurde dafür diffamiert, lächerlich gemacht und ihre Warnungen vor den faschistischen Umtrieben, besonders in den ländlichen Regionen, wurden als Panikmache abgetan, antifaschistischer Protest oft als extremistisch kriminalisiert.

Es mag sein, dass die Gegenstrategie der LINKEN, besonders in den letzten fünf Jahren, auch von einer gewissen Ratlosigkeit geprägt war – es ging uns da nicht viel anders als den anderen Parteien, die erschüttert vor der Wucht der rechten Umtriebe standen und stehen. Und es mag auch sein, dass wir ein Sprachproblem haben. Sowohl in der Aus- als auch in der Ansprache. Ich nehme mich da gar nicht aus. Oft in akademischem Dialekt vorgetragenen Reden, im Soziologendeutsch verfasste Texte und der Drang, lieber zu belehren als zu überzeugen, sollten in den fälligen Diskussionen über die Zukunft unserer Partei eine gebührende Rolle spielen. Eines darf jedoch meines Erachtens keinesfalls die Lösung sein: Den Menschen aus wahltaktischen Gründen nach dem Mund zu reden. Menschenfeindliche Einstellungen sind zu entlarven, nicht zu übernehmen. Wer auf diese Weise versuchen will, Wähler zurück zu gewinnen, wird die Verbliebenen noch verlieren.

• Katja Kipping

Links!
im Digitalabo. Jede
Ausgabe schon drei Tage
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351/84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
Oktober 2019

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

Wer weiß schon, dass es in Chemnitz 14.500 Kleingärten gibt? Der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V. hat in Sachsen rund 200.000 Mitglieder. Thomas Seidel von den Chemnitzer Gartenfreunden rechnet vor: Wenn jeder der Chemnitzer Gartenfreunde ein Kilo Äpfel verschenken würde, müssten 14,5 Tonnen Äpfel weniger in die Supermärkte transportiert werden. Dort sieht der Chemnitzer Kleingärtner Seidel ein wesentliches Problem: Obwohl es jede Menge Obst und Gemüse in den Kleingärten gibt, das die Gärtner mit ihren Familien gar nicht verbrauchen können, finden überschüssige Birnen, Tomaten und Äpfel sowie zahlreiche andere Gemüse- und Obstsorten nicht den Weg zum gartenlosen Nachbarn. Der kauft stattdessen vielleicht Äpfel im Supermarkt aus Neuseeland. Das müsste nicht so sein, der Apfelfreund Seidel will das ändern. Ralf Richter hat ihn befragt.

Was ernten Sie selbst und was haben Sie sich vorgenommen?

Da wir unseren Kleingarten erst im Mai übernommen haben, war unser Zeitfenster für die Pflanzvorbereitungen sehr kurz. Zudem mussten wir erst testen, was guten Ertrag bringt und was nicht gut wächst. Geerntet haben wir Gurken, Tomaten, Bohnen, Radieschen, Möhren, Kohlrabi, Weintrauben, Äpfel, Auberginen, Zucchini, Blumenkohl und Kräuter. Künftig werden wir noch ein paar Beete anlegen und Ziergehölze gegen Stachelbeeren und Johannisbeeren tauschen – ein Pflaumenbaum fehlt auch noch ...

Welche Rolle spielt der Gemüse- und Obstanbau im Stadtverband der Kleingärtner in Chemnitz?

Der Stadtverband steht laut Satzung für die umweltbewusste Nutzung des Bodens und die Förderung des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Landschaftspflege. Die nachhaltige Produktion von Gartenobst und -gemüse ist eines der größten Anliegen des Stadtverbandes. Unter diesem und weiteren Gesichtspunkten berät der Stadtverband die Kleingartenvereine der Stadt.

Im Interesse der Nachhaltigkeit wäre es sinnvoll, wenn jeder von uns mehr Lebensmittel aus der Region konsumieren würde. Leider wissen viele Städter gar nicht, was nebenan an Obst und Gemüse wächst. Wäre es nicht eine Überlegung wert, in den Großstädten mehr Regionalmärkte in zu etablieren?

Genau da setzen wir mit unserer Initiative an! Direktvombeet.de steht für nachhaltige Lebensmittel aus der Region. Dabei meint „Region“ tatsächlich das, was die Nachbarn im Garten in der unmittelbaren Umgebung anbauen. Regionalmärkte wären aus unserer Sicht sehr gut. Will man Produkte aber auf einem Markt verkaufen, sind behördliche Auflagen zu erfüllen, die die Waren teurer machen. Auch eine entsprechende Infrastruktur müsste vorhanden sein. Das alles darf man nicht vergessen.

Also ist der Weg über das Internet der bessere? Haben Sie deshalb direktvombeet.de geschaffen?

Nicht nur. Uns geht es darum, den Kleingarten wieder als Lebensmittellieferanten zu sehen. Städter können erfahren,

Direkt vom Beet – auch in der Stadt!

Thomas Seidel und die Chemnitzer Gartenfreunde bringen Kleingärtner und Nicht-Gärtner zusammen, damit alle mehr von gesunden Lebensmitteln haben

woher Essen kommen kann und wie gut es schmeckt, wenn es aus dem Garten kommt. Zusätzlich gibt es einen ganz wichtigen Aspekt: die Verpackung und Transporte! Es werden Tonnen von Obst und Gemüse in Fabriken sortiert und verpackt und transportiert, während Äpfel oder Pflaumen am Baum ungenutzt bleiben. Das muss sich ändern.

Manchmal liest man auch Aushänge, wo Gärtner Hilfe suchen. Spielten diese Gesuche bei der Konzeption auch eine Rolle?

Das war unsere erste Idee, genau diese Hilfe mit dem Nutzen für beide Seiten zusammen zu bringen. Was das Thema Hilfe betrifft, so ist der Bedarf aber meiner Ansicht nach geringer als gemeinhin angenommen wird. Jeder, der bei uns Anzeigen schaltet, hat eine eigene

Motivation. Die einen wollen gesundes und frische Produkte aus dem Garten, wollen die Herkunft wissen oder Verpackungen sparen. Der Gartenbesitzer bekommt Hilfe oder etwas für die Spurbüchse oder ist einfach froh, wenn seine Produkte auch verbraucht werden.

Wie kam Ihnen die Idee, solch eine Homepage zu entwickeln?

Ich gehöre zu den Leuten, die täglich einen Apfel essen – während meine Frau gern Tomaten isst. Wir haben festgestellt, dass es mit dem Geschmack des im Supermarkt gekauften Obstes bzw. Gemüses nicht weit her ist. Insbesondere was den Geschmack der Tomaten betrifft, aber auch bei Äpfeln sind die Supermärkte auf wenige Sorten konzentriert, so dass es viele Geschmacksrichtungen gar nicht zu kaufen gibt.

Sie wollten etwas Besseres essen als Industrieprodukte von Plantagen, wo es kaum Bienen gibt.

Wir waren auf einer Veranstaltung, in der es darum ging, welche Massen an Müll hergestellt werden und wie man Müll vermeiden, zumindest minimieren kann. Dort kam es zu heftigen Diskussionen. Während manche meinten, man könnte die Supermärkte dazu bewegen, unverpackte Lebensmittel anzubieten, sah ich das eher skeptisch. Schließlich sagte uns eine Freundin, dass sie ihrem Opa im Garten hilft, der seine Tomaten liebt und so viele davon anbaut, dass sie für die eigene Familie immer noch viel zu viel sind. Aber es sei eben seine große Leidenschaft. Da schlug ich ihr vor, die überzähligen Tomaten einfach uns zu geben, und damit war vom Prinzip her die Grundidee geboren.

Wie funktioniert die Webseite?

Die Seite ist leicht zu bedienen. Zuerst muss man sich anmelden und registrieren. Im zweiten Schritt kann man ganz einfach seine Anzeige schalten bzw. die Anzeigen durchsuchen. Hat man etwas Interessantes gefunden, tritt man über das interne Nachrichtensystem in Kontakt. Erhält jemand auf seine Anzeige eine Antwort, so wird er via Email informiert. Das interne Nachrichtensystem gewährleistet Anonymität, bis jeder einzelne von sich aus entscheidet, ob und wem er seine Kontaktdaten gibt.

Wird es auch eine App geben?

Die Konzeption dafür liegt vor. Leider sind die Kosten hoch. Wenn es aber ein großes Interesse und eine Beteiligungsbereitschaft gibt, können wir loslegen.

Nicht alle sind besonders technikbegeistert. Sie haben aber mit ihrem „Anhänger von Frische“ ein besonderes Angebot.

Wer mal im Hotel war, der weiß, dass es dort einen Türklinkenanhänger gibt: „Bitte nicht stören!“ Ähnlich funktioniert der „Anhänger von Frische“. Er besteht aus Kunststoff, hat eine Größe von etwa zehn cm und kann an jedem Gartenzaun oder Gartentor angebracht werden. Wer dann von den Passanten draußen vorbeiläuft, kann erkennen, hier gärtner jemand, der gern von seinen Produkten etwas abgibt und kann den Gärtner oder die Gärtnerin ansprechen.

Unsere Leserinnen und Leser kommen aus ganz Sachsen. Können die alle einen „Anhänger der Frische“ bestellen bzw. sich auf der Homepage anmelden?

Wir sind offen für alle, die sich unserer Idee des Zusammenbringens von Kleingärtnern mit ökologisch bewussten Städtern anschließen möchten. Die Resonanz war bislang schon riesig. Damit auf die Schnelle anderen Regionen das nachahmen können, haben ich Aushänge erstellt, die man herunterladen, ausdrucken und in den Gartenanlagen aushängen kann: www.direktvombeet.de/lebensmittel-retten-bundesweit

Ihr Projekt lebt nicht zuletzt von Spenden. Wie kann man helfen?

Ich suche noch einen Sponsor und bin für Spenden, einzeln oder dauerhaft, sehr dankbar. Einfach auf www.direktvombeet.de/spende gehen und auswählen.



Jeder dritte junge Mensch armutsgefährdet

Sozial-Skandal des Monats

Susanne Schaper fordert realistische Unterstützung für Auszubildende und Studierende in Sachsen

Laut einer Statistik, die von der LINKEN Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann veröffentlicht worden ist, gilt über ein Drittel der Sächsinen und Sachsen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren als armutsgefährdet. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 25,6 Prozent. Die sogenannte Armutsgefährdungsschelle lag 2018 im bundesweiten Durchschnitt für einen Single-Haushalt bei 1.035 Euro, in Sachsen bei 937 Euro. Darin enthalten ist das gesamte Nettoeinkommen eines Haushaltes inklusive Wohngeld, Kindergeld oder anderer Sozialleistungen. Der Begriff Armutsgefährdung ist jedoch irreführend. Denn als armutsgefährdet gilt jeder, der weniger als diese Summe im Monat zur Verfügung hat. Ich meine, dass jeder, der über weniger Nettoeinkommen im Monat verfügt, bereits arm ist. Denn Armut ist kein Zustand, in den man langsam hineingleitet, wie es die Armutsgefährdung suggeriert. Entweder man ist arm oder eben nicht.

Unter den 18- bis 25-Jährigen befinden sich selbstverständlich Studierende und Auszubildende, die von Haus aus geringere Einkommen haben. Das müsste aber nicht so sein, wenn BAföG-Sätze und Berufsausbildungsbeihilfen sich an der Realität orientieren würden, damit man als Lehrling oder Student eben nicht automatisch arm ist. Den Anteil armer

Menschen zu verringern muss das Ziel politischen Handelns sein. In Sachsen scheint aber das Gegenteil der Fall zu sein. Betrug die Quote armutsgefährdeter Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren im Jahr noch 2005 „nur“ 30,5 Prozent, waren es letztes Jahr schon 35,7 Prozent. Und das trotz der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015. Ursache dafür ist natürlich auch, dass die sächsische Staatsregierung den niedrigen Lohn jahrzehntelang als Standortvor-

teil angepriesen hat, anstatt sich für anständige Löhne einzusetzen. Das wirkt bis heute nach. Deutschlandweit ist ein Drittel der Armen erwerbstätig, in Sachsen voraussichtlich mehr. Das sind Zustände, die nicht hinnehmbar sind. In einem reichen Land wie Deutschland sollte es möglich sein, Armut effektiv zu bekämpfen: mit einer höheren und sanktionsfreien Mindestsicherung, höherem Kindergeld bzw. einer eigenständigen Kindergrundsicherung, höheren BAföG-Sät-

zen und Beihilfen zur Berufsausbildung – kurz: mit einem Sozialstaat, der diesen Namen verdient.

Da die Staatsregierung in den letzten 29 Jahren nichts unternommen hat, um den Sozialstaat zu stärken und davon auszugehen ist, dass sich diesbezüglich auch Grüne und SPD bei den Sondierungsgesprächen nicht durchsetzen werden, heißt es für mich und meine Fraktion: auch in den nächsten fünf Jahren dafür kämpfen!



Die Hasen und die Igel

Es ist Freitag, der 20. September, und bereits abends. Ein langer, schöner Tag neigt sich zu Ende, knapp vor Herbstanfang, mit einem herrlichen Abendrot, das einen sonnigen nächsten Tag verspricht. Ich sitze am Schreibtisch und schreibe diese Glosse. Der Tag war lang, weil ich um 9:30 einen Termin in Dresden wahrnehmen musste; Fahrzeit eine knappe Stunde – also spätestens 8:00 Uhr los, aufstehen halb sieben. Kann ja etwas dazwischen kommen. Vor Staus ist man nie gefeit. Hin blieb er mir erspart, zurück war er da. Rechtzeitig ausgewichen, weil durch das Radio gewarnt, gelang mir die Rückfahrt – über vier Umleitungen und zwei lange Aufenthalte vor Ampeln, die wegen Baustellen verengte Fahrbahnen wechselweise freigaben – in gut zwei Stunden.

Ja, die Fahrt wurde mit dem Auto angetreten. Mit Öffis wäre der Termin nicht zu halten gewesen: Erst drei Kilometer zum nächsten Bahnhof. Von da fährt jede Stunde ein Zug nach Leipzig. Kommt man dort an, fährt der Zug nach Dresden just im gleichen Augenblick weg. Nach einer halben Stunde geht es dann weiter. In Dresden noch Straßenbahn. Wann soll ich da aufstehen, um alles zu schaf-

fen? „Sei nicht so empfindlich“, denke ich. Im Radio höre ich nämlich gerade, dass das GroKo-Bundeskabinett die ganze Nacht „getagt“ hat und immer noch tagt, um die Hausaufgabe eines Klimaschutzprogrammes zum Ende zu bringen. Das erinnert mich an meine Schulzeit – nächtliches Erledigen von Hausaufgaben bringt Fehlerhaftigkeit des Resultats. „Friday for future“ ist der Tag auch noch. Sicher sammeln sich schon allüberall die Schüler*innen und von diesen aufgeweckte Erwachsene zur Fahrt in die großen Städte zur Demo für die Klimarettung. In anderen Teilen der Erde sind sie schon längst auf den Beinen. In Australien und Polynesien ist schon alles wieder fast vorbei. In Frankfurt am Main erwacht indessen der vorletzte Tag der Internationalen Automobilausstellung. Den Zugang in die Hallen haben am ersten Tag Demonstrant*innen blockiert. Wer hinein wollte, musste den Hinterausgang benutzen. Beim Frühstück kann ich schon das zeitig angelieferte „Neue Deutschland“ lesen, mit einem Extrablatt zum FfF-Klimastreik. Am Ende des Tages sticht das Schiff „Polarstern“ von Norwegen aus in See. Es soll ein Jahr lang im Eis festgefroren triftend (eine sehr umweltfreundliche,

aber nicht verallgemeinerbare Art der Mobilität) das arktische Klima erkunden. Und der Regenwald in Südamerika brennt immer noch.

Pünktlich war ich auf die unweite Autobahn aufgefahren und habe mich eingereicht. Das ging gar nicht so ein-



fach, denn auf der rechten Spur bewegte sich eine unendliche, dicht auf dicht fahrende Kolonne von Lkws und links eine ebensolche Schlange von Pkws und kleineren Transportfahrzeugen. Sich da hineinzuschlängeln musste man erst schaffen. Mit Bremse, Gas, Hupe, Übermut und auch etwas Rücksichtslosigkeit war es geglückt. Jetzt war man Teil der Karawane. Fast Stoßstange an Stoßstange bewegte sich auf beiden Spuren der Tross. Die Fahrt verlief jedoch, wie bereits gesagt, ohne Zwischenfälle, dau-

erte keine ganze Stunde und endete sogar etwas zu früh am Zielort. Dennoch war Zeit zum Beobachten und Nachdenken. Was bewegte sich eigentlich auf diesem Betonband und wodurch bewegte es sich? So kam plötzlich die Erkenntnis: Ich fuhr an Tausenden brennenden Arbeitsplätzen vorbei. Die befanden sich in den Lkws und sie befanden sich in den Autos vor und hinter mir. Die dagegen anrennen sind die Hasen, kam mir in den Sinn. Sie rennen hinter den Igel her. Die rufen aber überall, „Ick bin allhier“. Genau dagegen wurde ja am gleichen Tag demonstriert, genau deshalb tagte nächtens die GroKo. Wer wird dieses Rennen gewinnen, war plötzlich die Frage des Tages? Werden die Hasen, so wie im Märchen, eines Tages wegen des nicht zu gewinnenden Wettbewerbs tot umfallen? Oder geben die Igel auf, weil ihnen die Hasen etwas Neues als Ersatz für dieses sinnlose Wettrennen anbieten – mit Gewinn für beide Seiten? Das Märchen beginnt im Original mit dem niederdeutschen Satz: „Disse Geschichte ist lögenhaft to vertellen.“ Das ist der Anfang für die AfD und Konsorten. Die glauben nicht an die drohende Tragödie. Wir wissen jedoch, uns rettet nicht das schöne Wetter des Märchens und dieses 20. Septembers. Wetter an ein paar Tagen ist nicht Klima. Es muss uns etwas einfallen – für Klima und Arbeitsplätze.

„Sig“, ein Mensch – und Kosmonaut

Falls Vorbilder heute noch gefragt sind – Dr. Sigmund Jähn kann eines sein. Von *René Heilig*

Nachdem die traurige Nachricht von den Medien verbreitet worden war, kam vielfache Betroffenheit zurück. Mehr oder weniger bedeutende Menschen suchten in ihren Handyarchiven nach Selfies, auf denen sie neben dem berühmten Raumfahrtpionier zu sehen sind. Weltweit, in Europa, in Deutschland, vor allem in jenem Teil, der zu Jähns „Sternstunden“ noch DDR hieß, trauern Menschen um den Mann, der der erste Deutsche im All war.

Er sei ihr erster „Held“ gewesen, schreiben Leute, die heute um die 50 sind. Deren Kinder fragen, ob das einer von denen war, die auf dem Mond so komisch rumgehüpft sind. Die Zeit verändert Perspektiven. Die positive Sicht auf Sigmund Jähn hält jeder kritischen Betrachtung stand.

Die meisten, die jetzt voller Hochachtung von Jähn sprechen, haben ihn nie persönlich getroffen. Doch sie fühlen sich diesem Menschen – über Bewunderung und Respekt hinaus – nah. Seit Jahrzehnten. Warum das so ist, hat der (west-)deutsche Astronaut Thomas Reiter in seinem Vorwort zu einer vor zwei Jahrzehnten von Horst Hoffmann veröffentlichten und immer noch höchst lesenswerten Jähn-Biografie zusammengefasst: „Man fragt sich, wie die Welt wohl wäre, wenn es nur gute Menschen gäbe, tolerant, um-sichtig, mit großem Herzen und großer Seele.“ In diesem Zusammenhang, so Reiter, sei er von zwei Dingen fest überzeugt: „Es gibt leider noch nicht genug von diesen Menschen“, aber einen habe er kennengelernt: Sigmund Jähn.

Als der am 13. Februar 1937 im vogtländischen Morgenröthe-Rautenkranz in sogenannten einfachen Verhältnissen – Vater war Waldarbeiter, die Mutter Näherin – geborene Sigmund Werner Paul Jähn acht Jahre alt wurde, ging auf Dresden ein Bombenhagel nieder. Der Junge, dem in der Schule das „Heil Hitler“ eingetrichtert wurde, sah fliehende deutsche Truppen und Flüchtlingstrecks, die sich ins Unge- wisse quälten. Dann kamen die Sieger, der Krieg war aus. Etwas Neues begann. Was sollte Jähn daraus machen?

In der Jugendherberge von Rautenkranz waren Flüchtlingskinder aus Ostpreußen untergebracht. Ein Junge schenkte dem „Sig“ – die Kurzform seines Namens hat ihn ein Leben lang begleitet – ein Modellflugzeug. Ob das der Anfang seiner Fliegerkarriere war? Ursprünglich jedenfalls hatte er Förster werden wollen. Oder Lokführer. Aber auf keinen Fall wollte er auf eine höhere Schule wechseln. Letztlich wurde er Buchdrucker und verdiente 380 Mark im Monat.

Bei Wikipedia liest man, Jähn sei „ein deutscher Jagdflieger“ gewesen. Das ist nicht falsch. Aber mit „Kollegen“

wie etwa Manfred von Richthofen, Werner Mölders und Johannes Steinhoff hatte er wenig gemein. Viele Piloten eifern diesen Wehrmachtsoffizieren noch immer nach. Jähn hatte sich aus anderen Gründen zum Militär gemeldet. Das war Anfang der 1950er Jahre, die Weltmächte rüsteten sich atomar, die beiden Deutschlands standen in der Ost-West-Konfrontation auch militärisch gegeneinander. Jähn stieg als Offizier der NVA und Mitglied der SED in Flugzeuge, um zu verhindern, dass der Frieden abermals zerschossen wird. Das Überlebensmodell beider Seiten hieß Abschreckung. Es hat – obwohl so oft knapp vor dem Scheitern – seinen Zweck erfüllt.

Von 1966 bis 1970 studierte Jähn an der Militärakademie „Juri Gagarin“ in Monino bei Moskau. Sechs Jahre später sammelte er abermals Wissen an einer sowjetischen Lehreinrichtung, die nach dem ersten Kosmonauten der Welt benannt war. Gemeinsam mit seinem „Double“ Eberhard Köllner bereitete sich der Auserwählte unter strikter Geheimhaltung auf einen Raumflug vor.

Damals lief gerade das Interkosmos-Programm an. Es bedeutete: Die sozialistischen Staaten beteiligten sich unter Führung der Sowjetunion an der friedlichen Eroberung des Weltraums. Die DDR hatte einiges zu bieten. Nicht nur die als „Multispektakelkamera“ verspottete Jenaer High-tech-Kiste, mit der sich die Erde aus kosmischen Bahnen analysieren ließ. Die Ausbildung im „Sternenstädtchen“ war eine Tortur für Körper und Geist. Doch Jähn hielt stand, wuchs mit seinen Aufgaben. Dann, am 26. August 1978, war es so weit. An der Seite seines sowjetischen Kommandanten Waleri Bykowski (1934-2019) startete er mit Sojus 31 zu einer einwöchigen Forschungsmission. „Wenn man den Eindruck hat, in einem Auto mit viereckigen Rädern zu sitzen und damit über Kopfsteinpflaster zu holpern, dann ist alles normal“, hatte ihn sein Ausbilder, der Fliegerkosmonaut Alexej Leonow, vorgewarnt. Wie normal der Start lief, konnte man Jähns hintergründigem Grinsen entnehmen, wenn er im engen Kreis davon berichtete. Und dass seine Rückkehr zur Erde so brutal war, dass er teilinvalidisiert wurde und später jahrelang die Bekanntschaft diverser Bundeswehrärzte suchen musste, ist gleichfalls eine von der damaligen sozialistischen Propaganda unbeachtete Geschichte.

Der Kosmonautenkandidat war kein Riese, keiner, der das Wort führte. Der Flug um die Erde verlangte viele andere Eigenschaften: Wissen vor allem, Verlässlichkeit, Neugier, körperliche Fitness und vor allem: Eine gehörige Portion Mut. Vor Jähn waren bereits 89 Menschen ins All geflogen. Vier sowjetische Kosmonauten konn-

te man nur postum ehren, auch US-Astronauten starben beim Training auf der Erde. Auch nach Jähns Flug wurde Raumfahrt nicht zum Ausflugsvergnügen. Die Opferliste verlängerte 1986, als der US-Space-Shuttle „Challenger“ nur Sekunden nach dem Start zerbrach. Alle sieben Crewmitglieder starben.

So sehr Jähn den Blick auf die Erde aus kosmischen Höhen genossen hat: Er blieb erdverbunden, obwohl die DDR-Partei- und Staatsführung ihn mit Orden und Beförderungen überhäufte – nicht zuletzt, um sich selbst in Jähns Ruhm zu sonnen. Dem Kosmonauten war das Heldengerede wie jegliche Lobhudelei zuwider. Oft genug war es ihm peinlich, wenn Brigaden aus Betrieben oder Schulen darum baten, seinen Namen tragen zu dürfen. Umso mehr bemühte er sich, mit ihnen auf menschlicher Ebene in Kontakt zu bleiben. Auch zu Journalisten pflegte er stets ehrliche Kontakte.

Er wollte nicht im Vordergrund stehen, konnte es aber doch nicht vermeiden, zu vielen Gelegenheiten Mittelpunkt des Interesses zu sein. Offiziell war er plötzlich Inbegriff der „Sieghaftigkeit des Sozialismus“. Er avancierte zum Volkshelden. Doch er gab dafür, auch das zeichnet ihn aus, niemandem die Schuld. Im Grunde habe er sich „freiwillig vereinnahmen“ lassen, da er das gesellschaftliche System der DDR bejaht habe und sich für die Sache eines menschlichen Sozialismus habe engagieren wollen, bekannte er später.

Mit dem Ende der DDR wurde Jähn, damals im Range eines NVA-General-

majors, entlassen. Er war damit ein in fremden Streitkräften Gedienter, wurde also für die Tradition der „neuen“ deutschen Armee nicht für würdig befunden. Man stelle sich nur einem Moment vor, die Bundeswehr hätte angefragt, ob sie nicht eine Luftwaffenschule nach ihm benennen könne ... absurder Gedanke – auch für Jähn.

Dass er als weltraumerfahrener Zivillist wieder Tritt fassen konnte, hat er seinem vogtländischen Landsmann Ulf Merbold zu verdanken. Der Mann, der 1983 als zweiter Deutscher ins All flog, hatte einst die DDR aus politischen Gründen verlassen. Er holte Dr. Jähn als Berater ins heutige Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und die Europäischen Weltraumorganisation ESA. Das ermöglichte Jähn auch, den Kontakt zu seinen russischen Freunden und Raumfahrerkollegen aufrecht zu erhalten. Die empfangen den „Mann aus dem Westen“ mit offenen Armen und richteten ihm in Sternenstädtchen ein Büro ein. Von hier aus unterstützte er in den 90er Jahren deutsche Astronauten bei der Vorbereitung auf ihre Arbeit in der russischen Raumstation MIR. Als das Programm auslief, hätte Jähn sich mit seiner Frau in sein Wochenendhaus in der vogtländischen Heimat zurückziehen und warten können, dass die beiden Töchter samt Enkeln zu Besuch kommen. Doch er war weiter als Fachmann gefragt.

Darüber hinaus machte ihm die Gefährdung des Friedens durch die neue Konfrontationspolitik des Westens gegenüber Russland, Sorgen. 2014 wurde der Appell „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ veröffentlicht. Die Bundesregierung, hieß es darin, müsse ihrer Verantwortung für eine neue Entspannungspolitik gerecht werden. Wer nur Feindbilder aufbaue und mit einseitigen Schuldzuweisungen hantiere, verschärfe die Spannungen „in einer Zeit, in der die Signale auf Entspannung stehen müssten“. Berlin, so die Forderung, solle in der verfahrenen Situation „auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland“ aufrufen. Denn: „Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer.“ Zu den Unterzeichnern der Resolution gehörten Ex-Bundespräsident Roman Herzog, Altkanzler Gerhard Schröder, die ehemaligen Bundesminister Erhard Eppler, Hertha Däubler-Gmelin, Otto Schily und Hans-Jochen Vogel, Wirtschafts- boss, Künstler, Kirchenleute – und ein Fliegerkosmonaut: Sigmund Jähn. Ein Mann, der sich auch politisch treu geblieben war. Es war eine Ehre, ihn zu kennen!

Erstabdruck: Tageszeitung „neues deutschland“, 23.09.2019



Bundesarchiv, Bild 183-10709-148 / Peter Kosand / CC-BY-SA

Jour fixe, der unkonventionelle Gesprächskreis am Leipziger Standort der RLS Sachsen, ist immer für Überraschungen gut. Wer befürchtet hatte, seine 47. Runde Mitte September mit dem doch etwas speziellen Thema „Westemigranten. Deutsche Kommunisten zwischen USA-Exil und DDR“ würde nur wenige Interessierte in das Reclam-Museum locken, sah sich eines Besseren belehrt. Hausherr Hans-Joachim Marquardt musste sämtliche Stuhlreserven anbieten, um dem Ansturm der Besucher gerecht zu werden. Aus Halle und Weimar kamen sie. Großeltern brachten ihre erwachsenen Enkel mit. Und die größte Überraschung: Zeitzeugin Annette Boenheim, 1948 in New York als Emigrantenkind geboren, bereicherte den Diskurs mit sehr persönlichen Auskünften.

Um es vorweg zu sagen: Der Abend belohnte alle. Mario Keßler (64), Historiker des Leibniz-Zentrums für Zeit-historische Forschung Potsdam mit Gastprofessuren in den USA und Israel, beschenkte sein Publikum mit einem repräsentativen Querschnitt aus seinem gleichnamigen Buch, das in 576-Seiten-Opulenz vor ihm lag und ihm für einige Vorleseprunkstücke diente. Jour-fixe-Mitbegründer Manfred Neuhaus, Moderator des Abends, hatte den Professor, dessen wissenschaftlicher Werdegang einst in Leipzig begann, als produktiven Buchautor mit besonderem Forschungsinteresse für das Schicksal linker Intellektueller vorgestellt. Sein neues Werk könne man als spannende kollektiv-biografische Synthese bisheriger Untersuchungen lesen.

Neuhaus hatte nicht zu viel versprochen. Der Autor breitete in einem mitreißenden Erzählstrom so unerhört-extraordinäre Früchte seiner Forschungsarbeit aus, dass das Publikum mehr als eine Ahnung davon bekam, welche unikalen informativen Schätze sein dickleibiges Sachbuch birgt. Einen Überblick gab er immerhin, indem er dessen acht Kapitel resümierte. So erfuhr die Jour-fixe-Gemeinde, warum kommunistische Exilanten gerade in den USA landeten. Welche Arbeits- und Lebensbedingungen sie vorfanden bzw. sich eroberten. Mit welchen Exilerfahrungen sie in den Osten Deutschlands zurückkehrten, wo die „Moskauer“ bereits alle Kommandohöhen in Politik, Wirtschaft und Kultur besetzt hatten und sie misstrauisch unter politischen Generalverdacht stellten. Wie demokratische Entwürfe der Westemigranten für ein neues Deutschland am Bollwerk eines stalinistischen Machtapparates zerschellten. Keßler schildert diese Transformationsprozesse am Schicksal zahlreicher KPD-Aktivisten. Doch interessierten ihn auch prominente „Genossen ohne Parteibuch“ wie Bertolt Brecht, Ernst Bloch, Hermann Budzislawski, Hanns Eisler oder Stefan Heym.

Das Auditorium ging seine einzigartige Spurensuche begeistert mit. Denn da brannte ein von seiner Mission Erfüllter ein Feuerwerk an Fakten und Emotionen ab! Wie um die Wette brillierten der sachlich-systematische Wissenschaftler und systemadete Rhetor in

Feuerwerk der Fakten und Emotionen

Mario Keßler wandelte bei Jour fixe auf den Spuren kommunistischer Exilanten in den USA. Von *Wulf Skaun*



ihm, sodass wesentliche historiografische Botschaften in gekonntem Infotainmentstil mit ausschmückenden Schnurren und Petitessen garniert wurden. Dabei rückte Keßler immer neue Facetten des Themas in den Fokus, weitete das Geschehen auf vermeintliche Nebenkriegsschauplätze aus, die sich dann als kalkulierte Erkläruster der handelnden Personen erwiesen. 50

von ihnen hat er in ihren Lebens- und Arbeitsverhältnissen in Amerika und in der DDR beschrieben. Doch kaum ein Name blieb solo im Raum stehen, ohne vom Redner in ein Netzwerk weiterer Personalien eingewoben zu werden, das in seiner Gesamtheit das vielfältig schillernde biografische Biotop der amerikanischen Emigranten bzw. Rückkehrer bildete. Unzählige personelle und

faktuelle Querverweise, die Keßlers fulminante freie Rede würzten, finden sich im Buchtext in Gestalt ausführlicher Fußnoten. Ausweis einer immensen wissenschaftlichen Kärnerarbeit, die den Anspruch des Historikers dokumentiert, die einmal in Gesprächen, aus Archivquellen und Fachliteratur eruierten Informationen möglichst vollständig ins Licht der Öffentlichkeit zu heben.

Was Wunder, dass mancher Ältere die Diskussion nutzte, um aus dem Spezialwissen des Autors hintergründige Aufschlüsse über den einen oder anderen von der DDR-Historiografie beschwiegenen Westemigranten zu erhalten. Eine aktuelle Perspektive wählte der Enkelsohn des 94-jährigen Vereinsfreundes Prof. Harry Pawula. In Analogie zu den Westexilanten, die vielfach benötigtes Wissen in die DDR mitbrachten, sinnierte er, ob das wohl auch für heutige Asylanten in Deutschland zuträfe, wenn sie in ihre Heimat zurückgingen. Die finale Frage aus dem Auditorium, warum er aus seinen biografischen Erkundungen kein Fazit gezogen habe, beantwortete der Autor mit Verweis auf eben diese Biografien. Zu unterschiedlich, zu wenig vergleichbar seien die Emigranten-Rückkehrer und ihre Lebensumstände, ihre Leistungen und Einsichten, Irrtümer und Illusionen gewesen. Einen Schlusspunkt setzte Mario Keßler aber doch: In einer kleiner werdenden Welt, deren Probleme größer würden, brauche Zukunft Erinnerung. Sein Buch leistet dazu einen Beitrag.

Einladung zur Filmvorführung

„Der marktgerechte Patient“ Ein „FILM VON UNTEN“ von Leslie Franke und Herdolor Lorenz

Mit der Einführung der Fallpauschalen in den Krankenhäusern wurde angestrebt, die Kosten im Gesundheitswesen nicht weiter steigen zu lassen. Das führte zum Ausbau der Kommerzialisierung und Ökonomisierung. Es geht nicht mehr hauptsächlich um Hilfe, Empathie und Fürsorge, sondern es wird immer stärker gefragt „Was bringt der Patient uns?“ Der Film stellt sehr anschaulich die Ursachen und die Folgen der Einführung der Fallpauschalen für das medizinische Personal, Ärzte und Pflegekräfte sowie für die Patienten dar. Wir laden Sie ein, gemeinsam mit Susanne Schaper, Mitglied des Sächsischen Landtages, Fraktion DIE LINKE und Dorit Hollasky, Sozialarbeiterin im Städtischen Klinikum Dresden, den Film zu sehen und zu diskutieren.

10.10.2019, 17:00-19:30, ALL INN, Rosenhof 18, Chemnitz

Eine Veranstaltung des Bürgerbüros Susanne Schaper und der AG betrieb&gewerkschaft beim Stadtverband DIE LINKE Chemnitz.

Das am häufigsten gebrauchte Wort am Abend des ersten Septembertages 2019 lautete: ein Schock. Bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag stürzte DIE LINKE auf 10,4 Prozent ab. Damit hat sich ihr Stimmenanteil bei den Landtagswahlen binnen zehn Jahren halbiert: 2009 waren es 20,6 Prozent, 2014 18,9 Prozent und nun bloß noch 10 Prozent. Statt 27 Abgeordneten schickt die Partei 14 Parlamentarier in den Landtag. Auch das ist eine Halbierung. Dass die Partei abermals Verluste erleiden würde, stand zu erwarten. Seriöse Umfragen sahen DIE LINKE zuletzt bei einem Stimmenanteil von 14 Prozent. Jedoch hatte niemand ahnen können, dass es noch tiefer bergab gehen würde. Am Ende der Dekade scheint DIE LINKE in einem Zustand, den Wolf Biermann im Bundestag zum 25. Jahrestag des Mauerfalls als der „elende Rest dessen, was zum Glück überwunden ist“, bezeichnet hat.

Was also tun? Wie kann die Partei aus der existenziellen Krise herausfinden? Eine schlüssige Erklärung für das Wahldesaster, das zeitgleich in Brandenburg eingetreten ist, steht noch aus. Sie zu erarbeiten wird noch einige Zeit beanspruchen. Gleichwohl lassen sich schon jetzt Gründe dafür anführen, wie es zu dem Desaster kommen konnte. Die Wahlergebnisse in der vergangenen Dekade geben einen Fingerzeig. Sie zeigen, dass der Rückgang in der Wählergunst 2014 moderat ausgefallen war. Erst in den letzten fünf Jahren scheinen sich die Probleme derart massiert zu haben, dass es zu den desaströsen Verlusten gekommen ist.

Auf der Klausur der Landtagsfraktion Mitte September bildete die „Selbstverständigung“ über das Geschehene einen thematischen Schwerpunkt. Den „Geist der Revolte“ vermissten die Anwesenden. Die Formulierung ist eine Reminiszenz an Albert Camus. Der französische Nobelpreisträger für Literatur veröffentlichte sein Buch „Der Mensch in der Revolte“ 1951. Ausgangspunkt bei Camus ist die fundamentale Sinnlosigkeit und Absurdität der menschlichen Existenz. Dies zu überwinden gibt es einen Weg: die Revolte. Die Revolte, so Albert Camus, beginnt damit, dass es jemanden gibt, „der nein sagt“.

Das Neinsagen hat DIE LINKE verlernt. Das Image einer Protestpartei hat sie abgestreift. Sie gilt als eine etablierte Partei, dem politischen Mainstream zugehörig. Auf dem langen Marsch durch die Institutionen ging der widerpenstige Geist verloren, den einst „Gysis bunte Truppe“ verkörperte. Zwar repräsentiert die Partei noch immer die Erfahrungen von Marginalisierung und Elend sowie Abstiegsangst, doch ihr fehlt ein überzeugendes gegenhegemoniales Projekt, mit dem sich die Mehrheit der Bevölkerung identifizieren kann. Ein Projekt, das die Begeisterung der Bürgerinnen und Bürger weckt, weil es ihnen eine Perspektive bietet für die Mobilisierung ihrer politischen Leidenschaften zur Stärkung der Demokratie. Ohne Konsens in der Bevölkerung, ohne die Überzeugung, dass DIE LINKE ein

Auf der Suche nach dem „Geist der Revolte“

Jochen Mattern denkt über das Wahlergebnis für die LINKE und die Folgen nach

politisches Projekt verfehlt, aus dem alle gesellschaftlich relevanten Gruppen Nutzen ziehen, reduziert sich Regieren auf eine administrative Technik. Das gilt sowohl für die Bundes- als auch die Landespolitik.

Kraft in Sachsen zu werden drohte, von der Machtübernahme ferngehalten werden. Wer jedoch selbst zu einem auf das Duell von CDU und AfD fixierten Wahlkampf beiträgt, in dem die Christdemokraten als Bollwerk ge-

zu bilden, „eine bürgerliche, mit der AfD“. Zwar ist die arme Frau viel für ihre Auslegung des Wahlergebnisses gescholten worden, nichtsdetrotz hat sie Recht. Immerhin kommen CDU und AfD in Sachsen auf rund sechzig Prozent Stimmenanteil, Linke, SPD und Grüne hingegen bloß auf rund 27 Prozent.

Die vom Chef des „Teams Kretschmer“ angestrebte sogenannte Kenia-Koalition mit den Grünen und der SPD ist ein Zweckbündnis, und der Zweck lautet: die AfD abwehren. Das größte Wagnis geht in dieser Konstellation die Union ein. Ob es ihr als Teil einer Kenia-Koalition gelingen wird, den Zerfall des (rechts)konservativen Lagers zu stoppen und – nach dem Motto Franz Josef Strauß‘, rechts von der CSU dürfe es keine Partei geben – die AfD zurückzudrängen, kann bezweifelt werden. Bislang hatte die Union zur Wiederherstellung der christdemokratischen Vorherrschaft in Sach-



Bild von Fore W auf Pixabay

„Normativ entkernt“ nennt Jürgen Habermas eine solche Politik; sie beschränke sich, so der Philosoph, „auf das Management gelegentlicher Politikwechsel“. Politiker gebrauchen im Falle einer bevorstehenden Regierungsbildung Floskeln wie, dass man Gespräche führe mit allen demokratischen Parteien, nichts von vorher ein ausschließe und für alles offen sei. Selbst die sächsische LINKE, die zu keiner Zeit auch nur den Hauch einer Chance hatte, auf die Regierungsbildung Einfluss nehmen zu können, erging sich vor den Landtagswahlen in Spekulationen über die Tolerierung einer Minderheitsregierung der CDU oder die Bildung einer Koalition mit den Christdemokraten. Auf diese Weise sollte die AfD, die zur stärksten

gen den Faschismus erscheinen, der muss sich nicht wundern, nicht als eine eigenständige politische Kraft wahrgenommen zu werden. Die Fixierung auf die Abwehr der AfD hat der Partei das Wasser abgegraben und den Christdemokraten in die Hände gespielt.

So konnte sich der Anführer des „Teams Kretschmer“ am Wahlabend als strahlender Sieger präsentieren und das Wahlergebnis mit den Worten kommentieren: „Das freundliche Sachsen hat gewonnen.“ Tatsächlich? Einen besseren politischen Instinkt als Michael Kretschmer hatte die Moderatorin des MDR-Fernsehens bewiesen, als sie von der Möglichkeit sprach, „eine stabile Zweierkoalition“

sen einen autoritären Kurs gesteuert. Die Partei konnte sich dabei auf die Stimmung in der Bevölkerung berufen. Die Sachsen haben mehrheitlich den Eindruck, der Staat sei als Ordnungsfaktor abwesend. Seine Funktion, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, übe er nur noch mangelhaft aus. Deshalb befürwortete im Sachsen-Monitor die Mehrheit eine Politik der starken Hand, die politische Führung verspricht. Für eine straffe politische Führung könnte die Hälfte der Sachsen sogar auf den Parteienpluralismus verzichten. Das ist der Geist, aus dem sich die rechte Revolte speist. Er bestimmt das politische Geschehen in Sachsen. Ein wirksames Mittel dagegen ist bislang noch nicht gefunden.

Die basisdemokratische Revolution zur Erneuerung der DDR

Ein umfassender Rückblick von Prof. Dr. Kurt Schneider auf 1989/90 – Teil 1

Die Staatskrise der DDR, die 1989 alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfasst hatte, war ein Ausdruck der Krise der sozialistischen Staaten in Europa. Längst hatte sich erwiesen, dass es nicht mehr möglich war, den Sozialismus so wie bisher weiterhin zu gestalten. Eine gravierende Zäsur des Sozialismus war herangereift. Zuvor wirkende innere Triebkräfte waren ermattet oder völlig versiegt, tiefgreifende Veränderungen, die als eine „Fortführung der sozialistischen Revolution“ bezeichnet wurden, waren zwingend notwendig. Als Kern wurde die Frage der Macht benannt: „Macht, ausgeübt durch das Volk als tätiges Subjekt zur Verwirklichung des Sinns des Sozialismus.“ Hervorgehoben wurde das unerlässliche „realitätsbezogene Wirken des politischen Systems des Sozialismus in seiner Gesamtheit und aller seiner Elemente“.

Gravierend waren die Auswirkungen des allseitigen Zerfalls des sowjetischen Gesellschaftssystems auf die DDR. Große Teile der DDR-Bevölkerung glaubten vor allem im Agieren von Gorbatschow eine Wende vom autoritären Sozialismus hin zu einem demokratischen Sozialismus zu sehen und vertrauten seinen Beteuerungen. Nicht zuletzt deshalb hatte das Festhalten der Führung der DDR an überholten Strategien und Strukturen sowie an gesellschaftlichen Verkrustungen zu einer umfassenden gravierenden Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung geführt. Während die SED – deren Führung über Monate hinweg zu der sich zuspitzenden innenpolitischen Lage beharrlich schwieg – absolut nicht in der Lage war, eine grundlegende Wende in der Gesellschaftspolitik einzuleiten, traten in dem kurzzeitigen Machtvakuum basisdemokratische Organisationen bzw. Zusammenschlüsse, oftmals bisher unter dem Dach der Kirchen wirkende Friedens- und Umweltgruppen, hervor, die schnell an Zulauf gewannen. Das Empfinden und die Bereitschaft insbesondere junger Menschen, jetzt etwas für die Demokratisierung des Landes tun zu müssen, waren groß. Mit dem Ruf „Wir bleiben hier!“ traten sie dem Verlassen der DDR entgegen und forderten dazu auf, sich in die Belange ihres Staates einzumischen.

Dem entsprach die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt – sozial, ökologisch“ (DJ), die am 12. September 1989 mit ihrem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ an die Öffentlichkeit trat, der sich von der Notwendigkeit der Bildung einer „oppositionellen Sammelbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR“ leiten ließ. Sie trat dafür ein, dass der Sozialismus „seine eigentliche, demokratische Gestalt findet“, damit er „geschichtlich nicht verloren“ geht, wofür „Reformkonzepte von unten“ wirken sollten. Der am 30. Oktober 1989 als Partei konstituierte „Demokratischer



10.12.89, Berlin: Das Neue Forum hatte zu einer Demonstration anlässlich des Internationalen Tages für Menschenrechte aufgerufen.

Aufbruch – sozial, ökologisch“ (DA) – die Parteigründung erfolgte am 16./17. Dezember 1989 – bekundete: „Das politische Ziel ist eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft in der Fortführung der sozialistischen Tradition.“ Und Friedrich Schorlemmer erklärte, dass der DA als Teil der Opposition in der DDR „für eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf demokratischer Basis“ eintritt, dass es dem DA darum geht, „einen demokratischen Sozialismus zu errichten“.

Anfang September 1989 veröffentlichten Vertreter verschiedener sozialistischer Auffassungen, darunter Marxisten und Christen, die sich nach dem Chemiestandort südlich von Leipzig als „Böhlener Plattform“ benannten, einen Appell „Für eine vereinigte Linke“, der eine „grundlegende Gesellschaftsreform im Sinne eines freiheitlichen Sozialismus“ unter Beibehaltung „des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln“ einforderte. Etwa gleichzeitig erfolgte der „Aufruf der Initiativgruppe ‚Sozialdemokratische Partei‘ in der DDR“ (SPD), – die Gründung erfolgte am 7. Oktober 1989 – in dem es hieß: „Wir brauchen eine offene geistige Auseinandersetzung über den Zustand unseres Landes und seines künftigen Weges“, ergänzt durch die Bekundung: „Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen.“ Am 4. Oktober 1989 gaben verschiedene Gruppen der Bürgerbewegung eine „Gemeinsame Erklärung“ heraus, welche die sich entwickelnde Vielfalt der Bürgerbewegung begrüßte und bekundete: „Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten.“ Alle Bürger der DDR wurden dazu aufgerufen, „an der demokratischen Erneuerung mitzuwirken“. Weitere Zusammenschlüsse, die im Herbst 1989 entstanden, waren: Grüne

Partei/Grüne Liga, Die Nelken, Deutsche Soziale Union (DSU), Unabhängiger Frauenverband (UFV) u.a.m.

Am bekanntesten wurde der mit breiter Zustimmung aufgenommene Gründungsauftrag „Aufbruch 89 – NEUES FORUM“ vom 10. September 1989, der, nach sachlicher Benennung grundlegender gesellschaftlicher Defizite in der DDR, zu einem gemeinsamen demokratischen Dialog im ganzen Land aufrief. „Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die gesamte DDR“, hieß es, „die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.“ Seine Tätigkeit sollte entsprechend der Anerkennung der Verfassung der DDR auf gesetzliche Grundlage gestellt werden, wozu die Anmeldung der Gründung bei den zuständigen Organen auf den Weg gebracht wurde. An alle Bürgerinnen und Bürger erging der Aufruf, Mitglied des basisdemokratisch arbeitenden NF zu werden. Verfasser und Unterzeichner stimmten darin überein, dass die notwendige Wende nicht mehr aus den Reihen der SED zu erwarten war. Der Antrag des NF auf Registrierung als Vereinigung (19.09.1989) wurde vom Innenminister abgelehnt, mit der Begründung, dass es sich bei dem NF um eine „verfassungswidrige und staatsfeindliche Plattform“ handele. Ergänzend teilte das Ministerium mit, dass für eine derartige Vereinigung „keine gesellschaftliche Notwendigkeit“ bestehe. Dagegen wandte sich mit heftigen Worten das NF, unterstützt vom Rechtsanwalt Dr. Gregor Gysi. Die Tätigkeiten der Mitglieder und Unterstützer des NF seien „weit davon entfernt, eine staatsfeindliche Handlung zu sein – sie sind ein Akt staatsbürgerlicher Verantwortung. Wir protestieren gegen die Versuche der Regierung, uns

als Sozialismusfeinde darzustellen.“ In einer Resolution, die zahlreiche Rockmusiker und Liedermacher der DDR unterzeichnet hatten, hieß es zu diesem Vorgang: „Wir wollen in diesem Land leben, und es macht uns krank, tatenlos zusehen zu müssen, wie Versuche einer Demokratisierung, Versuche der gesellschaftlichen Analyse kriminalisiert bzw. ignoriert werden. Wir fordern jetzt und hier sofort den öffentlichen Dialog mit allen Kräften.“ Betont wurde: „Es geht nicht um ‚Reformen, die den Sozialismus abschaffen‘, sondern um Reformen, die ihn weiterhin in diesem Land möglich machen.“ Und: „Wir begrüßen ausdrücklich, dass Bürger sich in basisdemokratisch orientierten Gruppen finden, um die Lösung der anstehenden Probleme in die Hand zu nehmen, dieses Land braucht die millionenfache Aktivierung von Individualität; die alten Strukturen sind offenbar kaum in der Lage dazu.“ Auf Druck großer Teile der Bevölkerung erfolgte im Oktober zunächst eine Tolerierung des NF und schließlich am 8. November 1989 seine Zulassung. Generell hatte sich gezeigt: Das Hauptanliegen der basisdemokratischen Demokratiebewegung war nicht, den Sozialismus in Frage zu stellen, sondern Sozialismus und Demokratie in Übereinstimmung zu bringen und dafür insbesondere Veränderungen des politischen Systems herbeizuführen sowie gesellschaftliche Reformen einzuleiten. Entgegen diesem unüberhörbaren Willen war die Partei- und Staatsführung der DDR nicht gewillt, das politische System offiziell für eine sozialistische Opposition zu öffnen. Damit hatte die Kritik der Menschen auf der Straße an den politischen Verhältnissen ihres Landes im existierenden politischen System keine Interessenvertretung gefunden. Durch den enormen Macht- und Autoritätsverlust nicht nur der SED, sondern auch von Regierung und Parlament, war ein Vakuum entstanden, dass durch die Zulassung des NF zwar entschärft, aber nicht überwunden worden war.

Die in dieser Situation agierenden Organisationen waren nicht homogen, es dominierte vielmehr eine bestimmte Grundrichtung, bei Vorhandensein einer zum Teil beträchtlichen inneren Differenzierung. Das traf auch zu auf das NF, die umfassendste nunmehr legale Bürgerorganisation der DDR, die in kurzer Zeit vor allem mittels der Montagsdemonstrationen etwa zwei Millionen Menschen mobilisierte und insbesondere in den südlichen Bezirken netzartig agierte. In diesem Sinne war das NF bis etwa Ende Dezember 1989 die wichtigste und wirksamste basisdemokratische Organisation im Prozess der sich vollziehenden revolutionär-demokratischen Veränderungen in der DDR, die diesen Prozess prägende politische Triebkraft.

(Fortsetzung nächste Seite.)

Die basisdemokratische Revolution zur Erneuerung der DDR

Ein umfassender Rückblick von *Prof. Dr. Kurt Schneider* auf 1989/90 – Teil 2

Das Neue Forum, in nicht wenigen historischen Rückbetrachtungen absolut ungenügend beachtet, vielfach sogar bewusst ausgeblendet, definierte sich in seiner Programmklärung vom 28. Januar 1990 als „eine politische Plattform für alle Bürgerinnen und Bürger, die unabhängig von Parteien eine konsequente und basisorientierte Demokratisierung anstreben“. Es verstand sich als landesweite Bürgerbewegung, die, in örtlichen und betrieblichen Basisgruppen und Arbeitsgruppen organisiert, offen für Bürgerinnen und Bürger verschiedener weltanschaulicher und parteilicher Orientierung ist. „Das NEUE FORUM ist, zu einer breiten basisdemokratischen Bewegung geworden und bleibt Anwalt der Basisdemokratie.“ Seine Stellung im sich gravierend verändernden politischen System der DDR unterschied sich von der der Parteien dadurch, kein Durchgangsstadium zu einer Parteigründung zu sein, sondern sich als eine von Parteien unabhängige basisdemokratische Bewegung zu verstehen. „Parteipolitik verkürzt unsere Interessen auf Wahlkampfparolen und verschiebt ihre Umsetzung auf Wahltermine. Sie teilt die Bürgerinnen und Bürger in Wahlblöcke. Es gibt jedoch zahlreiche Probleme, in denen das Meinungsspektrum quer durch die Parteien geht.“ Aus all diesen Überlegungen heraus leitete das NF seinen Anspruch auf das Mandat ab, sich als Bürgerbewegung mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten an den Kommunal- und Volkskammerwahlen zu beteiligen, „weil die umfassende Krise der DDR auch unsere umfassende Einflussnahme auf allen Ebenen des Staates erfordert“. Zu vermerken ist, dass die Programmklärung des NF konzeptionell nicht von einem Ende der DDR ausging, sondern von einem „Neubeginn unseres Landes“. Diese DDR sollte eine „solidarische Gesellschaft (sein), die von Selbstbestimmung und Toleranz ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt, die soziale Gerechtigkeit und Pluralismus gewährleistet.“

Innerhalb von weniger Wochen zerfiel das Fünfparteiensystem der DDR und damit der „Demokratische Block der Parteien und Massenorganisationen“, aus dem am 4. Dezember die CDU und LDPD, am 5. Dezember die DBD und am 7. Dezember 1989 die NDPD austraten. Der prägnanteste Ausdruck dafür war jedoch der Zerfall der SED selbst, in der rund 2,3 Millionen Mitglieder organisiert waren und von denen von Herbst 1989 bis Ende Januar 1990 nahezu zwei Millionen ihre Mitgliedschaft beendeten. Nicht wenige von ihnen engagierten sich in der Bürgerbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR, insbesondere im NF. Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich in den ehemaligen vier Bündnisparteien der SED, wenn auch in unterschiedlichem Maße.



Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989.

Am 18. Oktober 1989 wurde Honecker gestürzt und Egon Krenz neuer Generalsekretär, ohne dass in der Folgezeit die neue Führung der SED – am 8. November 1989 war das Politbüro geschlossen zurückgetreten und eine Neuwahl erfolgt – Vertrauen und Glaubwürdigkeit der Bürgerbewegung erlangen konnte. Nicht nur, aber vor allem auf innerparteilichen Druck – ein tiefgreifender Klärungs- und Differenzierungsprozess hatte die Partei erfasst – traten nunmehr am 3. Dezember 1989 alle SED-Führungsgremien, also Generalsekretär Krenz, das Politbüro und das Zentralkomitee, geschlossen zurück und ein zeitweiliger Arbeitsausschuss übernahm die Vorbereitung des überfälligen Sonderparteitages, der am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin stattfand. Im Ergebnis einer turbulenten basisdemokratischen innerparteilichen Entwicklung entstand die SED/PDS (später PDS), die konsequent mit dem Stalinismus als System brach und sich zum Demokratischen Sozialismus bekannte. Die entscheidenden innerparteilichen Triebkräfte waren jene Mitglieder, die schon länger eine konstruktive oppositionelle Haltung gegenüber ihrer Parteiführung eingenommen hatten und für grundlegende strategische Veränderungen sowie personelle Konsequenzen eingetreten waren. Diese nicht organisatorisch verbundenen Parteimitglieder waren Kräfte, die in ihren Parteiorganisationen und außerhalb der SED wirkten. Das geschah in der Regel nicht konträr zur Bürgerbewegung, sondern vielmehr in Verbindung mit ihr. Ein Beispiel hierfür war, dass drei Sekretäre der SED-Bezirksleitung Leipzig zu den „Leipziger Sechs“ gehörten, die sich am 9. Oktober 1989 in hochkritischer Situation an die Seite der Bürgerbewegung gestellt und zur Gewaltlosigkeit und zum Dialog aufgerufen hatten – eine Handlung, die vom NF in Leipzig mit Respekt behandelt wurde.

In welchem Maße die Demokratiebewegung in der DDR fortgeschritten war, das hatte die vom Fernsehen der DDR live übertragene Großkundgebung in Berlin am 4. November 1989 gezeigt, an der nahezu eine Million Menschen teilnahmen, die einhellig eine demokratisch erneuerte, souveräne DDR und die damit verbundene Überwindung des Stalinismus und des Machtmonopols der SED forderte. Der Sozialismus sollte den Freiheits- und Demokratierechten des Volkes entsprechen. Gregor Gysi sprach davon, dass es darum gehe, einen Prozess zu bewältigen, in dem „die Begriffe DDR, Sozialismus, Humanismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu einer untrennbaren Einheit verschmelzen“. Friedrich Schorlemmer trat für eine „Koalition der Vernunft, die quer durch die bisherigen Parteien und quer durch die neuen Bewegungen geht“ ein. „Damit aber niemand wieder Irrtümer unangefochten als Wahrheit ausgeben kann, dazu brauchen wir die volle Demokratie, die keinen festgeschriebenen Wahrheits- oder Führungsanspruch einer Gruppe verträgt.“ Und Christa Wolf sagte, es gehe nicht um eine „Wende“, sondern um eine grundlegende „revolutionäre Erneuerung“, die sich gegenwärtig vollziehe. „Revolutionen gehen von unten aus. Unten und oben wechseln ihre Plätze in dem Wertesystem. Und dieser Wechsel stellt die sozialistische Gesellschaft vom Kopf auf die Füße.“

Aus der Flut der Pressestimmen zur Berliner Kundgebung vom 4. November 1989, die der bisher umfassendste Ausdruck der basisdemokratischen Volksbewegung für die allseitige Erneuerung des Landes war, sei die FRANKFURTER ALLGEMEINE genannt. Sie schrieb im Rahmen ihrer Berichterstattung: „Auch wenn Norbert Blüm ihn für tot erklärt hat: Karl Marx scheint immer noch zu leben und mit ihm der Sozialismus ...

Alle sogenannten oppositionellen Gruppen, die nun wie Pilze aus dem Boden schießen, betonen nahezu übereinstimmend, dass auch sie auf dem Boden des Sozialismus stehen.“

Am 6. November 1989 demonstrierten in Leipzig nach inoffiziellen Angaben 500.000 Bürger. Nicht zuletzt trug die Berliner Großkundgebung und die sich anschließende Demonstration in Leipzig entscheidend dazu bei, dass am 7. November 1989 Willi Stoph mit seiner Regierung unter dem massiven Druck der Forderungen nach grundlegenden Veränderungen im Lande zurücktreten musste. Bevor jedoch eine neue Regierung der DDR gebildet werden konnte, erfolgte am 9. November 1989 die Berliner Maueröffnung. Mit ihr und der nachfolgenden Grenzöffnung zur BRD erfuhr die DDR schlagartig eine grundlegende Veränderung ihrer innenpolitischen Lage. Dem politischen Gegner der DDR waren nunmehr Tür und Tor geöffnet.

In dieser hochexplosiven Situation – allein in Leipzig demonstrierten, vom NF organisiert, erneut rund 300.000 für freie Wahlen und gegen einen Ausverkauf des Landes – kam es am 13. November zur Wahl von Hans Modrow zum Ministerpräsidenten. Die Regierungserklärung vom 17. November ging noch von der weiteren Existenz der DDR und damit von einer klaren Absage an die Wiedervereinigung aus. Sie enthielt den Vorschlag zur Bildung einer Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten, die weit über den Grundlagenvertrag und die abgeschlossenen Verträge und Abkommen hinausreichen sollte. Es war ein Konzept, das die Zustimmung der basisdemokratischen Bürgerbewegung erfuhr. Das traf auch auf den von Stefan Heym und Christa Wolf verfassten Aufruf „Für unser Land“ vom 26. November zu. In kürzester Zeit unterschrieben ihn hunderttausende Menschen, unterstützt von einer Menschenkette durch die DDR. Das Informationsblatt des NF Leipzig, Nummer 7 vom 28. November 1989, erschien mit der Überschrift „DDR soll DDR bleiben“. Mit der Erklärung „Auch wir treten für eine sozialistische Alternative zur BRD ein“, solidarisierte sich die Redaktion mit dem Aufruf „Für unser Land“.

Am 1. Dezember 1989 strich die Volkskammer auf Antrag aller zehn Fraktionen und ohne Gegenstimme die im Artikel 1 der Verfassung der DDR ausgewiesene führende Rolle der SED. Es schien, als hätte die breit gefächerte basisdemokratische Bürgerbewegung im Prozess der revolutionären Erneuerung der DDR Erfolge errungen, die nunmehr als nächste notwendige Stufe den Übergang zu den anstehenden inhaltlichen Reformen ermöglichten. Doch die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten.

Wir und die Russen

Anmerkungen von *Dr. Rainer Holze* zum neuen Buch von Egon Krenz

Es ist schon bemerkenswert, welche Beachtung der jüngste Band von Egon Krenz selbst im Mainstream gefunden hat. Das Hamburger Nachrichtenmagazin, der Berliner „Tagesspiegel“ und selbst die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ überraschten mit ganzseitigen Interviews. Mit dem ambivalenten Verhältnis zwischen der DDR und der UdSSR greift der Autor allemal ein Thema auf, das naturgemäß auf ein großes Interesse stößt. Er ist bekanntlich einer der letzten Zeitzeugen aus der obersten Führungsriege der DDR und der SED. Mitte Oktober 1989 wurde er letzter Generalsekretär des ZK der SED, gleichzeitig Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR; aber bereits Anfang Dezember des gleichen Jahres trat er von all diesen Funktionen zurück.

Ein Vorzug des vorliegenden Buches liegt meines Erachtens darin, dass der Autor seine oft auch kritische und selbstkritische Sicht der Dinge mit bislang weitgehend unbekanntem Quellen belegt. Er schöpft aus exklusiven Einblicken und Erlebnissen und vermag viel Neues darzubieten. Nachdem er sich seit vielen Jahren mit den inneren Ursachen des Niedergangs der DDR befasst hatte, wolle er nun versuchen, „das Dreiecksverhältnis zwischen UdSSR, DDR und BRD in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beleuchten“. Wenn er beklagt, dass eine umfassende marxistische Analyse der Ursachen der weltpolitischen Vorgänge von 1989 bis 1991 nach 30 Jahren auch deshalb noch ausstehe, „weil manch linke Partei sich der pauschalen Verurteilung des realexistierenden Sozialismus durch dessen damalige und heutige Gegner kritiklos“ anschließe, werden ihm nicht wenige zustimmen. Es sei höchste Zeit, die DDR und ihre Geschichte in den Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu stellen: „An der Wiege der DDR stand die Sowjetunion. Ohne ihre Hilfe hätte es die DDR nie gegeben, wäre sie weder ökonomisch noch politisch lebensfähig gewesen. [...] Unser kleines Land im Zentrum Europas – im Verhältnis zur Bundesrepublik von Anfang an auch immer das ärmere – stand in einem weltpolitischen Spannungsfeld. Diesen Platz hat sich die DDR nicht freiwillig ausgesucht. Er war ihr durch



die Nachkriegsentwicklung zugewiesen worden.“ Hinzu komme, dass die Herrschenden in der BRD die DDR vom ersten Tag ihrer Existenz an zu beseitigen trachteten. Ungeachtet ihrer eigenen Sünden habe für die DDR keine Chance mehr bestanden, als die Sowjetunion auf dem Sterbebett lag. Krenz schildert anhand einer Reihe wichtiger Begegnungen und Treffen der Partei- und Staatsführungen der DDR und der UdSSR: Solange sich die DDR an die Regeln hielt, sei ihr Verhältnis zur UdSSR in Ordnung gewesen. „Durchbrachen wir aus Moskauer Sicht die Gemeinsamkeit, dann gab es Schwierigkeiten bis hin zur Aufgabe der DDR.“ So etwa 1953, als Politbüromitglied Berija, der zweite Mann hinter Ministerpräsident Malenkov, die DDR für zehn Milliarden Dollar verschern wollte.

Aufschlussreich ist, was Krenz über die Konflikte zwischen Honecker und Gorbatschow schreibt. Honecker habe trotz der Zuspitzung der Gegensätze den Ausgleich mit der Bundesrepublik gesucht, was Gorbatschow mit Misstrauen betrachtete. Moskau habe dieser Politik dann auch manche Hindernisse in den Weg gelegt. Auch Honeckers Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China seien im Kreml mit Miss-

fallen quittiert worden. Krenz beklagt, Gorbatschow habe an die Stelle der Marxschen Dialektik sein neues Denken gesetzt, obwohl die NATO zu keinem Zeitpunkt bereit war, in den Kategorien der Entspannung neu zu denken. Diffuse „allgemeinmenschliche Werte“ hätten bei ihm einen höheren Stellenwert besessen als die Werte und Ideale des Sozialismus. Dadurch sei der Aufbruch zur Erneuerung des Sozialismus, dessentwegen auch viele in der DDR Gorbatschow geschätzt und als Hoffnungsträger bewundert hatten, versandet. Krenz charakterisiert Gorbatschow als eine „in sich gesplante Persönlichkeit“, was der Westen eiskalt ausgenutzt habe. Und was seine Beziehung zu Erich Honecker anbelangt, räumt Krenz ein: Er habe sich mit dessen Politikauffassung – dies betraf nicht jene Momente, die sich positiv auf die Entwicklung der DDR und ihres Verhältnisses zur übrigen Welt ausgewirkt haben –, viel zu spät und zu inkonsequent auseinandergesetzt. Die Partei- und Staatsführung der DDR habe überholte Dogmen verteidigt, das Vertrauen großer Teile der DDR-Bevölkerung verloren. Anhand von Dokumenten versucht Krenz zu belegen, wie wichtig es für ihn im Herbst 1989 war, dass keine Gewalt gegen das eigene Volk eingesetzt wurde und dass die in der DDR stationierten 500.000 sowjetischen Militärangehörigen in den Kasernen blieben. Zu seiner Darstellung der Geschehnisse am 9. Oktober 1989 in Leipzig sei ergänzend auf die Berichte so maßgeblicher Zeitzeugen wie der „Leipziger Sechs“ verwiesen.

Der Autor resümiert: Ein gutes Verhältnis zu den Russen ist eine Schicksalsfrage für die Deutschen. Die Mehrheit der DDR-Bürger sei im Herbst 1989 nicht dafür auf die Straße gegangen, dass deutsche Truppen an Russlands Grenzen stehen. Die Lehren aus den historischen Erfahrungen zwischen Russen und Deutschen zu ziehen, erfordert eine Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern, nicht der „Sanktionen“.

Egon Krenz: Wir und die Russen. Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau im Herbst '89, 1. Auflage, Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage, Berlin 2019.

Lyrisches

Ewa

*Ein Zauberwind
Trägt dich durch Zeit und Raum
Ein Traum
Ein Glück
Ein Leben*

Kahlschlag

*Novemberwind beraubt
Hohen Stolz der Bäume*

Irrtum

*Ich sehe Frühling
Spüre Herbst
Gestrandet am Ufer der Zeit*

• *Janina Niemann-Rich*

3. Oktober

*Der Kanzler der Zweiheit
Vereinnahmt die DDR
Westdeutsche blicken oft auf
Ostdeutsche herab
Herabsehen:
Wiedervereint nur in
Zementierten Phrasen
Durch Vereinnahmung bröckelt
Vermauerung nicht*

Neupreußisch

*Unter Wilhelm II.
Blindgänger auf dem Thron
War der Offizier etwas Besonderes:
Fürst in Uniform
Bei Kramp-Karrenbauer
Schwarz wie Schießpulver
Ist der einfache Soldat etwas
Besonderes:
Bahnfahrt umsonst*

Hauptgründe für Klimaschutz

*Nicht länger Parteien wählen
Mit luftverschmutzendem Profit-
hoch-zwei
Kanzleramt Außenministerium
müssen
Bei Reisen um die Welt
umweltbewusst
Menschenrecht auf Klimaschutz zur
Sprache bringen
Vergrößerung der Entwicklungshilfe
Durch Verkleinerung der
Militärausgaben:
Keinen Platz an der Großmacht-
Sonne
Herbeibomben!*

• *Jürgen Riedel*

Vor 75 Jahren im KZ gestorben: Albert Kayser

Am 28. November 1898 in Stettin geboren und in Berlin aufgewachsen, hinderte ihn die materielle Not der Fa-



milie, einen Beruf zu erlernen. Frühzeitig fand er den Weg zur Arbeiterbewegung, um für soziale und politische Rechte der Arbeiter zu kämpfen. Er

trat der im April 1917 gegründeten USPD bei und wurde 1921 Mitglied der KPD. Gleichzeitig gehörte er der Gewerkschaft an und wurde Mitglied des Betriebsrates in den Berliner Siemenswerken. Im November 1932 war er einer der Organisatoren des machtvollen BVG-Streiks. Zuvor war er im Juli 1932 in den Reichstag gewählt worden.

Am 28. Februar 1933 wurde Albert Kayser von den nunmehr faschisti-

schen Machthabern verhaftet und in das KZ Sonnenburg eingeliefert, wo er sich bis Dezember 1933 in „Schutzhäft“ befand. Nach seiner Entlassung beauftragte ihn die illegale KPD-Führung, als Instrukteur die Parteiorganisationen in den Bezirken Erfurt, Halle, Hannover und Magdeburg anzuleiten.

Ende Januar 1935 wurde Albert Kayser von der Gestapo erneut festgenommen und am 2. August 1935 vom 1. Senat des „Volksgerichtshofes“ zum

Tode verurteilt. Aufgrund einer breiten internationalen Protestbewegung wurde dieses Urteil in eine lebenslange Zuchthausstrafe umgewandelt. Zunächst in Berlin-Plötzensee inhaftiert, wurde er in das Zuchthaus Brandenburg-Görden überführt. Ende 1943 erfolgt seine Einlieferung in das KZ Buchenwald, wo er am 18. Oktober 1944 dem im Lager herrschenden Flecktyphus erlag.

• *Prof. Dr. Kurt Schneider*

Terminübersicht



Leipzig, 16.09.-18.10., zu Büroöffnungszeiten und nach Vereinbarung
■ Ausstellung

Kein Land in Sicht für Seenotrettung*** Eine Ausstellung des neuen deutschland, veranstaltet vom Abgeordnetenbüro INTERIM und der RLS Sachsen.

Geschäftsstelle der RLS Sachsen und Abgeordnetenbüro INTERIM, Demmeringstraße 32, Leipzig

Crimmitschau, 30.09.-28.10, Do./Fr. 10-17 Uhr, Sa./So./Fei. 14-17 Uhr
■ Wanderausstellung

Schicksal Treuhänder – Treuhänderschicksale. Eine Ausstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, kuratiert durch Rohnstock-Biografien*.

Sächsisches Industriemuseum / Tuchfabrik Gebr. Pfau, Leipziger Straße 125, Crimmitschau

Chemnitz, 4.-6. Oktober, ganztägig
■ Kongress

4. Jugendkongress „Never give up“*** Eine Veranstaltung von WASTE-LAND - Vernetzung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen Ost, der RLS Sachsen und des Conne Island. *AJZ Chemnitz e.V., Chemnitztalstr. 54, Chemnitz*

Leipzig, 8. Oktober, 19 Uhr
■ Podiumsgespräch

Seenotrettung – was kommt danach? Über Verteilmechanismen der EU*** Im Rahmen der Ausstellung „Kein Land in Sicht für die Seenotrettung“. Mit Clara Anne Bünger (Equal Rights Beyond Borders), Aktivist*innen der Seenotrettung (angefragt); Moderation: Sebastian Baehr (neues deutschland).

Abgeordnetenbüro INTERIM, Demmeringstraße 32, Leipzig

Dresden, 9. Oktober, 19 Uhr
■ Film und Diskussion

„Der marktgerechte Patient“** Ein „FILM VON UNTEN“ von Leslie Franke und Herdolor Lorenz. Mit Susanne Schaper (gesundheitspolitische Sprecherin DIE LINKE im Landtag). *WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21, Dresden*

Chemnitz, 9. Oktober, 18:30 Uhr
■ Lesung und Gespräch

Fidel Castro*** Mit Volker Hermsdorf (Autor). Eine Veranstaltung der RLS und der Thalia-Buchhandlung Roter Turm Chemnitz. *Thalia-Buchhandlung Roter Turm, Neumarkt 2, Chemnitz*

Döbeln, 10. Oktober, 19 Uhr
■ Szenische Lesung

Wörterbuch des besorgten Bürgers*** Mit Robert Feustel (Politikwissenschaftler), Nancy Grochol (Lektorin). Eine Veranstaltung des Treibhaus Döbeln e.V. und der RLS Sachsen. *Treibhaus, Bahnhofstraße 56, Döbeln*

Döbeln, 11. Oktober, 11-16 Uhr
■ Workshop

Woher kommt die Kohle? Finanzierungsmöglichkeiten von Geschichtsbildung*** Mit Netzwerk Selbsthilfe - der politische Förderfonds. Eine Ver-

anstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem NS (SLAG) und des Treibhaus Döbeln e.V. mit der RLS Sachsen. Anmeldung: *schmohl@rosalux-sachsen.de Café Courage, Bahnhofstr. 56, Döbeln*

Chemnitz, 11. Oktober, 19 Uhr
■ Buchvorstellung

30 Jahre Antifa in Ostdeutschland – Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*** Mit Christin Jänicke (Autorin). *Lesecafé Odradek, Leipziger Str. 3, Chemnitz*

Dresden, 15. Oktober, 18 Uhr
■ Vortrag und Diskussion

Welches Deutschland soll es sein – nach Faschismus und Krieg?* REIHE: Junge Rosa. Mit Stefan Bollinger (Historiker und Politologe). *WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21, Dresden*

Leipzig, 17. Oktober, 19 Uhr
■ Vortrag und Diskussion

Widerstand gegen einen türkischen Staudamm-Bau*** Mit Ercan Ayboga (Bauingenieur). Eine Kooperation von AG Kurdistan und RLS Sachsen. *Universität Leipzig, Uni-Campus, Augustusplatz 10, Hörsaal 12, Leipzig*

Leipzig, 18.-19. Oktober, Freitag ab 18 Uhr, Sonnabend ab 10 Uhr
■ Tagung

Transformation2SocialGreen*** Herausforderungen, Pfade und Gestaltung sozialökologischer Transformationen. Eine Veranstaltung der Abgeordnetenbüros linXXnet und INTERIM mit der RLS Sachsen. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Spende für die Verpflegung ist willkommen. Um Anmeldung an *marusewert@googlemail.com* wird gebeten. Details unter *www.sachsen.rosalux.de*.

Abgeordnetenbüro linXXnet, Brandstraße 15, Leipzig; Abgeordnetenbüro INTERIM und RLS Sachsen, Demmeringstraße 32, Leipzig (Der genaue Ort für die Veranstaltungen wird noch bekannt gegeben: www.rosalux-sachsen.de)

Leipzig, 19. Oktober, 15 Uhr
■ Lesung mit Gespräch

Kolja Mensing: „Fels“*** REIHE: radical bookfair. Mit Kolja Mensing (Autor). Eine Veranstaltung der radical bookfair und der RLS Sachsen. *Selbstorganisierte Bibliothek Index, Breite Straße/Wurzner Straße, Leipzig*

Chemnitz, 20. Oktober, 19 Uhr
■ Filmvorführung und Diskussion

Generation Freiheit*** REIHE: POCHEN-Symposium. Mit Rafael Löffler (Regisseur) und Anne Ramstorf (Podcast Ostwärts). Eine Veranstaltung des Spinnerei e.V. und der RLS Sachsen. *Kino, Weltecho, Annaberger Str. 24, Chemnitz*

Leipzig, 22. Oktober, 19 Uhr
■ Vortrag und Diskussion

Wie kam das Soziale in die Marktwirtschaft? Mit Dr. Uwe Fuhrmann (Historiker). Eine Veranstaltung des DGB Nordsachsen in Kooperation mit der RLS Sachsen.

Volkshaus, Karl-Liebkecht-Straße 30-32, Leipzig

Chemnitz, 24. Oktober, 19 Uhr

■ Buchvorstellung und Gespräch
Like a Rolling Stone: Dylan, Cocker, Springsteen – Weststars in der DDR*** Mit Harald Hauswald (Fotograf) und Christoph Dieckmann (Journalist). Eine Veranstaltung der Stadtbibliothek mit der RLS Sachsen. *Veranstaltungssaal, dasTietz, Moritzstraße 20, Chemnitz*

Chemnitz, 26. Oktober, 15 Uhr

■ Buchvorstellung und Gespräch
CHAOZE ONE: Spielverderber – Mein Leben zwischen RAP und ANTIFA*** Mit Chaoze One (Rapper). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen und der VHS Chemnitz. *Bühne im Erdgeschoß, dasTietz, Moritzstraße 20, Chemnitz*

Leipzig, 29. Oktober, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
„Handeln! Handeln! Das ist es, wozu wir da sind!“ Fichtes Geschichtsphilosophische Positionen im Kontext der ‘Entdeckung’ der Zukunft*** REIHE: Philosophische Diens-tagsgesellschaft. Mit Dr. Jürgen Stahl (Philosoph), Moderation: Dr. Monika Runge. *RLS Sachsen, Demmeringstr. 32, Leipzig*

Görlitz, 29. Oktober, 17:30 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Antifa – Geschichte einer linksradikalen Bewegung*** Mit Bernd Langer (Autor). *Bürger*innenbüro Mirko Schultze, Schulstraße 8, Görlitz*

Dresden, 30. Oktober, 19 Uhr

■ Diskussion
Herbst 89. Ein deutscher Frühling?* Mit Dieter Segert (Politikwissenschaftler) und Friedemann Affolderbach (Hochschullehrer für Soziale Arbeit). *WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21, Dresden*

Glauchau, 2. November, 18 Uhr

■ Festival
Im Winter (d)ein Herz – Fest* Mit John Berger. Ein kleines Indoor-Festival, das für Provinz-untypische Musik und Verkopftes/Experimentelles angelegt ist und die Symbiose aus Lyrik und Musik schaffen soll. Eine Veranstaltung des Café Taktlos Glauchau mit Unterstützung der RLS Sachsen. *Café Taktlos, Heinrich-Heine-Str. 2, Glauchau*

Chemnitz, 4. November, 21 Uhr

■ Film und Gespräch
Coming out*** REIHE: L///OST///TRACES – Verlorene Spuren - Filme der DEFA 1980-1990. Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit dem AJZ Chemnitz. *Mediencafé m54, AJZ Chemnitz, Chemnitztalstraße 54, Chemnitz*

Chemnitz, 6. November, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Studentisches Seminar zur Werttheorie von Karl Marx*** Mit Dr. Fabian Richter (TU Chemnitz). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen und des Referats AntiDis des Stura der TUC. *Klub der Kulturen, Thüringer Weg 3, Chemnitz*

Dresden, 17. November, 15 Uhr

■ Lesung und Workshop
„Lernen im Umbruch – Umbruch lernen“** Herbst 89 – Zeit utopischen Wetterleuchtens und permanenter Wegbrüche. Eine Veranstaltung der Evangelischen Hochschule Dresden, des riesa eafu und der RLS Sachsen. *Motorenhalle, Wachsbleichstraße 4, 01067 Dresden*

*** Gemeinsam mit Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.

* Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Impressum

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Ralf Richter

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 27.03.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 06.11.2019.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773

Wohin steuert das Menschheits-Narren-Schiff?

Hans-Eckardt Wenzel referierte in Kamenz über „Die misslungene Erziehung des Menschengeschlechts“. *Ralf Richter* hat zugehört

Er sei so sehr Pessimist, dass er sogar seinem eigenen Pessimismus misstraue, wird der Liedermacher noch später an diesem denkwürdigen Abend in der Kamener Klosterkirche St. Annen sagen. Das macht Hoffnung, vielleicht ist ja doch nicht alles verloren? Die sechste Kamener Rede wird immer noch zum „Volkspreis“ von fünf Euro gehalten. Die Moderation des Abends hat Michael Hametner vom MDR übernommen. Auch wenn die Kirche ausverkauft ist – von den großen Politikern des Freistaates Sachsen hat niemand den Weg in die Geburtsstadt Lessings gefunden oder ihn finden wollen. Schließlich weiß man vom Wenzel, dass er kein Blatt vor den Mund nimmt. Das ist wohl auch der Grund, weshalb er von der „Arbeitsstelle für Lessing-Rezeption“, welche seit dem 11. September 2014 die Veranstaltung managt, für die Rede ausgewählt wurde. Auf der nicht aktualisierten Homepage ist die Rede davon, dass „in diesem Jahr die Reihe mit Volker Braun fortgesetzt“ würde. Wenzel wird auf seinen bekanntesten Vorredner von 2018 später mehrfach Bezug nehmen. Seine Gitarre steht an dem Abend unter dem Kreuz – mit zwei Liedern wird er seine Rede einrahmen. Das erste trägt den Titel „Nimm Dein Glas und wirf es an die Wand“. Darin heißt es in einer Strophe: „Wen Du wählen wirst, weiß man längst – Weil Du ewig nur im Netz rum-

hängst – Längst gespeichert hat man dein Gesicht ...“

Als er das singt, wurde er vom Moderator längst angekündigt als einer, der von sich gesagt habe: „Ich bin so wie ich bin, weil ich in der DDR aufgewachsen bin.“ Menschlichkeit, Vernunft und Toleranz sowie die Suche der Wahrheit hätten Gotthold Ephraim Lessing umgetrieben so wie Wenzel auch, der ein Romantiker sei mit Hang zur Melancholie. Nach den letzten Liedzeilen „Man wird einsam, wenn man anders denkt – Denn die Wahrheit wird hier nicht verschenkt“ setzt Wenzel die Gitarre auf den Boden, stellt sich ans Rednerpult und kommt gleich am Anfang auf den Punkt: „Es zerteilt sich zunehmend, was dereinst als schöne Einheit gedacht werden konnte.“ Viele der Anwesenden mögen Wenzel noch in Erinnerung haben, als er mit dem Clownsgesicht unverschämte Wahrheiten verkündete. Doch in Kamenz, das spürt wohl jeder an dem Abend, steht da vorn kein Clown mehr. Da steht einer, hinter dem über sechs Lebensjahrzehnte liegen, in denen er sich tiefe Gedanken darüber gemacht hat, wohin dieses Menschheits-Narren-Schiff denn eigentlich steuert. Diese Gedanken wollen nun endlich mal ausgesprochen werden.

Lessing war es, der noch an den Sieg der Vernunft glaubte, als er 1780 sein

„Der Laden lässt sich nicht mehr zusammenhalten. Als hätten die Teile nichts miteinander zu tun, monologisieren Akteure und Phänomene, Parteien, Lobbyisten, Bürger, Wutbürger, Reichsbürger und Bürgerwehren, Fangruppen und Impfgegner, Nazis und Naturfreunde, Auto- und Radfahrer – allenthalben gründen sie neue, hochgerüstete Kleinstaaten mit Propagandaministerien und imperialem Habitus. Aufgeputscht durch die eigene Meinung im Sound der Echoräume. Unsere Hilflosigkeit gegenüber diesem Zerfransen der Welt offenbart, wie sehr uns das Instrumentarium der Vernunft abhanden gekommen ist.“

Hans-Eckardt Wenzel

Spätwerk „Die Erziehung des Menschengeschlechts“ schrieb. 2019 ist offenkundig, dass Lessings Ideen, die

die intellektuellen Köpfe seiner Zeit euphorisierten, im öffentlichen Diskurs kaum noch eine Rolle spielen. Stattdessen hat mit Donald Trump das mächtigste Land der westlichen Welt, die USA, einen Politiker neuen Typus an die Macht gebracht. Dieser entspräche am konsequentesten dem Typus des neoliberalen Politikers, der Abmachungen und Vertraulichkeiten unter dem Kalkül des wirtschaftlichen Gewinns kündigt, führt Wenzel aus. „Die Ökonomie hat die Geschäfte selbst übernommen. Sie braucht keine Volksschauspieler mehr. Ein dem römischen Reich weit überlegenes Weltreich behauptet seinen Anspruch und bedroht alle, die nicht seiner Doktrin folgen.“

Sinn und Zweck der Kamener Reden ist es, die moderne Gedankenwelt Lessings als Angebot für Analyse und Beantwortung gegenwärtiger Probleme und Fragen zu entdecken, auch zum kritischen Dialog zu nutzen. Der Dialog kommt nicht zustande. Anstatt das Mikrofon herum zu reichen, wie in solchen Veranstaltungen üblich, sollen Fragen auf Papier formuliert werden – das Verfahren funktioniert mehr schlecht als recht. Hat man Angst vor „falschen“ mündlich geäußerten Statements? Auf jeden Fall wird man die Rede bestellen können – ab Oktober in Kamenz bei der Arbeitsstelle für Lessing-Rezeption.

30 Jahre Klartext marxistischen Denkens

Die Zeitschrift *Marxistische Erneuerung* wird 30. Stammleser des streitbar-linksdemokratischen Periodikums wissen dessen „Sagen, was ist“-Credo auf dem zuverlässig weiten Feld ihres Lektüre- und Diskursangebotes zu schätzen: Klartext zu bedeutsamen aktuellen politischen Themen ebenso wie zu grundsätzlichen strategischen Problemfragen marxistischen Denkens. Ersterer Gattung entsprechen in der September-Nummer 2019 auch zwei Beiträge über die EU-Wahlen im Mai. Gerd Wiegels und Klaus Drägers nüchterne (und ernüchternde) Analysen der Wahlergebnisse bilanzieren die Rechten trotz deren organisatorischer Zersplitterung ungeschönt als klare Gewinner, während den Linksparteien ebenso unmissverständlich bescheinigt wird, mit ihrer unentschieden-klassenindifferenten EU-Politik „Schiffbruch erlitten“ zu haben.

Als eine strategisch-programmatische Grundfrage hatte die Vierteljahresschrift die Klimakrise zuletzt in Z 114 thematisch fokussiert und dabei auch dem bedenklichen Befund des avantgardistischen Ökomarxisten Elmar Altwater Rechnung getragen, die

Linke habe immer noch zu tun, Soziales und Ökologisches zusammenzudenken. Dieser Dialektik fortgesetzt Geltung zu verschaffen, konstituieren fünf einschlägige Aufsätze einen der beiden inhaltlichen Schwerpunkte der vorliegenden Ausgabe. Auf zwei sei hier verwiesen. André Leisewitz legt in seinem „Marx, Engels und die Klimakrise“ überschriebenen Beitrag die widersprüchlichen Beziehungen von Kapital und Arbeit sowie von Kapital und Natur dar. Ausgehend von den Erkenntnissen, die Marx und Engels über diese als Ausbeutungsverhältnisse gewonnen hatten, geht er der Frage nach, wie sie im heutigen Turbo-Kapitalismus begrenzt werden könnten. Sein unverblühtes Fazit: Nur durch in sozialen Bewegungen erkämpfte staatlich-gesetzliche Repressivmaßnahmen gegenüber den Einzelkapitalien. Dieter Stache führt den Leser an eine geistige Bewegung heran, die sich als eigenständige Disziplin ökosozialistischen Denkens seit Ende der 1980er Jahre in den USA etabliert hat. Eine ihrer Kernfragen laute, ob es sich bei den Widersprüchen zwischen Kapital und Arbeit bzw. Mensch und Natur im Kapitalismus um einheitliche

oder getrennte Aspekte eines historischen Prozesses handele.

Den zweiten thematischen Schwerpunkt in Z 119 bilden Erkenntnisse, Erfahrungen, Reflexionen rund um die markanten deutsch-deutschen Geschichtsdaten 1949, 1989, 2019. Die ihnen gewidmeten vier Wortmeldungen eint die verdienstvolle Absicht, die Deutungshoheit über unsere jüngere Historie nicht dem bürgerlichen Mainstream oder gar den Rechtspopulisten zu überlassen. Einmal mehr wird die als publizistische Reaktion auf den Epochenwandel seit dem Herbst 1989 herausgegebene Zeitschrift damit ihrem selbstbestimmten Gründungsauftrag gerecht, Defizite und Fehler der Vergangenheit und Gegenwart in Theorie und Praxis aufzudecken und anzugehen. Ganz im Sinne des Universalhistorikers Walter Markov, Geschichte sei total oder gar nicht, mahnt Jürgen Hoffmann an, linke Geschichtsschreibung müsse auch das westdeutsche Erbe seit 1949 in den Blick nehmen. Diesen Totalitätsanspruch, bezogen auf die neoliberale Transformation der DDR-Wirtschaft nach der Wende, vertritt auch Stefan Bollinger. Linke Histo-

rie dürfe nicht bei der Verurteilung der Treuhandpolitik stehenbleiben, sondern müsse dem gescheiterten Sozialismusversuch in seiner Komplexität Rechnung tragen. Äußerst aufschlussreich, weil mit allgemein unbekanntem Fakten gewürzt, befassen sich Siegfried Prokops und Jörg Roeslers Texte mit wirtschaftspolitischen Problemen in der Endzeit der DDR.

Ein Sonderlob haben sich erneut die Buchbesprechungen verdient. Unter den 13 rezensierten Publikationen rangieren ideelle Schwergewichte, was im Wortsinne auch für ihre Druckumfänge und Ladenpreise gilt. Umso dankbarer dürfte mancher Z-Leser sein, sich die wesentlichen Aussagen und Botschaften anhand ausführlicher Analysen und Kommentare aus marxistischer Sicht aneignen zu können.

• *Wulf Skaun*

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, N. 119 (September 2019), 240 Seiten, Einzelheftbezug 10 Euro. Bestellungen über redaktion@zme-net.de oder www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Kann eigentlich kulturelle Vielfalt nur in Großstadtmetropolen entflammen? Diese Frage könnte man bejahen, gäbe es nicht nennenswerte Ausnahmen quer von Nord bis Süd, die nicht nur saisonbedingt genreübergreifend von sich reden machen. Städte wie Rudolstadt mit seinem TFF oder Quedlinburg mit seinen Marktveranstaltungen haben bewiesen, dass es trotz der Abwanderung gerade junger Leute in größere Städte möglich ist, Freiraum für Kunst und Kultur zu schaffen.

Abgesehen davon, finanzielle Unterstützung von den Gemeinden, Städten, Ländern bzw. Sponsoren zu erhalten, spielt ein gehöriger Schuss individueller Willenskraft und leidenschaftlicher Kreativität der Macher und Organisatoren eine wesentliche Rolle. Gäbe es nicht diese unzähligen ehrenamtliche Mitstreiter, wäre so manches Vorhaben nicht umsetzbar. Als gelungenes Beispiel sei hier der Greizer Theaterherbst genannt. Schauspiel, Theaterwerkstatt, Pantomime, Clownerie, Akrobatik, Chanson, Filmkunst, Lesungen, Performance, sogar Popmusik in Kombination mit Jazz, all das konnte man bei der 28. Auflage zwischen dem 13. und dem 22. September dieses Jahres erleben.

Jedes Jahr zur etwa gleichen Zeit verwandelt sich Greiz in ein abwechslungsreiches Eldorado für die Liebhaber oben genannter Genre, wobei freilich das Theatermachen selbst an oberster Stelle steht. Neben gestandenen Künstlerpersönlichkeiten, die nicht nur lokal bekannt sind, gibt es stets auch zahlreiche außergewöhnliche Talente zu entdecken und zu erleben, die den Theaterherbst immer wieder aufs Neue bereichern. Dieser Herbst steht jährlich unter einem anderen Motto. Der diesjährige Leitspruch lautete: „Es ist Zeit ...“

Martin Heesch, künstlerischer Leiter des Ganzen, begründet das Panier wie folgt: „Ernest Hemingway sagte einmal: ‚Das Merkwürdige an der Zukunft ist wohl die Vorstellung, dass man unsere Zeit einmal die gute alte Zeit nennen wird.‘ Wenn man sich unsere Zeit betrachtet, die wir teilweise als recht nervös, egoistisch, unruhig und instabil empfinden, so fällt es in der Tat schwer, sich vorzustellen, dass unser Jetzt in Zukunft als gute alte Zeit bezeichnet werden wird.“

Der Theaterherbst will mit seinen neun Werkstattprojekten und zahlreichen Gastspielen Impulse zum Reflektieren und Diskutieren über diese „gute“ Zeit geben. Im Programm katalog des Festivals wird Novalis zitiert, der übrigens seine Kinder- und Jugendjahre unweit von Greiz verbrachte: „Theater ist die tätige Reflexion des Menschen über sich selbst“, woraus sich für die Theaterschaffenden Anforderungen „an die Zeit“ ergeben, wie sich zu erinnern, sich einzumischen, aufzuwachen, umzudenken, aufzuschreien, zuzuhören, offen zu sein für Wünsche, Zuversicht, Traum und Realität.

Gespielt und dargeboten wurde in den unterschiedlichen Räumlichkeiten der Stadt. Da wurde die Jahnturnhalle zur

„Es ist Zeit ...“

Der 28. Greizer Theaterherbst lud ein.
Jens-Paul Wollenberg war dabei

Manege, das Gastensemble „Circus MoMoLo“ aus Jena übte mit Kindern und Jugendlichen, ein Programm ein, das mit gekonntem Jonglieren, kühner Akrobatik und spaßiger Clownerie das Publikum überraschte. Auch der Greizer Bahnhof öffnete seine Wartehalle, in der die Werkstattleiter des Theaterherbstes eine biografische Collage

meiers Masken Marching Band“ gab es fünf hochkarätige Aufführungen unterschiedlicher Couleur.

Die „Maskapelle“ ist in Bremens „Blaumeier Atelier“ gegründet worden, einer künstlerischen Initiative, deren Verein und deren Mitbegründer einst mit dem Riesenprojekt



Uta Pilling während ihres Auftritts.

über das Leben von B. Traven präsentierten. Weitere Veranstaltungen gab es im Pferdestall des oberen Schlosses (Greiz hat zwei vorzuweisen) und im UT99 Kinocafé Greiz, wie auch in der Alten Papierfabrik oder der Begegnungsstätte Siebenhitze. Selbstverständlich fanden die meisten Aufführungen in den Räumlichkeiten der riesigen Vogtlandhalle statt, die neben der Studiobühne auch über einen Ballettsaal verfügt und in der auch der Greizer Theaterherbst e. V. seinen Sitz hat.

Am 13. September gab es in der Alten Papierfabrik die Eröffnungsinzenierung – „Raum der Wünsche“, ein Dokumentarstück basierend auf dem utopischen Roman „Picknick am Wegesrand“ der Gebrüder Strugazki. Am Samstag, dem 14. September, war im Rahmen des Herbstes erstmalig das Greizer Straßentheaterfest „Come Together“ auf dem Marktplatz zu erleben. Dieser wurde zur Bühne umstaffiert, auf der sich die Straßenkünstlerinnen mit ihren vielseitigen Darbietungen austoben konnten. Das Ganze war perfekt durchorganisiert und es entwickelte sich ein über zehn Stunden dauerndes abwechslungsreiches Theaterspektakel, das fantasievoll komödiantisches, Poetisches, Dramatisches mit musikalischen Einlagen verband. Umrahmt vom Einmarsch der „Maskapelle alias Blau-

„Blaue Karawane“ auf sich aufmerksam machten. Ende der 80er und zu Beginn der 90er gelang es den Initiatoren gemeinsam mit reformorientierten Psychologen und Psychiatern, einige geschlossene Anstalten schließen zu lassen, damit deren Insassen, also psychisch kranke Patienten, wieder in die Gesellschaft integriert werden konnten. In diesem Zusammenhang entstand die Idee, mit ihnen gemeinsam Theater zu machen. Kurzentschlossen wurde Goethes „Faust“ inszeniert, bis auf eine Ausnahme wirkten nur Menschen mit Behinderung mit. Die Ausnahme war ein ausgebildeter Schauspieler, der die Regie übernahm und es verstand, das Ganze dramaturgisch in den Griff zu kriegen. Die Inszenierung wurde damals bejubelt, so dass man beschloss, weiter zu machen, und bis heute wird diese Tradition weiterentwickelt.

Die Maskapelle spielte nicht wirklich, das zehnköpfige Ensemble improvisierte mit selbst angefertigten Instrumentalattrappen, die den sehr originell maskierten Darstellern auch als Requisit für ihre szenischen Aktionen dienten. Die Musik (Blasmusik, Zirkusmarsch bis hin zum Freejazz) ertönte aus einer mobilen Musikbox. Angeführt wurde diese skurrile Szenerie von einem leidenschaftlichen Tambourmajor mit einem silbrig funkelnden Dirigentenstab. Aus Erfurt

waren zwei Mitglieder des Improtheaters „Improsant“ angereist, denen es mit schlagfertigen Humor spielerisch gelang, das Publikum szenisch einzubeziehen, während „tonneCtion“ aus Bremen „poetische Akrobatik“ boten. Clara Groeger und Tine Thevissen faszinierten mit clownesker Akkuratessse und halsbrecherischer Artistik. Gekonnt improvisierten die beiden einen waghalsig anmutenden Streit um eine simple blaue Plastiktonne, in der sie am Ende gemeinsam verschwanden. Aufgefressen von der Zeit? Würde schon zum Motto passen.

Einen weiteren Höhepunkt, jedoch mit leiseren Tönen, aber dennoch mit kräftiger Stimme bot die Leipziger Malerin, Lyrikerin und singende Straßenmusikerin Uta Pilling mit eigenen Chansons. Innerhalb weniger Minuten hatte sie die Herzen des Publikums auf ihrer Seite. Nach ihrem Motto „Ich male Bilder, schreibe Bilder, singe Bilder“ sang sie ihre Lieder, die sich zwischen bissig-sarkastisch und schwermütig-melancholisch bewegen, begleitet auf dem Bajan. Auch konnte man ihre Grafiken bewundern. Und da sich unter den vielen Zuhörern auch Kinder scharten, unterbrach sie kurzerhand ihr Programm und ermunterte die Kleinen, mit ihr Kinderlieder zu singen, was auch gut gelang. Als dann Eltern und Großeltern in der Refrain einstimmten, erreichte ihr Auftritt beinahe eine neue Dimension, so dass sie es dann doch etwas schwer hatte, die Dramaturgie ihres Chansonrepertoires aufrecht zu erhalten. Doch unter dem großen Beifall der Zuhörernden klappte auch das.

Parallel zu diesen sämtlich auf dem Marktplatz stattfindenden Aktionen installierten die Münchener Künstler Peter Heesch und Anja Callam ein Bauprojekt unweit des Geschehens, das unter dem Motto „Brücken bauen“ symbolisch demonstriert, dass die Zeit reif dafür sei, Wünsche, Hoffnungen, kulturelle Vielfalt und Migration zu verbinden. Das Finale der gelungenen Straßenveranstaltung läutete das punkige Rocktrio „In Schwarz“ ein. Drei hoch motivierte Jungs, Mitte Zwanzig, schmetterten förmlich ihre aufmüpfigen Songs, durch E-Bass, E-Gitarre und Schlagzeug verstärkt, ins tanzwütige Publikum. Und das höchst professionell!

Bis zum 22. September fanden täglich mindestens zwei Vorstellungen pro Spielstätte statt, um Sparten wie Film, Schreibwerkstatt oder Schauspiel am geeigneten Platz zu präsentieren. Das durchweg gut organisierte Spektakel beendete am Abend des 21. September die Leipziger Band „Herje Mine“, deren Mitglieder aus Polen, Israel und Deutschland stammen. Mit heißblütiger virtuoser Dynamik brachten sie den Saal des Greizer Bahnhofs zum Kochen, bevor noch eine Schauspielwerkstatt für Kinder in der Studiobühne und eine Lesepformance in der Begegnungsstätte Siebenhitze sich dem Thema „Es ist Zeit ...“ widmeten.

Es bleibt zu hoffen, dass die Zeit eine Fortsetzung zulässt, nicht nur in der wunderschönen Stadt Greiz.

Oktober 2019

Sachsens Linke

**Aktuelle
Informationen**
stets auch unter
www.dielinke-sachsen.de



DIE LINKE wird gebraucht – sie muss es aber auch zeigen

Thomas Dudzak konstatiert mit Horst Kahrs:
Eine parteiliche Erneuerung ist unausweichlich

Auch wenn ein wenig Zeit vergangen ist seit dem Wahlabend vom 1. September, bleiben die Ergebnisse für die sächsische LINKE schmerzhaft. „DIE LINKE ist die Verliererin des Wahlabends“, schrieb Horst Kahrs in seiner Wahlkampfberichterstattung zu den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Weder als Regierungspartei noch als Oppositionspartei sei es ihr bei diesen Wahlgängen gelungen, mehr als ein Zehntel der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinen. Und tatsächlich erscheinen die Ergebnisse auf einen schnellen Blick ähnlich, obwohl die Partei in beiden Ländern vollkommen unterschiedlich aufgestellt und auch unterschiedlich in die Wahlauseinandersetzung gegangen ist.

Tatsächlich lägen die Probleme tiefer, meint Kahrs: „Die Folgen der Altersstruktur der Mitgliedschaft und Wählerschaft wirken stärker, die Jahrgänge der 1989 etwa 15-35jährigen, die heute in der zweiten Hälfte ihres Erwerbslebens stehen, waren traditionell schwach vertreten, so dass hier wichtige Bindungen fehlen, die zwischenzeitlich überdurchschnittliche Zustimmung unter Jüngeren ist nicht mehr zu beobachten.“ Auch hätten die jüngeren Auseinandersetzungen innerhalb der Partei zu einem neuen, eher lähmenden Konflikt geführt, der auch in der Außendarstellung wahrnehmbar sei: „Ob sich eine linke Partei vor allem als Anwalt der ‚Armen und Schwachen‘ in der Gesellschaft verstehen müsse oder (!) als entschiedene Verfechterin von ‚Menschheitsfragen‘ (wie dem Klimawandel und seinen Folgen)“.

Tatsächlich reihen sich die Wahlergebnisse vom 1. September in eine lange Reihe von Ergebnissen im Osten ein, die Sorge erregen müssen. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern in den 2000ern und Thüringen aktuell erlebt die Partei im Osten eine Annäherung der Landtagswahlergebnisse in den Ländern – und zwar nach unten. Auch bei den Bundestagswahlen verliert die Partei seit 2005 in Sachsen wie im gesamten Osten permanent an Zustimmung. Die Partei insgesamt leidet unter einem Verlust

der wahrnehmbaren Funktion bei Wahlen, welche in der zugespitzten Auseinandersetzung der Landtagswahlen in diesem Jahr einen traurigen Höhepunkt erreicht: In einem Umfeld, in der die Frage, ob die regierungstragende Partei – in Sachsen die CDU, in Brandenburg die SPD – stärkste Kraft wird oder die AfD, und – wie in Sachsen – der LINKEN in Ermangelung an möglichen Modellen nicht einmal



eine Funktion in einer Konstellationsbildung zukommt, wirkt sich dieser Funktionsverlust umso deutlicher aus. DIE LINKE verliert in alle Richtungen. Taktisches Wählen und die beschriebene – mediale – Zuspitzung auf die Auseinandersetzung zwischen AfD und dem Amtsinhaber haben auch dazu geführt, dass auch uns nahestehende WählerInnen ihr Kreuz diesmal einer anderen Partei gegeben haben.

Diese Entwicklung ist jedoch keine Naturgewalt, die über uns gekommen ist. Kurzfristig ist es uns nicht gelungen, aus der strategischen Falle des Funktionsverlustes herauszukommen. Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen aber Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte zurück und sind durch die Blutgabe einer neuen Aufmerksamkeit im Rahmen der Hartz-IV-Proteste und der Parteieubildung übertüncht, nicht jedoch beseitigt worden. Wir müssen uns die Frage stellen, warum wir es „unseren“ WählerInnen diesmal so einfach gemacht haben, DIE LINKE nicht mehr zu wählen. Und aus der Beantwortung dieser Frage die richtigen Schlüsse ziehen: Wir können als Partei nicht auf das nächste Hartz IV warten, auf neue soziale Proteste, um uns als VertreterIn dieser Proteste neu aufzuschwingen. Sicherlich werden neue verteilungspolitische

Kämpfe kommen, wir müssen auch auf sie hinwirken. Und doch besteht die vordringliche Aufgabe nun darin, bis dahin eine selbsttragende Basis und Funktion unserer Partei zu entwickeln, auf der wir innerhalb einer solchen Auseinandersetzung wachsen können. Nie wieder darf es passieren, dass WählerInnen den Eindruck haben, in taktischer Hinsicht sei der Verzicht auf die Stimme für DIE LINKE am wenigsten schmerzhaft. Nie wieder dürfen wir in die Falle geraten, in einer zugespitzten Auseinandersetzung keine Funktion mehr zugeschrieben zu bekommen.

Denn: DIE LINKE – gerade auch in Sachsen – wird gebraucht. Der Kapitalismus produziert und manifestiert weltweit nach wie vor Ungleichheit und Armut, es ist sein Wesen. Wie in einem Brennglas werden diese systembedingten Ungleichheiten dank vereinigungsbedingter Brüche, jahrzehntelanger Niedriglohnstrategie der CDU-geführten Staatsregierung und dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme gerade in Sachsen manifest. Wir sind in diesem Parteiensystem die einzige antikapitalistische Kraft, die sich dem entgegenstellt, und müssen wieder zur hörbaren Stimme des Neins zu Ausbeutung, Armut und sozialer Verwerfung werden.

Dafür bedarf es eines Zusammenwirkens aller Teile dieser Partei. Partei und Fraktion müssen gemeinsam sichtbar werden und abgestimmt sichtbare Ausrufezeichen entlang des sozialen Markenkerns unserer Partei setzen. Es ist eine Aufgabe, die über die Grenzen der Landespartei hinausgeht, die klar als eine der Gesamtpartei wahrgenommen werden muss. „Stärke der Linken waren immer Phasen, in denen verteilungspolitische Fragen mit den politischen Leidenschaften für eine bessere, gerechtere Gesellschaft als greifbarer Vision verbunden werden konnten. Diese ‚programmatische‘ Lücke teilen sich DIE LINKE und die SPD, programmatische Erneuerung, neue Ideen bei den Antworten auf die großen Zukunftsfragen scheint unausweichlich“, konstatiert Horst Kahrs. Wir haben eine Aufgabe.

Nur eine Antwort: Zusammenhalt

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Wahltag liegt zwar jetzt schon einige Wochen hinter uns, und dennoch: Die Ergebnisse dieses Wahlgangs, dieses Wahljahres bleiben für uns bitter. Wir haben bereits im Mai rund ein Drittel unserer kommunalen Mandate verloren. Nach der Landtagswahl sind wir nur noch mit 14 Abgeordneten im Sächsischen Landtag vertreten. Ein Schock.

Und dennoch, so bleiern die Ergebnisse auf uns lasten, so groß die Hypothek ist, mit der wir in den kommenden fünf Jahren umzugehen lernen müssen, so sehr habe ich in den zahlreichen Gesprächen, Beratungen und Runden in der Partei seit dem Wahltag eines erlebt: einen klaren Willen dazu, Dinge in Zukunft anders anzupacken. Und zwar gemeinsam. Die Lage ist zu ernst, als dass wir es uns leisten könnten, den Gegner in Zukunft weiter vor allem in der eigenen Partei zu suchen.

DIE LINKE ist unser gemeinsames Haus. Jeder und jede mag unterschiedliche Gründe gehabt haben, in diese Partei einzutreten, aber stets mit dem Willen und dem Wunsch, dass diese Partei Erfolg haben soll. Das gemeinsame Ringen um den richtigen Weg gehört dazu. Der Ton, die Form des Umgangs müssen jedoch stets solidarisch sein. Und so freue ich mich, dass es gerade zu gelingen scheint, Einigkeit herzustellen: Wir bereiten uns gemeinsam auf den kommenden Landesparteitag vor uns senden von dort ein starkes Signal. Mit der LINKEN ist weiter zu rechnen. Wir sind nicht weg. Im Gegenteil: Wir sind da, schließen die Reihen, haken uns unter und kämpfen weiter für eine starke LINKE und eine Perspektive jenseits des Kapitalismus.

Herzlichst,

Leserbriefe

Zum Wahlergebnis

Pessimismus und Besserwisserei helfen nicht

Mit zunehmender Distanz zu den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg schwindet ein wenig der Groll über die schlechten Ergebnisse der LINKEN. Was ist zu tun? Pessimismus und Besserwisserei werden uns nicht weiterhelfen. Wir sollten uns unbedingt Zeit für eine gründliche Analyse nehmen und daraus, gepaart mit Herz sowie Sachverstand, programmatische und praktische Schlussfolgerungen ableiten. Schnellschüsse und emotional vorgetragene Forderungen, an wen auch immer, sollten unterbleiben. Dafür müssen gut aus- und abgewogene Vorschläge für politische Zielsetzungen auf der Grundlage des Parteiprogramms eingebracht werden. Friedenspolitische, soziale und solidarische Schwerpunkte sind dabei in den Mittelpunkt zu stellen sowie öffentlichkeitswirksam umzusetzen. Mit der Diskussion über die Vorschläge in den Gremien müssen vor allem möglichst viele außerparlamentarische Aktionen einhergehen. Der Landtagswahl in Thüringen müssen unsere ganze Aufmerksamkeit sowie tatkräftige Unterstützung gelten und dies bundesweit. Besinnen wir uns auf unsere gemeinsamen Ziele im Kampf um Veränderungen, bündeln wir unsere Kräfte und ringen um beste Wahlergebnisse in Thüringen. Das wäre eine erste richtungsweisende und ermutigende Antwort auf das Wahldesaster!

• Raimon Brete, Chemnitz

Zu „Erwarte Offenheit von einer pluralistischen Partei“, *Sachsens Linke!* 9/2019, Seite 2

Vorurteile abbauen und nicht pauschal urteilen

Ich selbst wurde 1955 konfirmiert und 1956 jugendgeweiht. Ich kann verstehen, dass Personen, die selbst oder im persönlichen Umfeld von Benachteiligungen oder Angriffen betroffen sind, emotional reagieren und es ihnen schwer fällt zu differenzieren. Aber auch ein jüngerer Bekannter von mir und andere aus seinem Jahrgang waren in der Jungen Gemeinde nach der Konfirmation aktiv und studierten zu DDR-Zeiten. Dabei setzte er sich in den 1980er Jahren für die Ziele des Konziliaren Prozesses/der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein. Und andere waren nicht Mitglied der Pionierorganisation und konnten in der DDR promovieren. Es waren eher die evangelischen Kirchen, die nie die Jugendweihe akzeptiert und sie nur zeitweise geduldet haben. Eine katholische POS-Klassenkameradin meines Bekannten warf ihm vor, dass er das Kommunistische Manifest gelesen hat. Überhaupt erlebte mein Bekannter viel Feindschaft gegenüber der DDR und Linken überhaupt, z. B. von einem Pfarrer in der Christenlehre oder bei Jugendevangelisationen. Andere Bekannte berichteten, dass Eltern/Kirchen Kindern verboten, zu den Pionieren zu gehen, obwohl

diese es wollten. Überhaupt haben es Teile der Kirchen nicht so mit Toleranz, wie z. B. die Verleumdung von Schwangerschaftsabbrüchen als Mord oder der Umgang mit Homosexualität zeigen. Und was Bildungschancen betrifft: Viele Kinder können heutzutage wegen ihrer sozialen Herkunft nicht studieren. Wo bleibt der Protest der Kirchen dagegen? Setzen sie sich nicht eher für ihre Schulen ein? Während Uwe Schnabel zur Zusammenarbeit und dem Abbau von Vorbehalten aufruft, wiederholt Simone Hock leider die Vorurteile, die zwar im Einzelfall zutreffen mögen, in dieser Pauschalität, wie gezeigt, aber nicht. Wie Uwe Schnabel und Simone Hock wünsche auch ich mir Zusammenarbeit bei den gemeinsamen Zielen und dem Abbau von Vorbehalten. Dazu gehört auch der Abbau von Vorurteilen in den Kirchen gegenüber der DDR und Linken.

• Rita Kring, Dresden

Christentum und Sozialismus zwei Seiten desselben Glaubens

Liebe Simone Hock, Dein heutiger Katholizismus hat es ja auch sehr viel einfacher als die momentane Linke, sich derart undogmatisch-tolerant zu geben, dass einem gelegentlich wie auch in anderen religiösen Gemeinden warm ums Herz werden kann, ich weiß, wovon ich hier rede. Allerdings ist diese Toleranz gegenüber LINKS (nicht anders als auch unsere neuerliche linksseitige Religionsintoleranz) erst allerjüngsten Datums! Mal abgesehen vom berechtigten Abstand zur staatlichen Atheismus-Agitation – es wussten paar Jahrzehnte und die allerletzten Höllenpredigten zurück ... nämlich ein Bischof Schaffran z. B. mit Ernesto Cardenal, der Ortspfarre mit Darwin, die Päpste Wojtyla, Ratzinger mit Leonardo Boff absolut nichts anzufangen. Das real existierende Christentum – in seiner Weltgestaltungs-kompetenz bereits vor 500 Jahren restlos gescheitert (!) – hat den inzwischen beinahe längst vergessenen, regelrecht verzweifelten Kampf gegen jeden „modernistischen“ Humanismus im Gefolge der rationalen Aufklärung angeblich hinter sich. Heute „kann“ es sich locker freibleibend-progressiv geben und darauf verweisen, quasi durchaus gezwungenermaßen auf den innersten Kern der Botschaft Jesu, weniger zurück- als „viel mehr nach vorn“ geworfen worden zu sein. Ich kenne Freunde, die das ganze Katholische Kompendium nicht mehr interessiert, die nicht dogmatisch-katholisch, aber gern „kulturell-katholisch“ sind. Sofern sie auch schon mal von der Theologin Dorothee Sölle gehört haben: „Es kommt nicht darauf an, ein Bekenntnis zu glauben, sondern einen (eigenen) Glauben zu bekennen!“ Glauben hierbei zuerst als „credo, credere, cor dare“ verstanden (wie ja bereits Maxim Gorki fragte, und nicht etwa nach der Anzahl der Rosenkranzgebete oder Bekreuzigungen). Unsere LINKE, nach dem Ende der DDR und dem im Weltmaßstab ebenso grandiosen Scheitern sämtlicher M-L.-Strategien, muss allzu vieles erst noch ver-

dauern. Nicht bloß so paar, allzu viele, Schrecknisse im Stasi-Knast, wovon keiner unserer mitengagierten Genossen je wirklich was ahnte. Nicht zuletzt, dass es irgendeine (angeblich nur von üblen Machenschaften behinderte, proletarische) „objektiv“ beinahe naturgesetzhafte Gesellschaftsprogression bis in eine zukünftig auch nur halbwegs vollendete humane Gesellschaft ebenso wenig geben dürfte ... wie andererseits so einen geheimnisvollen „Heilsweg Gottes durch die Geschichte“. Dir, Simone H., sehr gern zugute (bisschen mit H. Böll, heute eventuell zusammen mit Bodo R. oder Tilo W. u.v.a....) im Sinne dieses einen, auch ins Katholische konvertierten Graham Greene (war das nicht der Literat mit der „Ambivalenz alles Menschlichen“?): Es sind Christentum und Sozialismus eventuell doch nur zwei Seiten ein- und desselben Glaubens ...

• Hubert Lehmann, Dresden

Zu „Gedanken zu Landtagswahl und Wahlkampf“, *Sachsens Linke!* 9/2019, S. 12

Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus für mich wahlentscheidend

Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus war für mich ein wesentlicher Grund, die LINKE zu wählen. Parteien, die für den un-/antidemokratischen Kapitalismus sind, gibt es mehr als genug. Was ist für mich der demokratische Sozialismus? Nur kurz: Statt der gegenwärtigen Diktatur des Kapitals und ihrer Ausführenden in Wirtschaft, Politik, Medien usw. Demokratie, also die gemeinsame Suche der Betroffenen nach der besten Lösung. Statt Produktion im Interesse des Profits Bedürfnisbefriedigung für alle Menschen weltweit, einschließlich zukünftiger Generationen. Daraus ergibt sich Umweltschutz automatisch (religiös: Bewahrung der Schöpfung). Statt Egoismus und Konkurrenz Solidarität und Kooperation (christlich: Nächstenliebe). Was ist der Unterschied zum Kommunismus, meinem Endziel? Im Kommunismus denken die Menschen nicht mehr in Warenkategorien, z. B. in Geld. Sie verhalten sich automatisch solidarisch und suchen gemeinsam nach der besten Lösung. Der demokratische Sozialismus ist somit die Einübungsphase für die Menschen, die noch vom Kapitalismus geprägt sind und solange der Kapitalismus noch nicht vollständig überwunden ist. Der Kommunismus ist somit das, was Jesus mit dem Reich Gottes bezeichnete und z. B. in der Bergpredigt und in verschiedenen Gleichnissen beschrieb. Wer also wirklich den Lehren Jesu folgen will, müsste von der Forderung nach demokratischem Sozialismus begeistert sein. Da der Kapitalismus nicht freiwillig die Ressourcen und Machtmittel rausrückt, werden sich Auseinandersetzungen nicht vermeiden lassen, wie auch Jesus voraussagte. Allerdings können wir schon jetzt versuchen, dem Kapitalismus möglichst viele Herrschaftsinstrumente wegzunehmen und möglichst viele Personen für unsere Ziele gewinnen, damit diese Auseinandersetzungen möglichst gewaltfrei verlaufen.

• Uwe Schnabel, Coswig

Neues aus dem Landesvorstand

Wie schon auf seiner Sitzung am 2. September setzte sich der Landesvorstand am 27. September mit den Ergebnissen des Wahljahres 2019 im Allgemeinen und den Landtagswahlergebnissen im Speziellen auseinander. Strukturiert wurden anhand von Leitfragen Ursachen aufgearbeitet: Welche gesellschaftlichen Faktoren spielten eine Rolle? Gab es inhaltliche Schwächen? Wo lagen mögliche strategische Fehler? Die solidarisch geführte Debatte kulminierte in der Beauftragung des Leitantes an den Landesparteitag, welcher unter Federführung von Landesvorsitzender und Landesgeschäftsführer unter Einbeziehung möglichst vieler GenossInnen unterschiedlichster Herkunft und Parteigeschichte erarbeitet werden soll, um die Pluralität der Partei zum Ausdruck kommen zu lassen. Auch die Wahlauswertung wird ein Sonderkapitel erhalten, in dem AkteurlInnen und Gliederungen die Möglichkeit erhalten, in rund 3.000 Zeichen ihre Position zu thematisieren. Zuschriften hierfür sind an die Landesgeschäftsstelle zu richten.

Die Beratung aus Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand, die sich tags darauf traf, begrüßte einmütig die Bemühungen um eine gemeinsame und solidarische Vorbereitung des Landesparteitages. Die Beratung forderte die AkteurlInnen der unterschiedlichen Gruppen im Landesverband auf, sich mit ihren Politikansätzen in die Erarbeitung eines inhaltlichen und personellen Vorschlags für den Parteitag einzubringen.

• Thomas Dudzak

Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 25.09.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 06.11.2019.

Die Ergebnisse der Landtagswahl

Erste Gedanken von *Tilman Loos* – die Auswertung geht bei Regionalkonferenzen weiter

Die Wahl am 1. September 2019 ist für DIE LINKE und die Linke eine Zäsur. DIE LINKE verliert 8,6 %-Punkte zur Vorwahl und wird mit 10,4 % nur knapp vor Grünen und SPD drittstärkste Kraft. Mit diesem Ergebnis ist unsere Partei auf den Wert vom Oktober 1990 zurückgeworfen. Unsere Landtagsfraktion wird von 27 auf 14 Abgeordnete halbiert. Zwar sind besonders viele Wählerinnen und Wähler zur Urne geschritten, doch von allen Wahlberechtigten haben sich in Sachsen letztlich dennoch nur noch 6,8 % für DIE LINKE entschieden. SPD und LINKE verlieren zusammen 13,2 %-Punkte, so dass auch mit dem leichten Zugewinn der Grünen die bereits bisher schwach vertretenen Mitte-Links-Parteien 10,3 %-Punkte verlieren und mit einem Gesamtanteil von unter 27 % der gültigen Stimmen noch unter dem Stimmenanteil der AfD liegen.

Wahlentscheidungen

Eine einzelne Wahlentscheidung eines einzelnen Wählers oder einer einzelnen Wählerin ist Ergebnis zahlreicher Einflüsse und (unvollständiger) Informationen. Auf jede Wählerin und jeden Wähler treffen eine nahezu unbegrenzte Anzahl an soziostrukturellen Eigenschaften zu: Geschlecht, Alter, Wohnort, Beruf, Bildung, Lebensstand, Einkommen, Konfession, Zugehörigkeit zu Großorganisationen und dergleichen mehr. Gleichzeitig sind alle Wahlberechtigten mit einer Vielzahl äußerer Einflüsse konfrontiert: Das persönliche Umfeld (Familie, Freundeskreis, Kolleg*innen) in der digitalen wie analogen Welt, sie konsumieren verschiedene Nachrichten und Zeitungen und gegebenenfalls begegnen vor der Wahl auch der Eigenwerbung der Parteien.

Die Wahlentscheidung ist ein komplexer Prozess, in den sowohl inhaltlich-programmatische Überlegungen, langfristige Bindungen, strategische oder taktische Gedankenspiele, eine Kandidat*innen-Orientierung und natürlich das allgemeine Bild von den Parteien einfließen. Das Bild, das sich die Wählerinnen und Wähler dabei von den Parteien machen, ist selbst nicht losgelöst von Raum und Zeit, sondern eine Art ständig von vielen Pinseln gezeichnetes Gemälde. Das Bild einer Partei wird zu keinem Zeitpunkt X neu gezeichnet. Das aktuelle Bild, das Menschen von einer Partei haben, basiert immer auf einem ähnlichen Vorgänger-Bild. Das Bild ist auch zumeist ein Gesamtbild der Partei: Wählerinnen und Wähler haben kein Bild vom Bundesverband, eines vom Landesverband X und eines vom Kreisverband Y an der Wand hängen, sondern nur eines, das alle diese Ebenen vereint. Dominant bei der Zeichnung sind diejenigen „Pinsel“, die eine besonders hohe Reichweite oder aber einen besonders hohen Grad an Nähe haben (persönliche Kontakte). Landesverbände von Parteien können sich daher nur in sehr seltenen Ausnahmefällen (positiv) vom Bild ihrer je-

weiligen Bundespartei absetzen. Und: Um sich ein Bild von einer Partei zu machen, muss man weder deren (Wahl-) Programm gelesen oder ein Plakat gesehen haben. Die inhaltlich-programmatischen Überlegungen der Wählerinnen und Wähler werden ergänzt um die Frage, welche Themen gesellschaftlich gerade als wichtig erscheinen. Eine inhaltlich-programmatische Übereinstimmung in den Feldern A, B und C mit Partei X kann also trotzdem dazu führen, dass Partei Y mit Übereinstimmung im Feld D gewählt wird, weil D gerade als das wichtigere Thema gewertet wird.

Fragen wie „Sind die Silben auf den Plakaten richtig getrennt?“ oder „Wer steht auf Platz Z der Landesliste?“ dürften dagegen weitgehend bedeutungslos sein. Der Ausgang von Wahlen ist vor allem Ergebnis gesellschaftlicher Verhältnisse, Diskurslagen und des Bildes von Parteien, die allesamt nicht räumlich auf das Wahlgebiet oder zeitlich auf die konkrete Wahl beschränkt sind. Sie sind nicht vor allem Ergebnis der Wahlkampagnen der Parteien, die immer nur sehr begrenzt versuchen können, an die vorhandenen oben genannten Faktoren anzuknüpfen. Da eine einzelne Partei aber selbst im Feld der Wahlkämpfe nur eine Akteurin unter vielen ist, kann sie selbst dieses Feld nur bedingt kontrollieren. Sie kann in Wahlkämpfen weder ein neues Bild ihrer selbst zeichnen noch alleine einen Diskursraum, der größer ist als ihr Wahlgebiet, signifikant verschieben.

Das Wahlergebnis in Sachsen

Mit der Landtagswahl 2019 verliert DIE LINKE die dritte Landtagswahl in Folge Stimmenanteile im Vergleich zur jeweiligen Vorwahl. Wie bereits bei den letzten drei Wahlen liegen auch 2019 Europa- und Landtagswahlergebnis nahe beieinander, auch wenn 2019 das erste Mal im genannten Zeitraum das Landtagswahlergebnis sogar leicht unter dem der Europawahl liegt. Landesweit kommt DIE LINKE nur noch auf 10,4 % der gültigen Zweitstimmen und 12,3 % der Erststimmen (2014: 18,9 % der

Zweitstimmen und 21 % der Erststimmen). Damit erzielen wir ca. 41.400 mehr Erst- als Zweitstimmen. Der „Überhang“ von 2 %-Punkten von Erststimmen weicht im Jahr 2019 also nicht wirklich von dem im Jahr 2014 ab. In absoluten Stimmen verliert DIE LINKE 85.170 Zweitstimmen.

Ergebnisse auf Wahlkreisebene

DIE LINKE ist in keinem (!) der sächsischen Wahlkreise mehr stärkste Zweitstimmen-Kraft. Nur in einem Wahlkreis (Leipzig 2, Juliane Nagel) konnten wir das Direktmandat holen und unser Erststimmenergebnis weitgehend halten (-0,9 %-Punkte). In einem Wahlkreis konnten wir unser Erststimmenergebnis auf sehr niedrigem Niveau ausbauen (Leipzig 4, Marco Böhme, +0,6 %-Punkte). Bezogen auf die Zweitstimmen sind wir in über der Hälfte der Wahlkreise einstellig geblieben (36 Wahlkreise). Unser Zweitstimmenanteil rangiert zwischen 20 % und 6,3 %. Wie bereits die letzten Jahre erzielt DIE LINKE in den größeren Städten tendenziell bessere Ergebnisse. Die Spannweite unseres Verlustes in %-Punkten liegt in den Wahlkreisen zwischen -4,4 %-Punkten (Leipzig 4) und 11,9 %-Punkten (Meißen 1). Bezüglich dieser Zahlen gibt es auf Wahlkreisebene keine einfache Stadt-Land-Spaltung: Zwar liegen von den sieben Wahlkreisen mit Verlusten von 7 %-Punkten oder weniger vier in Leipzig und zwei in Dresden, doch liegen alle Chemnitzer Wahlkreise, zwei Leipziger Wahlkreise sowie zwei Dresdner Wahlkreise über dem Landesverlust – teilweise deutlich. Bereits auf Wahlkreisebene zeigt sich: Leipzig und Dresden sind nicht nur Leipzig und Dresden, sondern in sich differenziert.

In 57 Wahlkreisen liegt unser Erststimmenergebnis über dem Zweitstimmenergebnis, was keine neue Entwicklung ist. Die drei Wahlkreise, in denen dies nicht der Fall ist, sind der Wahlkreis des Ministerpräsidenten (Görlitz 2), des Landtagspräsidenten und Hans-Georg-Maaßen-Freundes (Meißen 4) sowie in einem Wahlkreis in SOE, wobei der Un-

terschied nur im Nachkommabereich liegt. Deutlich über dem Zweitstimmenergebnis lagen die Kandidat*innen der Wahlkreise Leipzig 2 (7,4 %-Punkte), Leipzig 4 (6,7), Leipzig 3 (5,6), Chemnitz 2 (5), Leipzig 6 (4,8) und Leipzig 7 (4,3). Im Erzgebirge lag Spitzenkandidat Rico Gebhardt im Wahlkreis Erzgebirge 2 3,6 Punkte über dem Zweitstimmenergebnis. Ein ebenso hoher Abstand lag in den Wahlkreisen Zwickau 5, Meißen 1 und Dresden 5 vor.

Vor der Landtagswahl wurden Kriterien für strategische Wahlkreise festgelegt, letztlich bewarben sich vier Leipziger und ein Chemnitzer Wahlkreis und erfüllten die Kriterien. In einem dieser Wahlkreise (Leipzig 2) konnte das Direktmandat verteidigt werden, im Wahlkreis Leipzig 4 betrug der Abstand zur bei den Erststimmen erstplatzierten Partei 2,5 %-Punkte, im Wahlkreis Leipzig 3 7,6 %-Punkte und in den verbleibenden zwei strategischen Wahlkreisen etwas über 10 %-Punkten. Die als strategisch definierten Wahlkreise befinden sich damit gemeinsam mit den Wahlkreisen Leipzig 6, Leipzig 7, Dresden 5 und Dresden 7 in denen – trotz teilweise noch deutlichen Abstands – die Differenz zur Wahlkreissiegerin/ zum Wahlkreissieger noch am geringsten ausfällt.

Ergebnisse auf Gemeindeebene

Die Untersuchung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene als kleinste Einheit, bei der statistische Daten sowohl von Wahlen als auch über soziostrukturelle Zusammenhänge von den statistischen Landesämtern veröffentlicht werden, ist schwieriger, als man annehmen könnte. Das liegt nicht zuletzt daran, dass viele der Einheiten, die als eine Gemeinde fungieren, tatsächlich recht verschiedene Lebensorte darstellen. So ist die Gemeinde Grimma die flächenmäßig viertgrößte Stadt Sachsens, die aus 13 Ortschaften und 64 Ortsteilen besteht. Wenn also die Gemeinde Grimma Untersuchungsgegenstand ist, bleibt stets zu bedenken, dass dieser aus letztlich vielen verschiedenen Orten besteht, die sich hinsichtlich Einwohnerzahl, öffentlicher Versorgung, Verkehrsanbindung und vielerlei Merkmale mehr doch erheblich unterscheiden.

Von den 415 Gemeinden (ohne Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau) fällt DIE LINKE in 21 Gemeinden unter einen Stimmenanteil von 5 %. In insgesamt 350 Gemeinden bleibt sie einstellig. Die fünf größten Städte Sachsens stellen insgesamt 36,3 % der Wahlberechtigten, aber 47,1 % der Stimmen, die DIE LINKE bei der Landtagswahl 2019 erhielt. Die an Wahlberechtigten 32 kleinsten Gemeinden (bis 1.000 Wahlberechtigte) stellen nur 0,8 % aller sächsischen Wahlberechtigten und 0,5 % unserer Wählerinnen und Wähler bei der Landtagswahl 2019. Die insgesamt 50 Gemeinden zwischen 10.000 und

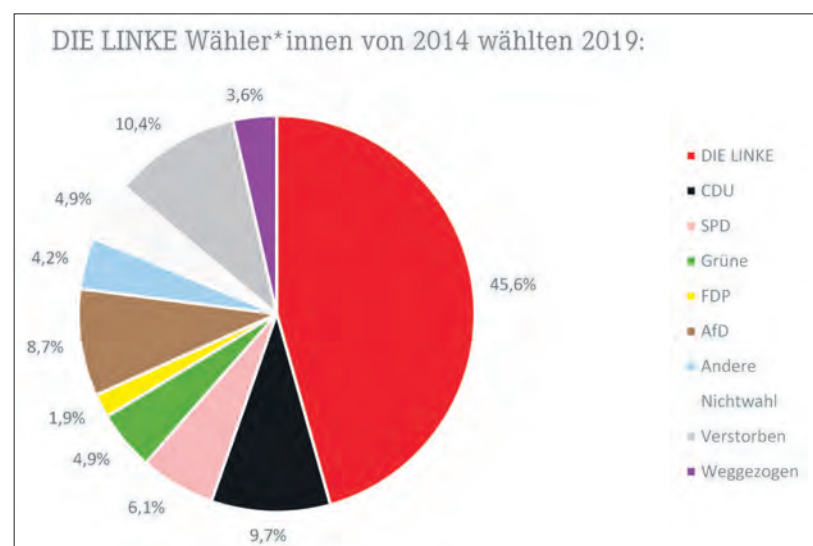


Abbildung 1: Haltequote zur Landtagswahl 2019

50.000 Wahlberechtigten machen mit 26,7 % über ein Viertel der Wahlberechtigten aus und haben einen Anteil an 23,1 % der Wählerinnen und Wähler von DIE LINKE. Mit Ausnahme der acht Gemeinden, in denen 25.000 bis 50.000 Wahlberechtigte leben, sowie der Stadt Dresden lässt sich grundsätzlich festhalten, dass das Abschneiden von DIE LINKE mit steigender Gemeindegröße (Zahl der Wahlberechtigten) wächst.

Wähler*innenwanderungen

Die Wählerwanderung basiert auf den Wahltagsbefragungen der Umfrageinstitute, in diesem Fall von Infratest dimap. Diese Befragungen sind im Allgemeinen recht treffsicher, aber leider sind gerade die besonders spannenden Zahlen der Wählerwanderungsbelegungen die problematischsten. Um die Wanderung zu berechnen, werden Wählerinnen und Wähler auch gefragt, wen sie bei der letzten Wahl gewählt haben. Diese Rückfrage bezieht sich also auf eine Wahl, die vor fünf Jahren stattgefunden hat und seit der mehrere weitere Wahlen anderen Typs vergangen sind. Wenn man keine Wechselwählerin/kein Wechselwähler ist und zu jeder Wahl die gleiche Partei wählt, lässt sich diese Frage leicht beantworten. Wechselt man aber zwischen Parteien, splittet Erst- und Zweitstimme und kann diese gegebenenfalls nicht genau auseinanderhalten, wird die Beantwortung rasch sehr fehleranfällig. Die Wanderungszahlen bieten eher eine grobe Orientierung.

DIE LINKE erreicht bei der Landtagswahl 2019 eine Haltequote von ca. 46 % (Abbildung 1). Das heißt, so viele Wählerinnen und Wähler der Vorwahl machten ihr Kreuz erneut bei DIE LINKE. Knapp 15 % unserer Wählerinnen und Wähler kamen gar nicht erst in diese Versuchung, da sie entweder das Bundesland (ca. 4 %) verließen oder verstorben sind (ca. 10 %). Knapp 5 % beteiligten sich nicht an dieser Landtagswahl und über ein Drittel wählte bei dieser Wahl eine andere Partei. Knapp ein Fünftel entschied sich für eine der Parteien des rechten Lagers, nur etwas mehr als ein Zehntel wanderten zu SPD (ca. 6 %) oder Grünen (ca. 5 %) ab. Die Haltequote bewegt sich deutlich unterhalb des Niveaus von 2014 (ca. 60 %, -15 %-Punkte) aber auf dem Niveau der jüngsten Landtagswahlen in den drei anderen ostdeutschen Bundesländern.

Während der Anteil der verstorbenen oder verzogenen Wählerinnen und Wähler sich auf dem Niveau von 2014 und damit zumindest in ähnlichen Dimensionen wie bei den anderen Landtagswahlen seit 1990 bewegt (wenngleich der regelmäßige „Verlust“ von 10 % unserer Wählerinnen und Wähler durch Tod nach wie vor ein Problem bleibt) und auch bei der Abwanderung zur SPD keine nennenswerten Ausschläge zu verzeichnen sind, so haben sich erheblich mehr unserer Vorwahl-Wähler*innen für die Wahl der CDU entschieden, als das bei einer anderen Wahl im Betrachtungszeitraum der Fall war. Auch der Anteil derjenigen, die nach „Rechtsaußen“ gewechselt sind, hat sich nahezu verdoppelt.

Auch zu den Grünen sind spürbar mehr Wähler*innen gewechselt als bei allen anderen Wahlen zuvor. Auch wenn ihr Anteil mit 5 % deutlich geringer ist als derjenige der Union, ist er auf Grund der nach wie vor geringen „Größe“ der Grünen in Sachsen nicht zu unterschätzen und dürfte vor allem in den Städten stattgefunden haben. So gering wie nie und passend zur hohen Wahlbeteiligung fällt hingegen der Anteil derjenigen aus, die uns bei der Vorwahl ihre Stimme gaben und bei dieser Wahl nicht zur Wahl gegangen sind.

Etwa 63 % unseres Elektors von 2019 haben uns bereits 2014 gewählt (Abbildung 2). Den größten Anteil an „neuen“ Wählerinnen und Wählern machen mit einem Anteil von ca. 17 % an unseren Stimmen diejenigen aus, die sich 2014 nicht an der Landtagswahl beteiligten. Etwa 5 % sind Erstwählerinnen und Erstwähler und 4 % Zugezogene. Knapp 6 % machen vormalige Wähler*innen der SPD aus während die vorherigen Wähler*innen anderen Parteien nur insgesamt knapp 7 % unserer Wählerinnen und Wähler ausmachen. Vor allem der AfD und in Teilen auch der CDU ist es gelungen, vormalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu aktivieren. Insgesamt 40 % derer, die 2014 der Wahl fernblieben und auch bei der Landtagswahl 2019 in Sachsen hätten teilnehmen können, haben sich im September 2019 für eine Wahlteilnahme entschieden. Nur 6 % der vormaligen Nichtwähler*innen, die sich an dieser Wahl beteiligten, stimmten für DIE LINKE.

Wahlberichterstattung und Koalitionsdebatten

Die Berichterstattung vor Wahlen hat sich gewandelt. Einige Trends sind:

- Eine stärkere Fokussierung auf mögliche Wahlausgänge („Horse Race“-Berichterstattung) mit immer enger getakteten Umfragen und zahlreichen fast aus dem nichts auftauchenden (Wahlkreis-)Prognoseanbietern, die unabhängig von der Qualität ihrer Arbeit sowohl von der Presse als teilweise auch der eigenen Mitgliedschaft begierig aufgegriffen werden.
- Damit verbunden und durch die Veränderungen im Parteienspektrum bestärkt ein Fokus auf Koalitionsdebatten.

- Mit der Eventisierung der Wahlkämpfe hat sich auch die Berichterstattung gewandelt, weg vom trockenen thematischen Tagesschau-Stil hin zu Berichten über Events, Äußerungen, Persönliches, vermeintliche Skandale etc.
- Durch die permanente Dynamik und unabgeschirmte Dauerbeobachtung ist auch jede Form von Fettnäpfchen wahrscheinlicher geworden.
- In vielen der letzten Landtagswahlkämpfe haben Personen eine starke Rolle gespielt, waren gleichzeitig aber für die Wahlentscheidung für bspw. die AfD fast überhaupt nicht relevant. Der Fokus auf Berichterstattung über Personen hat wohl auch deshalb zugenommen, weil es zur Dynamisierung (s.o.) passt, die handelnden Akteure einfacher erreichbar sind und auch bei gesunkener Recherchekapazität (Wandel der Medienlandschaft) ein dankbarer Gegenstand der Berichterstattung ist.
- Die klassischen Medien unterliegen zwar all diesen genannten Prozessen, haben gegenüber dem, was abseits von Ihnen im Netz passiert, aber nicht per se an Einfluss verloren, sondern sich eben diesem angepasst und wirken als Impulsgeber und Verstärker.

Insgesamt spielte in Sachsen (in dieser Form vermutlich erstmals) eine Fokussierung auf die Frage „Wer wird stärkste Partei“ eine Rolle, die in dieser Form erwartbar aber nur CDU und AfD inkludierte. Auch die Koalitionsfrage wurden offen diskutiert: Nachdem die SPD sich in der Frühphase zunächst als alleiniger Garant dafür präsentierte, eine Regierungsbeteiligung der AfD verhindern zu können, rückte sie öffentliche zunächst von dieser Wahlaktischen Argumentation ab. Stattdessen betrat eine kleine Gruppe angeführt von einem ehemaligen SPD-Mitglied das Spielfeld und warb offensiv für eine gegen die AfD gerichtete Kenia-Koalition, die (freilich nicht nur wegen dieser Initiative) vor den Wahlen öffentlich diskutiert worden ist. Kurz vor der Wahl und das Statement im MDR-Spitzenkandidat*innen-Duell nutzend, fiel dann Martin Dulig leicht abgewandelt auf seine früheren Formulierungen zurück und warb offensiv für eine Kenia-Koalition.

Gesellschaftliche Debattenlage

Bundesweit waren die Debatten einerseits von den – tektonisch als auch in-

haltlich – wahrgenommenen Polen Grüne und AfD geprägt und andererseits dazu passend thematisch von den Feldern Umwelt- und Klimapolitik sowie Migrations- bzw. Asylpolitik geprägt. Letztgenanntes Thema bestimmt letztlich seit mehreren Jahren die öffentlichen Debatten und hat einen ungeheuren Mobilisierungsschub (nicht nur in eine Richtung) ausgelöst. Diese Debatten wurden freilich nicht nur öffentlich zwischen den Parteien geführt, sondern – gleichfalls öffentlich wahrnehmbar – auch innerhalb derselben, wobei hier vor allem DIE LINKE sowie beide Unionsparteien zu nennen sind. Die damit einhergehenden (wenn auch nicht nur damit zu erklärenden) harten Debatten und Auseinandersetzungen dürften die Wahrnehmung von DIE LINKE in den letzten Jahren nicht unwesentlich geprägt haben. An dieser Gesamtkonstellation konnten auch einige positive Akzente, wie das erste die DIE LINKE einschließende Mitte-Links-Bündnis in einem rein westdeutschen Bundesland oder die sozialpolitischen Vorstöße in der Frage der Mieten in Berlin, kaum etwas ändern.

Bei dieser Wahl standen in der öffentlichen Debatte und Berichterstattung Fragen im Vordergrund, bei denen wir nur eine Nebenrolle spiel(t)en. Das waren:

- inhaltliche Debatten: Der Themenkomplex Sicherheit/Migration und das Feld Umweltpolitik. Davon profitieren – unabhängig, ob berechtigt oder nicht – vor allem die Parteien, die damit originär verbunden werden.
- „tektonische“ Debatten: Die Personalisierung um Michael Kretschmer, die Debatte, wer stärkste Partei wird (Kopfan-Kopf-Berichterstattung und -Debatte) und der Fokus auf das Abschneiden der Rechten und mögliche Erwägungen über Regierungskonstellationen und Verhinderungen solcher.

Kurzum: Dort, wo Themen diskutiert worden sind, waren es nicht hauptsächlich unsere. Dort, wo Konstellationen diskutiert worden sind, kamen wir kaum vor. Da nutzt es auch wenig, dass nach wie vor die meisten Menschen die Vertretung Ostdeutscher Interessen am ehesten uns zutrauen (25 %, Infratest dimap), unsere Kompetenz bei sozialer Gerechtigkeit im Vergleich zu 2019 sogar leicht gestiegen ist (27 %, +2 zu 2014, allerdings wenig aussagekräftige Werte) oder sogar 44 % der von Infratest Befragten sagen, dass es an der Zeit sei, dass DIE LINKE auch in Sachsen mitregiert – aber nur 10 % uns wählen.

Fehlende Aspekte und Vorschläge für eine weitere Debatte

Diese Ergebnisdarstellung ist keineswegs vollständig. Es fehlt nicht nur noch eine Analyse der Ausschöpfungsquoten des Potenzials, die Bewertung der Ergebnisse anderer Parteien oder die Darstellung und Bewertung der Wahlentscheidung nach Gruppen (Geschlecht, Beruf, Gewerkschaftsmitglieder etc.), sondern zahlreiche weitere denkbare Untersuchungen hinsichtlich des Einflusses soziostruktueller Faktoren.

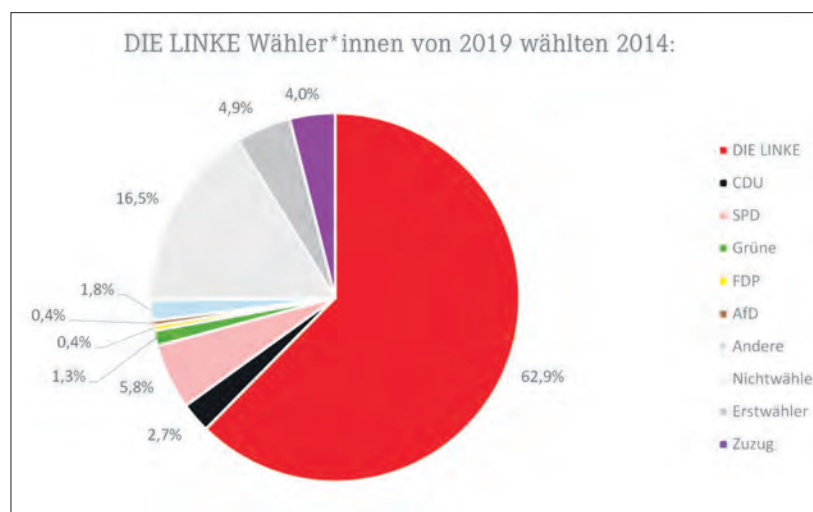


Abbildung 2: Veränderungen unseres Elektors im Vergleich zu 2014

Wir sind #unteilbar!

Josiane Tauber schildert Eindrücke von der Demo in Dresden

„Dresden offen und bunt“ – dieses Motto stand bei der „#unteilbar“-Demo Ende August für Tausende im Mittelpunkt. Gemeinsam versammelte man sich, um zu Solidarität und Gleichheit aufzurufen und vor allem, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Diese Inhalte und die Vielzahl von kämpferischen Aktivisten bestärkten mich, als Sympathisantin der Linkspartei, Teil der Veranstaltung zu sein!

Am 30. Grad warmen Samstagmorgen ging die Fahrt nach Dresden mit dem Treffpunkt Altstadt los. Mit dabei war auch Genosse Steffen Göbel. Am Mittag strebten wir Richtung Altmarkt, wo sich bereits die Anhänger der Demo zusammenfanden. Über die Frage, in welchem Block wir wohl mitlaufen sollten, wurden wir uns ziemlich schnell einig: Es sollte der Block der LINKEN sein. Dieser bildete sich direkt vor dem Kulturpalast. Dort angekommen, suchten wir nach Ausrüstung oder Schildern, um uns bemerkbar zu machen. Steffen ergatterte einen großen roten Luftballon mit dem Schriftzug der Linkspartei, den er an meinen Rucksack knotete. Nun konnte die Demo starten!

Bis zum Beginn um 14 Uhr wurden Selfies geschossen und Gespräche geführt. Wir suchten zudem Genosse René Hahn, der sich für „#unteilbar“ angemeldet hatte. Als die Lautsprecherwagen an uns vorbeifuhren, entdeckten wir ihn. „Es war schön, dass Leute des Landkreises Zwickau in Dresden vertreten waren“, meinte er später. René hatte sich auch als Kandidat zur Landtagswahl gestellt. Vor kurzem hatte ich ihn in der Zwickauer Fußgängerzone getroffen, wo er den Dialog mit den Bürgern suchte. Relativ zentral im Block der Linken sah man noch weitere bekannte Gesichter. Zusammen mit weiteren Mitgliedern hielt Caren Lay ein Plakat in den Händen: „Unsere Alternative heißt soziale Gerechtigkeit. Gegen Rassismus und Hetze!“ Strahlend hielt sie das in Richtung Kamera.

Als wir gegen 14:30 Uhr noch immer vor dem Kulturpalast standen und schon tausende Menschen an uns vorbeizogen waren, traten wir die Demo-Route an. Der Block der LINKEN bildete den Abschluss des Demozuges. Schnellen Schrittes ging es dann vorwärts Richtung des „Queer“-Blockes, in den wir uns einreihen. Auf dem Weg zu den bunten Regenbogenfarben entdeckte ich unter den Demonstranten und Demonstrantinnen sogar Plakate mit

der Aufschrift „Omas gegen rechts“, in den Händen mutiger älterer Damen am Straßenrand. Die Route insgesamt war ca. 4,6 km lang und führte uns über die Wigardstraße, die Albertbrücke und die Güntzstraße. Auf den Lautsprecherwagen schallte Musik durch die Boxen, sogar eigene Interpretationen von Liedern waren dabei.

Schließlich sammelte man sich auf der Cockerwiese. Es gab verschiedene Stände, an denen man gegen eine Spende kulinarische Köstlichkeiten wie einen feurigen Curry-Linsen-Eintopf bekam. Hier sollte nun die Abschlusskundgebung stattfinden, die mit Musik der „Banda Internationale“ eingeleitet wurde. Auch hier gab es Vorträge auf der Bühne und rot-weiße Schals wurden verteilt. So einen habe ich mir schnell geschnappt, um das Zusam-

menkommen in Dresden in bester Erinnerung behalten zu können.

Der Besuch der „#unteilbar“-Demo war eine super Erfahrung. Auch der Kreisverband der LINKEN Zwickau war präsent und wir haben uns gefreut, ein paar bekannte Gesichter zu sehen. Ich hoffe, wir finden uns bald wieder zusammen, um uns gemeinsam gegen rechts zu erheben!



Ein LINKER zu sein war noch nie einfach

Am 18.09.2019 traf sich unsere Basisgruppe Wilkau-Haßlau. Das Thema war „Auswertung der Wahlen 2019“, vordergründig die Landtagswahl. Dazu begrüßten wir unsere Landesvorsitzende Antje Feiks. Nach der Begrüßung durch Steffi Müller gab Antje eine umfangreiche Einschätzung. Offen und ehrlich wurde das Ergebnis von 10,4 Prozent für DIE LINKE als große Enttäuschung bewertet. Unsere Themen des Wahlkampfes fanden beim Wähler nur am Rande Beachtung. Unsere Strategie, mit Inhalten zu punkten, kam nicht an. Es ist leider so, dass viele Wähler sehr oberflächlich oder gar nicht sich mit den Programmen der Parteien beschäftigen. Fluch oder Segen kann man es nennen, dass die LINKE nicht mehr als Protestpartei wahrgenommen wird. Antje hob jedoch auch hervor, dass es auch in jetziger Zeit möglich ist, das Beispiel Leipzig zeigt es, Direktmandate zu erringen. Ihr Fazit: Hinfallen ist keine Schande, Aufstehen ist wichtig. In diesem Sinne entwickelte sich eine rege Diskussion. In Kürze zusammengefasst waren wir uns einig:

■ Zu Wahlkampfzeiten maximal fünf Themen aufgreifen und über einen längeren Zeitraum verfolgen.

■ Persönliche Querelen und Auseinandersetzungen öffentlich auszutragen schadet (Sahra Wagenknecht)

■ Zum Thema „Asyl und Migration“ kann es keine Gleichschaltung geben. Eine Einzelfallprüfung hat zeitnah zu erfolgen.

■ Es sollte für die LINKE selbstverständlich sein, keine Militäreinsätze zuzulassen. Auch humanitäre Katastrophen sind nicht militärisch zu lösen.

■ Das Verhältnis zu den USA ist kritisch zu hinterfragen. Handlanger der derzeitigen Führung der USA zu sein ist abzulehnen.

■ Das Verhältnis zu Russland ist zu normalisieren und im europäischen Interesse positiv zu gestalten.

Ein Teil der Diskussion bezog sich auch

auf die Kommunalwahl. Ähnlich ernüchternd ist auch hier das Ergebnis ausgefallen. Bisher hatten wir im Stadtrat vier Mandate von 18. Nach der Wahl sind wir nur noch mit zwei Mandaten vertreten – trotz des engagierten Einsatzes unserer Kandidaten an Infoständen und bei Flyer-Aktionen. Es ist nicht unsere Art, über andere zu reden, eine Frage bewegt aber unsere Genossen: Wie kann es sein, dass eine Partei wie die AfD in Wilkau-Haßlau aus dem Stand fünf Mandate erringt, fünf Kandidaten waren angetreten? Wir haben in Wilkau-Haßlau kein „Ausländerproblem“. Die Kandidaten der AfD waren bisher kommunalpolitisch nicht in Erscheinung getreten, weder in Sport- oder Kulturvereinen, auch nicht in öffentlichen Veranstaltungen. Diese Fragen konnten nicht beantwortet werden.

Mein Fazit: Um die politische Kultur ist es zurzeit sehr schlecht bestellt. Bange machen gilt nicht! Ein LINKER zu sein war noch nie einfach.

• Joachim Michel, Wilkau-Haßlau

Herbst 1989 – Reifung zwischen Besorgnis und Hoffnung

6. November 2019, 19 Uhr, BarTerre, Alter Gasometer, Kleine Biergasse 3, Zwickau

Gäste: Diakon Dr. Daniel Frank, Leiter des katholischen Büros im Freistaat Sachsen
Simone Hock, Mitglied im Beirat des Demokratiebündnisses und im Katholikenrat des Bistums Dresden Meißen
Moderation: Wolfgang Wetzel, Mitglied im Beirat des Demokratiebündnisses

Vor 30 Jahren erlebten wir in Deutschland aufregende und bewegte Zeiten. Im Sommer verliehen viele Menschen die DDR, so mancher kam nicht aus dem Urlaub zurück. Die Geflüchteten in der Prager Botschaft erhielten am 30. September die erlösende Nachricht, dass sie ausreisen können. Nach den Fluchtbewegungen im Sommer kamen die Demonstrationen im Herbst. Und keiner wusste, wie die Staatsmacht reagieren würde, ob sie mit Waffengewalt gegen die Demonstranten vorgehen würde. Heute wissen wir, dass das nicht geschah. Doch wie erlebten Zeitzeugen diese Wochen und Monate?

Dr. Daniel Frank war damals als Wehrpflichtiger im Grundwehrgeschwader in Zwickau stationiert und erfuhr von den ersten Zwickauer Demonstrationen hinter den Kasernenmauern bei Ausgangssperre und Alarmbereitschaft „rot“. Er stellte sich damals die brennenden Fragen: Werden wir den Befehl erhalten, uns gegen die Zivilbevölkerung zu stellen? Und was erwartet mich, wenn ich mich dem weigere? Simone Hock war damals 15 Jahre alt, erlebte als Zuschauerin die Demonstration vom Wohnzimmerfenster aus und hatte ein eher mulmiges Gefühl. Was passiert hier gerade und was bedeutet das für die Zukunft?

Linke Politik lohnt sich – wir bleiben dran

Von *Bärbel Heym*, Fraktionsvorsitzende im Kreistag

Seit langem beschäftigt sich unsere Fraktion mit den komplexen Fragen der Pflege. Bewährt hat sich die Praxis unserer alljährlichen Aktionswochen zum Thema.

Eröffnet werden diese mit einer Landtour in unserer Region, wo uns immer wieder die Herausforderungen der ambulanten Pflege im ländlich geprägten Raum deutlich werden.

Die Bedeutung dieser Thematik zeigten die dabei geführten Bürgergespräche im öffentlichen Diskurs und die spürbar anerkennende Wertschätzung gegenüber den im Pflegebereich Beschäftigten. Wir sahen allerdings auch, wie viele Bürger Angst vor Pflegebedürftigkeit haben. Und diese Sorgen sind berechtigt und müssen als Handlungsnotwendigkeiten auf Bundesebene erkannt werden.

Das betrifft

- die Kostensteigerung in der Altenpflege,
- die Pflegeversicherung, die ihre eigentliche Aufgabe verfehlt. Sie gehört reformiert zu einer Pflegevollversicherung, in die alle verpflichtet sind einzuzahlen.
- die Gestaltung der Infrastruktur. Bund und Länder dürfen sich nicht aus der Verantwortung stellen.



Riesa: Betreutes Wohnen auf dem Bauernhof

In Hintergrundgesprächen z.B. mit den Bürgermeistern von Stauchitz, Hirschstein und Nossen wurde uns klar, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind und nach Wegen suchen, die Situation zu verbessern. Aber die Rahmenbedingungen erschweren ihnen das.

Unsere Eindrücke und Erfahrungen mündeten in unseren Entschluss, diese Fragen zum Thema im Kreistag zu machen. Den entsprechenden Antrag stellten wir im Mai 2018.

Bereits im März dieses Jahres fand eine Sonderberatung des Sozialausschusses statt, die eine Fachtagung „Angleichung der Lebensverhältnisse – eine Herausforderung für die Altenhilfe“ am 24. September 2019 initiierte.

Die von uns aufgerufenen Themen wurden aus unterschiedlichster Sicht beleuchtet. Wie unsere Region im deutschlandweiten Vergleich einzuordnen ist, zeigte unter anderem die kartografischen Unterlagen „ZDF-Deutschland“, „Prognos-Zukunft“ 2019

und „Teilhabe“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Übereinstimmend wurde sichtbar, dass komplexe Fragen der Daseinsvorsorge ein Schlüssel für Lebensqualität in ländlichen Räumen sind.

Daraus erwachsen auch neue Fragen der interkommunalen Kooperation, denen wir uns zu stellen haben: Versorgung, Gesundheitsförderung und altersgerechtes Bauen.

Abschließend wurde die Hochschule Mittweida mit einer Studie beauftragt, in fünf Kommunen unseres Kreises den realen Bestand zu analysieren sowie die Erfassung des Bedarfs und die Ableitung notwendiger Handlungsschritte vorzunehmen. Ende 2020 sollen diese Ergebnisse vorliegen und zu Handlungsempfehlungen für unseren Kreis reifen.

Unsere Fraktion – als Initiator – wird diesen Prozess natürlich weiter begleiten. Man sieht: Unsere politische Arbeit durch Setzen inhaltlicher Akzente wird anerkannt und zeigt Wirkung.

Alltägliches

Ich kann es nicht fassen. Niemand kann es fassen. Ich weiß nicht, wie lange wir weinend und uns umarmend auf der Straße standen. Dein Weinen erst leise und wimmernd, dann zu einem schmerzvollen Klagen werdend. „Auf Wiedersehen hat er gesagt. Auf Wiedersehen. Auf Wiedersehen.“ Mit deinen Kindern hast du es bis hierher geschafft. 6.000 km. Ihr habt Afghanistan überlebt und die gefährliche Flucht. Du wolltest, dass deine Kinder leben. Jetzt ist dein Junge tot. Gestorben in einem Dresdner Krankenhaus. Er hatte sich aufgegeben. Deutschland wollte ihn nicht. So wie deinen anderen großen Sohn. Du und die beiden jüngeren haben Aufenthaltsrecht bekommen. Sie wollten deine Familie trennen. Jetzt hast Du Angst, dass dein anderes Kind verrückt wird. Wie viel kannst du ertragen? Du hast so unermesslich gelitten, bist an Leib und Seele verwundet.

Vorgestern habt ihr den toten Körper deines Kindes aus dem Krankenhaus geholt. Gestern wurde er gewaschen und nach Afghanistan überführt. Und du stehst vor mir. Klein und zerbrechlich. Dein junges Gesicht wirkt leer. Deine schönen Augen haben keine Tränen mehr. Sie haben zu viel weinen müssen.

Es tut mir so leid.

• Una

Salam, Privijet, Bonjour, Schalom

Interkulturelle Woche 2019 – nicht ohne uns! Von *Reinhard Heinrich*

Ungefähr in dieser Reihenfolge begrüßen wir Freunde und Teilnehmer unserer Deutschkurse in der Initiative „Coswig – Ort der Vielfalt“. Oder auch beim Fest der Vielfalt. Natürlich auch mit ¡Hola, buenos días! – wobei der jüdische Mexikaner aus Dresden Iwrit (modernes Hebräisch) kaum gebraucht. Mit Tschetschenen und anderen Ex-Sowjetbürgern klappt Russisch noch ganz gut. Das Bonjour gilt der jungen Frau aus Togo, studierte Soziologin, im Freiwilligen Sozialen

Jahr in einer Coswiger Einrichtung tätig. Flüchtlinge? Ja, auch. Aber eben nicht nur.

Jahrelang fand sie wenig Beachtung – von links – im Kreis Meißen: die Interkulturelle Woche. Und gänzlich ohne Beschluss von oben hat sich das geändert. Wie geht das? Hinter der weit offenen Initiative, die alle Coswiger guten Willens gern mitarbeiten lässt, muss es noch eine juristische Person geben: den eingetragenen

Verein gleichen Namens. Der treibt Gelder ein und lässt sie satzungsgemäß in die verschiedenen Projekte fließen. Deutschunterricht ist nur eines. Die „Kochschule International“, die Fahrradwerkstatt und noch einiges mehr findet sich unter www.coswig-ort-der-vielfalt.de.

Und wieso ist DIE LINKE.Coswig mittendrin? Zwei der fünf Vorstandsmitglieder gehören zu uns. Wenn das mal nichts ist!

Mal „Danke!“ sagen im Kreis Meißen

Erfreut – ist der Verein „Coswig – Ort der Vielfalt“ (siehe oben) über die Bereitschaft linker Einwohner, sich auf zwei von fünf Vorstandsposten einzubringen. Konkrete Arbeit für konkrete Integration. Danke, ihr beiden!

Erleichtert – ist „Specialolympics Deutschland in Sachsen e.V.“ (SODiS) darüber, die bisherige Landtagsabgeordnete Kerstin Lauterbach ab sofort

Präsidentin jetzt ganz für sich zu haben. SODiS fördert und unterstützt Veranstaltungen sowie Wettbewerbe von Menschen mit geistiger Behinderung und ist über seinen Bundesverband SOD Teil der internationalen olympischen Bewegung. Danke, Kerstin!

Erschüttert – ist der Stadtrat zu Riesa. Haben doch Handwerkskammer und

einzelne Stadträte, darunter Uta Knebel (DIE LINKE, federführend), einen Firmenkauf (RDL) der Stadt platzen lassen, weil den Stadträten eine Entscheidung im Blindflug abverlangt worden war. Das „Herrschaftswissen“ der Verwaltung sollte über demokratische Mitwirkung hinweg Wünsche erfüllen helfen. Ging aber schief. Danke, Uta!

• Reinhard Heinrich

Weil der Topf nun ein Loch hat ...

Finanzvorschläge von der Schatzmeisterin *Angela Hähnel*

Müssen wir jetzt den Gürtel enger schnallen?! Im Prinzip ja. Ich sehe jedoch darin die Chance, uns organisatorisch, strukturell und finanziell neu und besser aufzustellen. Dafür sollten wir sogar Geld in die Hand nehmen, auch wenn uns monatlich zwischen 500 bis 1.000 Euro in der Kasse fehlen werden. Wie stelle ich mir das vor? Wie können wir das erreichen?

■ Wenn wir uns in Aue und Annaberg-Buchholz kleinere, barrierefreie und attraktivere Büroräume suchen, können wir die Büros in Marienberg und Stollberg noch finanzieren. Unsere Bürgerbüros müssen wieder Begegnungsorte werden.

■ Unsere Organisationsstruktur muss auf den Prüfstand. Aus meiner Sicht ist sie zu groß und wir erreichen nicht mehr alle Mitglieder. Letzteres halte ich für besonders wichtig. Im Wahlkampf habe ich erlebt, dass sich viele Mitglieder beteiligen wollten, wir aber sie nicht erreichen und damit nicht einbezogen haben.

■ Wir müssen unsere Stadt- und Gemeinderäte mehr unterstützen und das muss vor Ort in den Kommunen erfolgen. Die Wege sind kürzer und wir beziehen mehr Mitglieder in die Arbeit ein.

■ Unsere aktiven Mitglieder sind fast immer auch jene Mitglieder, die viel spenden. Natürlich gibt es auch Ausnahmen. Mitglieder, die nicht zu unseren Versammlungen oder Veranstaltungen kommen, werden selten um Spenden oder eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages gebeten.

■ Unserer Kreiszeitung muss einen größeren Stellenwert erhalten. Neben Berichten muss sie zu Diskussionen anregen und mehr für Informationen genutzt werden. Wenn alle Termine in der Kreiszeitung veröffentlicht werden, müssten Ortsvorsitzende nicht mehr



regelmäßig Einladungen schreiben, die dann per Post an unsere Mitglieder gehen. Damit sparen wir Kosten und das nicht nur beim Porto. Der Zeitfaktor für

unsere Ortsvorsitzenden ist auch nicht zu verachten. Das geht jedoch nur, wenn alle Mitglieder eine Kreiszeitung erhalten und sich an der Refinanzierung beteiligen.

■ Wir benötigen eine Beitragsehrlichkeit. Wenn jedes Mitglied seinen Beitrag entsprechend der Beitragstabelle bezahlt, würden sich unsere Einnahmen erhöhen. Zur Beitragsehrlichkeit gehört aber auch, dass unsere Mitglieder ihren Beitrag regelmäßig bezahlen und nicht erst nach einer schriftlicher Mahnung durch die Schatzmeisterin.

■ Unsere Öffentlichkeitsarbeit muss verstärkt werden. Internet und Facebook müssen immer aktuell sein. Landkreistour, thematische Anzeigen und Anzeigen zur Veranstaltungsankündigung müssen weiter finanziert werden. Ziel muss es sein, das fast jeder Haushalt im Erzgebirge einmal im Jahr Info-

material der Linken im Briefkasten hat.

■ Um unseren Wahlkampf finanzieren zu können, müssen Rücklagen gebildet werden und wir müssen mit unseren Kommunalpolitiker*innen reden, damit sie Mandatsträgerbeiträge zahlen. Wenn alle, die eine Aufwandsentschädigung erhalten, monatlich fünf Euro bezahlen, können wir unsere Rücklagen erhöhen. Schön wäre es, wenn sich auch jene Kommunalpolitiker*innen, die „nur“ Sitzungsgeld erhalten, ebenfalls Mandatsträgerbeiträge zahlen würden.

■ Unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten müssen mehr mit unseren Stadt- und Gemeinderäten zusammenarbeiten. Die Probleme der Bürger*innen müssen mehr in den Mittelpunkt rücken. Wir müssen uns wieder mehr in Vereinen und Organisationen engagieren. Auch diesen können wir unsere Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

Damit könnten wir das Loch im Topf stopfen, bevor er leer wird. Unsere Finanzen gehen uns alle etwas an. Sie sind nicht nur die „Spielwiese“ von Schatzmeister/innen. Da ich das Gefühl habe, dass meine Übersichten über Durchschnittsbeiträge und -spenden in den einzelnen Gliederungen nicht richtig angekommen bzw. ernst genommen wurden, habe ich mir erlaubt, kleine Übersichten meinem Beitrag anzufügen. Für meine Nachfolgerin oder meinen Nachfolger wünsche ich mir, dass Mahnungen Geschichte werden, dass alle spenden, dass ohne Diskussion für alle Aktivitäten Finanzpläne erstellt werden und alle an einem Strang ziehen.

	Annaberg	Aue-Schwarzenberg	Mittleres Erzgebirge	Stollberg
Mitgliederanteil	17,15 %	43,68 %	18,95 %	20,22 %
Beitragsanteil	21,81 %	44,24 %	15,99 %	17,96 %
Spendenanteil	27,89 %	48,22 %	15,5 %	8,39 %
Beitragsdurchschnitt pro Mitglied	15,81 €	14,84 €	11,72 €	12,90 €
Spendendurchschnitt pro Mitglied	23,57 €	25,82 €	13,24 €	10,23 €
Zahl der Ortsverbände	2	5	3	1

Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung

9. November 2019, 9-16 Uhr; Ferienhotel Markersbach, Obermittweida 5, Raschau-Markersbach / OT Markersbach

Vorläufige Tagesordnung:

- Begrüßung
- Abstimmung zu Tagesordnung, Geschäftsordnung und Arbeitsgremien
- Berichte und Diskussion/Nachfragen zu den Berichten

des Kreisvorstandes
der Schatzmeisterin
der Arbeitsgruppen

- Satzungsänderungen

- Vorstellung, Anfragen und Wahlhandlung

Kreisvorsitzende/r
Stellv. Kreisvorsitzende/r
Geschäftsführer/in
Schatzmeister/in
Mitglieder des Kreisvorstandes
Delegierte für den Bundesparteitag
Delegierte für die Landes-seniorenkonferenz

- Diskussion
- Beschlussfassung
- Schlusswort

Die konkretisierte Tagesordnung und der Zeitplan werden zur Gesamtmitgliederversammlung beschlossen.

Der Kreisvorstand hat beschlossen: Die Einladung der Mitglieder des Kreisverbandes der LINKEN.Erzgebirge erfolgt nur durch die Landeszeitung. Die Koordinierungsräte und die Ortsverbände sind für die Information aller Mitglieder der LINKEN.Erzgebirge verantwortlich.

Mitglieder, die länger als vier Monate keinen Beitrag bezahlt haben, erhalten kein Stimmrecht und können an der Wahl nicht teilnehmen. (Grundlage: Bundessatzung § 4 Abs. 3)

- DIE LINKE. Erzgebirge



Gregor Gysi kommt nach Oelsnitz!

Samstag, 12. Oktober, 17-18:30 Uhr

Stadthalle Oelsnitz, Rathausplatz 3, 09376 Oelsnitz/Erzgebirge

Überlegungen zum Wahlergebnis

Reinhard Kluge plädiert dafür, in der Bewertung Maß zu halten

Das Wahlergebnis der LINKEN ist mehr als enttäuschend. Aber wir sollten bei der Bewertung auch Maß halten. Von einer Katastrophe zu sprechen, halte ich nicht für angemessen. Wir gehen geschwächt, aber mit einer guten Fraktion in den Landtag. Unsere Kernwählerschaft hat zu uns gehalten. Das ist auch ein Ergebnis des engagierten Wahlkampfes vieler Funktionäre, Abgeordneter und Mitglieder der Partei, die dafür Dank verdienen. Zwölf Prozent unserer Wähler haben aus taktischen Gründen die CDU gewählt. Sie haben mitgeholfen, dass die Rechte ihr Wahlziel deutlich verfehlt hat. Wir haben auch nicht, um ein Wort aus dem ND zu verwenden, unsere „Deutungsmacht“ eingebüßt. Das würde heißen, unser Wahlprogramm mit den Kernthemen Frieden, Solidarität, sozialökologische Wende hätte der politischen Realität nicht entsprochen.

Sicher sollten wir darüber beraten, ob der eine oder andere Akzent aufgewertet werden sollte, ob etwa das Thema Ökologie einen höheren Stellenwert bekommt. Als problematisch hat sich die uneinheitliche Position der LINKEN zur Frage der Flüchtlingsproblematik erwiesen, umso mehr, als nach den diesbezüglichen Differenzen in der Führungsetage keine einheitliche überzeugende Position erarbeitet worden ist. Hier ist jedenfalls kein Raum für Gedankenspiele, die unseren humanistischen Idealen nicht gerecht werden, selbst wenn zu erwarten ist, dass uns viele Wähler dabei nicht folgen werden.

Wer sich das Wahlprogramm noch einmal ansieht, wird mir zustimmen, es entspricht den objektiven Interessen der Arbeiter und Angestellten, der Rentner, der Mieter bis hin zu den Handwerkern, Universitätsangehörigen, Selbständigen und Kleinunternehmern, also allen, die den Verwerfungen des Finanzmarkt-gesteuerten modernen Kapitalismus und der gegenwärtigen Politik der großen Koalition besonders ausgesetzt sind. Ich halte nichts davon, jetzt eine Diskussion darüber zu beginnen, welche dieser Gruppen wir zu priorisieren haben. Für eine Transformation des Kapitalismus ist die gemeinsame Aktion aller dieser gesellschaftlichen Schichten notwendig. Wenn also, wie ich glaube, Wahlprogramm und Wahlkampf den Erfordernissen im Wesentlichen entsprochen

haben, warum haben wir dennoch an Einfluss verloren? Ein wichtiger Grund liegt in der abnehmenden Kampagnenfähigkeit infolge des Mitglieder-schwundes und des wachsenden Altersdurchschnittes besonders auf dem Land, der schwindenden Verankerung in den Gemeindevertretungen und in Beratungsgremien (z.B. bei Miete und Rente) und in der Zivilgesellschaft. DIE LINKE ist auf dem Land und in manchen Kleinstädten im Alltag weithin nicht mehr erlebbar. Das passiert in einem politisch-geistigen Klima, das über die Medien darauf gerichtet ist, die Bürger des politischen Denkens zu entöhnen, so dass sie eher den politischen Worthülsen der äußersten Rechten folgen. Die Herrschenden kopieren politische Erfahrungen des Machterhalts am Ende der Weimarer Republik.

Auch der beste Wahlkampf kann offensichtlich das Defizit nicht ausgleichen, das darin besteht, dass wir nicht mehr über ausreichend stabile Kanäle verfügen, um unser politisches Programm und unsere Aktivitäten in unserer potenziellen Wählerschaft zu verbreiten. Das gilt namentlich auch für die wichtige Arbeit unserer Parlamentsfraktionen. Es ist nicht zu erwarten, dass viele Menschen in der Lage wären, die Übertragungen der Parlamentssitzungen in den Nachrichtenkanälen zu verfolgen. Was fehlt, sind ausführliche Berichte über die Parlamentsdebatten, wie sie zu Zeiten August Bebel's üblich und politisch höchst wirksam waren.

Wir brauchen eine breite Debatte darüber, welche Informationskanäle und -mittel unter den gegenwärtigen schwierigen Bedingungen der geistig-kulturellen Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie uns zur Verfügung stehen bzw. entwickelt werden müssen, um den Kontakt zu breiten Wählerschichten wieder zu gewinnen. Dabei könnten uns zum Beispiel regelmäßige Rechenschaftslegungen aller unserer Abgeordneten vor den Wählern helfen, die wenigstens vier Mal im Jahr stattfinden sollten. Auch über breitere Öffentlichkeitsarbeit in den Zeitungen sollte nachgedacht werden, wie sie von manchen Abgeordneten und Funktionsträgern vorbildlich gemacht wird. Schließlich sollten uns die Erfahrungen jener Kreisverbände, die in der Wahl überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben, besonders interessieren.



Das Elend der LINKEN

René Lindenau fordert mehr Politik anstelle weiterer Politik-Papiere

DIE LINKE scheint endgültig angekommen zu sein. Nein, sie ist nicht im (noch) staatstragenden Kapitalismus angekommen, sie bedient sich bestenfalls seiner Mechanismen, um ihn ganz zu verändern und letztlich abzuschaffen. Meine Kritik am Ankommen betrifft eher ihre wiederkehrende Krisenhaftigkeit in dem System, dem sie eigentlich eine demokratische sozialistische Alternative entgegensetzen will.

Hier geht es nicht nur um verlorene Wahlen. In der Summe zeigt sich ein Verbindungsverlust in die Zivilgesellschaft, zu Menschen und ihren Sorgen. Den Status als Kümmerer-Partei gab man leichtsinnigerweise auf. Stattdessen hat man sich eine Generation Sitzungssozialisten herangezogen, wobei man zunehmend auf „Straßenkämpfer“ verzichtet hat, die linke Politikangebote und ihre Ergebnisse in die Öffentlichkeit tragen. Wie soll Akzeptanz wachsen, wie soll neues Interesse entstehen und sich altes verfestigen, wenn nicht die einmal die Mitgliedschaft ent-

sprechend Bescheid weiß? Ferner hat sich die Linkspartei zahlreiche Themen wegnehmen lassen, ohne auf ihr Urheberrecht zu bestehen (besonders eklatant beim Mindestlohn). Die Quittungen werden u.a. an Wahltagen ausgeteilt. Doch nicht nur, denn man bekommt es hier stets auch mit langfristigen Folgen zu tun.

Eine politische Formation, die sich mit Stagnation und Abwärtsspiralen zufrieden gibt, macht keinen Sinn. So ein Gewächs in der Parteienlandschaft hat nicht mal Anspruch auf einen Platz auf der roten Liste, denn ihr politischer Gebrauchswert, von dem Lothar Bisky sprach, wäre gleich Null. Im Schreiben von Papieren lag immer eine Stärke der linken Bewegungen, ihre Schwäche offenbart sich bis heute darin, damit auch wirklich zu arbeiten. Machen wir einen kurzen Ausflug in die „Papiergeschichte“ der LINKEN. Beginnen wir mit dem Plan B, wo die Bundestagsfraktion Gedanken und Ideen für einen sozial ökologischen Umbau zusammentrug. Das

war 2012. Man hat den Eindruck, erst die Klimastreiks haben die Partei aus ihren Winterschlaf gerissen. Das man den Klimaaktivisten jetzt Rederecht auf Parteitagen gewährt und ihrem Thema ein paar Zeilen in Wahlprogrammen zugesteht, genügt bei weitem nicht. Ein Jahr später (2013) traten Katja Kipping und Bernd Riexinger mit „Verankern, verbreiten, verbinden“, einem Projekt zur Parteientwicklung an die Öffentlichkeit. Schön geschrieben, von der Analyse über die Beschreibung von Herausforderungen nach den Bundestagswahlen bis zu einer Aufgabenbeschreibung für DIE LINKE. Dabei griffen die Autoren auf Antonio Gramsci zurück. Demnach muss eine Partei eine eigene Weltanschauung transportieren, Bündnispolitik betreiben, um Mehrheiten gegen die kapitalistische Ordnung zu mobilisieren, und eigene organische Intellektuelle ausbilden, also Multiplikator_innen.

Im Rahmen der ersten LINKEN Woche der Zukunft (2015) präsentierten Kipping und Riexinger ihre Vorstellungen

über „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“. Darin haben sie einige Einstiegsprojekte zu einer wirklichen Demokratie, zum Sozialismus 2.0 skizziert. Man geht auf die Kämpfe der Zukunft ein und thematisiert die Zukunft der Arbeit. Berührt werden wieder der Plan B, man sich erinnert sich, diesmal unter dem Label einer sozial-ökologischen Energiewende, verbunden mit der Idee an eine Wirtschaftsdemokratie. Tja, aber erneut die Frage: Wer hat es gelesen, debattiert und als praktisches Arbeitsmaterial verinnerlicht?

Unbestritten ist solches Schriftgut von Wert, um zu einem Urteil über deren Verfasser und ihrer Partei usw. zu gelangen. Aber wenn der Eindruck entsteht, da findet keine Politik mehr statt, dann läuft was falsch. Vor allem deshalb hat verbindlich zu gelten: Politik muss wieder erlebbar und erfahrbar sein und ihr Instrument, die Partei, ein lebendiger Organismus (Gramsci), wenn sich erneut Erfolge einstellen sollen.

„Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das ‚laut zu sagen, was ist‘.“

Rosa Luxemburg 1906 (Gesammelte Schriften. Bd. 2. S. 36.)

These 1: DIE LINKE ist in einer existenziellen Krise.

Mit den Wahlen vom 1. September ist ihre Zukunft als bundesweite Partei in Frage gestellt. Sie ist seit Jahren auf Anpassungskurs und dabei, sich als kämpferische sozialistische Partei zu verabschieden. In Ostdeutschland wird sie vermutlich zur 10-Prozent-Partei. Bundesweit nähert sie sich der Fünf-Prozent-Hürde. In den Wahlgruppen der Arbeiter, der Arbeitslosen und Prekarierten überhaupt, ist die Wählerschaft der rechten und (prä)faschistischen Kräfte inzwischen mehrfach stärker. Die Lage ist insofern dramatischer als 2002, als die PDS mit vier Prozent die Bundestagswahlen verlor. (...)

These 2: Die LINKE ist in einer Glaubwürdigkeitskrise.

Als kämpferische sozialistische Partei ist DIE LINKE acht Jahre nach der Verabschiedung des Erfurter Grundsatzprogramms kaum noch zu erkennen. Hinsichtlich ihrer Gesellschaftsstrategie hat sie ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Systemfrage stellt sie nicht mehr. (...)

Ihr Erscheinungsbild ist das einer Partei „pseudoprofessioneller Langeweile und grünlinker Attitüden“ (Ältestenrat), einer Partei des Establishments. Die meisten Eckpunkte bundesdeutscher Staatsräson (darunter Schuldenbremse, Sozialpartnerschaft, Totalitarismusideologie, Verklärung der parlamentarischen Demokratie, Kriminalisierung der DDR) akzeptiert sie vollständig oder teilweise. (...)

These 3: DIE LINKE hat eine Führungskrise.

Eine Partei, die permanent Wahlen verweigert, dafür nicht die Verantwortung übernimmt, darüber nicht einmal kritisch diskutiert und ihre bekannteste Politikerin - die Gespür für harte Oppositionspolitik und für die Mobilisierung von Widerstand gegen Neoliberalismus und Kriegspolitik hat - aus Spitzenpositionen verdrängt, wird nicht auf der Höhe der Aufgaben geführt. (...)

These 4: Die Partei hat sich im Illusionstheater des „täuschenden Scheins“ (Karl Marx) eingerichtet.

Die LINKE folgt der offiziellen Propaganda von den Wahlen als Vergabe von „Macht auf Zeit“. Sie verwechselt permanent die Machtfrage mit der Regierungsfrage. Gepflegt werden die Trugbilder vom „linken Lager“ und der „politischen Gestaltung in Regierungsverantwortung“. Ihre politische Handlungsorientierung folgt damit Wunschvorstellungen, die unweigerlich in die Sackgasse der Anpassung führen.

Den Klassencharakter der politisch-staatlichen Institutionen thematisiert die Partei in völlig unzureichender Weise. (...)

„Laut zu sagen, was ist ...“

Für eine Linkspartei, die diesen Namen verdient. Elf Thesen (Auszüge) von *Volker Külow und Ekkehard Lieberam*

These 5: Strukturelle Hauptursache der Anpassung der LINKEN ist die Herausbildung einer parteieigenen Sozialschicht.

(...) Zunächst haben Lenin, Rosa Luxemburg und Robert Michels zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in den 1950er und 1960er Jahren dann Johannes Agnoli und Wolfgang Abendroth, die Ursachen von Anpassungsprozessen linker Parteien in der Herausbildung bürokratischer Strukturen erkannt. Wolfgang Abendroth schrieb, dass sich auch in einer sozialistischen Partei eine „Sozialschicht“ herausbildet, die von der Partei lebt und an „der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert ist“. (...) Die Sozialschicht, die von der Partei lebt, ist in der LINKEN und ihrer parteieigenen Stiftung mit ca. 2300 Personen heute bedeutend größer als zu Zeiten der PDS (ca. 1000). DIE LINKE hat gegenüber der PDS ebenfalls signifikant bei den Einnahmen aus der Staatskasse zugelegt. Sie ist durch die existenzielle Abhängigkeit von pekuniären Zuschüssen und dem Angebot vielfältiger Karrieremöglichkeiten faktisch in eine systemkonforme Oppositionspartei verwandelt worden.

These 6: Die Entwicklung einer linken Partei von einer Oppositions- zu einer Regierungspartei macht in der Regel ihre Anpassung unumkehrbar.

Es ist deswegen nicht verwunderlich, dass sich nach der Parlamentsfixiertheit die Regierungsfixiertheit in der LINKEN durchgesetzt hat. Auch auf der Bundesebene soll „rot-rot-grün“ 2021 oder später die Rettung der Partei bringen. Mit ihrer Regierungskuschelei hat die Partei in weiten Teilen die Fähigkeit eingebüßt, überhaupt noch die richtigen Fragen zu stellen und Themen zu setzen, mit denen sie durchdringt und öffentlich wahrgenommen wird. Die grundsätzliche Kritik von Rosa Luxemburg an der Regierungsbeteiligung von Sozialisten ist bis heute aktuell geblieben. (...)

These 7: In Deutschland und in den meisten Regionen der Welt haben wir es mit einer objektiven Orientierungs- und Gestaltungs-krise linker Politik zu tun.

Diese Krise hat vor allen zwei Ursachen: Wir leben heute in einer „demobilisierten Klassengesellschaft“ (Klaus Dörre). Und wir haben es mit einer „relativ sta-

bilen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals“ (Frank Deppe) zu tun.

Die Offensive und Hegemonie des Neoliberalismus, als Ausdruck vor allem einer sich verschärfenden Krise der Kapitalverwertung, haben den globalen Kapitalismus in eine multiple politische Krise gestürzt. Linke Politik und linke Parteien konnten aber daraus bisher zu meist keinen Nutzen ziehen (...) Das erleichtert es rechten Kräften enorm, sich als vermeintliche Alternative zum Kapitalismus darzustellen und von der Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung zu profitieren. Die Gefahr rechter und (prä)faschistischer Massenbewegungen als Herrschaftsoption des autoritären Kapitalismus nimmt an Wahrscheinlichkeit zu, gerade auch, wenn es zum Ausbruch der drohenden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise kommen sollte.

These 8: Die wichtigste Aufgabe aller Linken besteht darin, die Klassenmachtverhältnisse durch eine Gegenmachtstrategie zu Gunsten der subalternen Klassen zu verändern.

(...) Die Aufgabe einer linken Partei muss es sein, Politik für die subalternen Klassen sowie mit allen anderen Schichten zu machen, die täglich um ihr Überleben oder ihren wenigen Wohlstand hart zu kämpfen haben. Für diese Priorität in den Metropolen zu werben und die urbane Mittelschicht als hilfreiche Bündnispartner zu gewinnen, ist Voraussetzung, um geistig-kulturelle Gegenmacht zu erringen. Dabei ist die Funktion als Kümmererpartei unverzichtbar.

These 9: Teil der Strategiedebatte muss die Beantwortung der Frage sein, was für eine Partei die Lohnarbeiterklasse im 21. Jahrhundert braucht.

Angesichts der stabilen Kapitalherrschaft brauchen die Lohnabhängigen und weitere abhängig Arbeitende eine linke marxistische Partei mit Masseneinfluss, eine kämpferische sozialistische Partei. Eine Partei, die diese Bezeichnung wirklich verdient, steht nicht nur in Opposition zu den Regierenden, sondern zum Kapitalismus und der herrschenden Klasse sowie zur Zerstörung von Natur und Umwelt durch die gegenwärtige Wirtschaftsordnung. Sie klagt den USA-Imperialismus und die NATO der Kriegstreiberei gegen die Russische Föderation und die Volksre-

publik China an. Sie stellt in den politischen Kämpfen die Eigentums-, Macht- und Systemfrage. (...)

These 10: In Sachsen weist der linke Flügel der Partei seit Jahren auf hausgemachte Fehlentwicklungen hin; die Landesspitze lehnt einen parteiöffentlichen Dialog darüber bis heute ab.

Bereits den Ausgang der Landtagswahlen 2014 nutzte der linke Flügel zu kritischen Reflexionen über den Wahlkampf und den schleichenden Niedergangsprozess im Landesverband. Es wurde seinerzeit zugelassen, dass das Oppositionsprofil der sächsischen LINKEN bis hin zur Zustimmung für die Schuldenbremse abgeschwächt statt verstärkt wurde. (...)

Weder im Landesvorstand noch in der Fraktion wurde ernsthaft über diese Fehlentwicklungen diskutiert. Ganz im Gegenteil: Selbstkritik fand nicht statt. Kritiker wurden abgestraft bzw. gezielt ignoriert und der innerparteiliche Pluralismus massiv beschädigt. Der Landesverband hat sich bis heute von diesen Deformationen nicht erholt. Postfeudale Mechanismen der Nachfolgeregelung für Spitzenämter setzten sich durch, eine Personalauswahl nach fachlicher Kompetenz, beruflicher Verankerung in der Gesellschaft und strömungsübergreifender Vielfalt spielte faktisch keine Rolle mehr. Das Aufstellungsverfahren für die Landesliste, der Listenvorschlag, die Wahl der Landesliste auf der Landesvertreterversammlung am 13./14. April und die nunmehrige Zusammensetzung der 14köpfigen Landtagsfraktion sprechen dafür Bände.

These 11: Nach den Wahlen am 26. Mai und dem 1. September ist es für die sächsische LINKE fünf vor zwölf.

Das Wahldesaster 2019 war teilweise hausgemacht und begann bereits am 26. Mai mit den Europa- und Kommunalwahlen. Die sächsische LINKE büßte rund ein Drittel ihrer kommunalen Mandate ein. Es wurde spätestens jetzt deutlich: Die Partei hat auch in Sachsen ihren Charakter als erste Adresse des politischen und gesellschaftlichen Protestes gegen Prekarisierung, soziale Ungleichheit, Kriegspolitik und Umweltzerstörung verloren. Sie wird in wachsendem Maße mit „denen da oben“ gleichgesetzt. (...)

Die Kommentierung zum Wahlausgang durch die Landesspitze ist bislang substanzlos, frei von selbstkritischer Reflexion und wird der Dramatik der Lage in keiner Weise gerecht. Im Interesse des Selbsterhalts spielt man offensichtlich auf Zeit, um inhaltliche und personelle Konsequenzen entweder zu vermeiden oder aber so moderat wie möglich zu halten.

Es ist fünf vor zwölf und damit höchste Zeit, dem Landesverband wieder ein konsequent linkes Profil zu verleihen. Wenn die sächsische LINKE jetzt nicht aufwacht und spätestens auf dem Landesparteitag Mitte November 2019 die notwendigen Schlussfolgerungen zieht, wird es zu spät sein.

Umweltpolitik endlich ernst nehmen

Gekürzter Auszug aus dem Grundsatzzprogramm der *Linksjugend Sachsen*

Der Klimawandel ist präsenter und akuter denn je. Doch wir müssen ihn konsequent antikapitalistisch denken und fordern. Global betrachtet treffen die Folgen vor allem Menschen ohne finanzielles Kapital. Es sind jene, die aufgrund ihrer sozialen Verhältnisse von einer intakten Biosphäre abhängen. Der globale Süden ist somit stärker betroffen als der Norden, Frauen* stärker als Männer und Arme stärker als Reiche. Die Frage nach dem Schutz der Umwelt ist dadurch eine Verteilungsfrage. Wir wollen dies nicht länger akzeptieren. Gesundheit und Nachhaltigkeit sind eine grundlegende Notwendigkeit für alle. Und eine umweltschädliche Produktionsweise und deren Folgen sind nicht alternativlos.

Landwirtschaft: Öko für alle!

Die aktuelle industrielle Landwirtschaft in Deutschland gefährdet Mensch und Natur. Sie ist ein Hauptverursacher von Nitratbelastungen, aber auch Feinstaub sowie dem Artensterben in Deutschland. Wir fordern deshalb die konsequente Einhaltung und Verschärfung von ökologischen Richtlinien. Gegen das Artensterben setzen wir auf eine Reduktion von Pestiziden. Gesundheits- und umweltschädliche Pestizide sollten ersetzt und nicht neu zugelassen werden. Wir setzen uns für konsequente Sanktionierung von gesundheits- und umweltschädlichen Methoden in der Landwirtschaft ein.

Nachhaltiger Konsum darf keine Frage des Geldbeutels sein: Wir wollen ökologische Produkte für alle! Wenn diese preisbedingt nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zur Verfügung stehen und mit konventionellen Produkten konkurrieren ist wenig erreicht. Ökologische Standards müssen vielmehr auch Einzug in die Produktion konventioneller Lebensmittel finden. Das alternative Konzept der solidarischen Landwirtschaft unterstützen wir und wollen dieses aktiv bewerben und finanziell unterstützen.

Die Spekulation mit Ackerland muss beendet werden. Gegen die horrenden Preise für landwirtschaftliches Land und die Akkumulation durch Großbetriebe fordern wir deshalb die Rekommunalisierung und bevorzugte Verpachtung an Jungbäuer_innen. Für uns gilt: Eigentum verpflichtet. Wer landwirtschaftliches Land besitzt sollte verpflichtet sein, dieses entweder in den Naturschutz oder in die landwirtschaftliche Produktion einzubringen. Gentechnik lehnen wir nicht grundsätzlich ab, jedoch stellt ihre kommerzielle Verwendung in der Landwirtschaft für uns keine Option dar. Sie kann für die landwirtschaftliche Produktion unter schwierigen Umweltbedingungen sinnvoll sein, die Lösung von Lebensmittelknappheiten sehen wir jedoch in der Verteilung des globalen Reichtums.

Energie: sauber und öffentlich!

Der Klimawandel ist eine der Hauptaufgaben unserer Zeit. Wir fordern deshalb einen schnellen und konsequenten Kohleausstieg bis 2025! Je-

der Mensch in der industrialisierten Gesellschaft benötigt Strom. Damit Strom nicht zum Gegenstand von Spekulation und Profitmaximierung wird, fordern wir die Rückführung des Energiesektors und des Versorgungsnetzes in die öffentliche Hand. Strom muss sauber sein und darf weder Umwelt noch Menschen schaden. Auch, wenn der Kohleausstieg bereits be-

lar, Geothermie und die Verstromung von biologischen Abfällen sind für uns gute Alternativen zum Kohlestrom. Energieraufwändigen und landwirtschaftsintensivierenden Strom aus eigens dafür angebauten Energiepflanzen lehnen wir hingegen genauso ab wie die Subventionierung dessen. Ein großes Problem der erneuerbaren Energie ist die inconstante Verfügbar-



Bild von @jungstung auf Pixabay

schlossen ist, fordern wir seine konsequente Umsetzung, die nicht zu Lasten der Verbraucher_innen und Arbeitnehmer_innen gehen darf. Für die Renaturierungskosten ehemaliger Kohlegebiete wollen wir die Verursacher_innen zur Kasse bitten. Da die Energiewende uns alle betrifft, fordern wir weiter die EEG-Umlage endlich auch auf Konzerne anzuwenden, welche als große Stromverbraucher_innen bisher nicht belastet werden. Desweiteren gilt es in den Regionen, in denen der Kohleabbau bisher eine wichtige wirtschaftliche Rolle gespielt hat, Alternativen zu schaffen und den Strukturwandel zu unterstützen. Um die Menschen von den Vorteilen alternativer Energien zu überzeugen, muss der Staat Aufklärungsarbeit und finanzielle Unterstützung leisten. Wind, So-

lar, Geothermie und die Verstromung von biologischen Abfällen sind für uns gute Alternativen zum Kohlestrom. Um die Durchsetzung der Energiewende zu beschleunigen brauchen wir mehr Forschung und Modellprojekte zur Speicherung von erneuerbaren Energien. Wir setzen uns daher für ein Wasserstoffzentrum in Sachsen als Energiespeicher ein.

Vermiedener Abfall muss nicht verbrannt werden

Die „Verwertung“ von Plastik heißt häufig: Verbrennung. Diese Praxis wollen wir verbieten! Auch wenn das Verbot von Plastik bisher mit Einschränkungen verbunden ist und für uns keine Option darstellt, fordern wir die Reduktion des Plastikmülls z. B. durch eine höhere Entsorgungsgebühr für Kunststoffe als die für Bioabfall an-

fallende Gebühr. Plastik soll außerdem nur dort genutzt werden, wo es sinnvoll und bislang alternativlos ist. Wir fordern eine Verschärfung der Verpackungsrichtlinien um sie auf das Nötigste zu reduzieren. Weiterhin schlagen wir vor, dass die Gebühren für die Abfallentsorgung, also für wiederverwertbare Stoffe wie Papier, Plaste, Glas, Bioabfall und Elektrokleingeräte, völlig kostenfrei gestaltet wird. Plastik wollen wir vor allem dort angreifen wo er entsteht, deshalb fordern wir eine Steuer bereits bei der Produktion von Plastik. Gegen den Verzicht oder das Verbot von Plastik wollen wir alternative Verpackungsmaterialien und ungiftige, biologische und Stoffkreislaufkonzepte setzen. Wo die Produktion von vollständig biologisch abbaubaren Materialien nicht möglich ist setzen wir auf Kreislaufsysteme, wobei die Produkte so zu designen sind, dass möglichst alle Ressourcen wiedergewonnen werden können. Wir setzen uns deshalb für verstärkte Förderung der Erforschung alternativer Verpackungsmaterialien und intelligenter Produktdesigns ein.

Naturschutz darf keine Grenzen kennen

Durch die Intensivierung von konventioneller Land- und Forstwirtschaft sind 66% aller in Europa zu findenden Habitate in ihrer Existenz gefährdet. Allein in Deutschland sind 51 – 75% aller Säugetierarten ausgestorben, in Europa sind 42% aller Tier- und Pflanzenarten in den letzten zehn Jahren in ihren Populationsgrößen geschrumpft und 82% aller Fische im Mittelmeer gelten als überfischt. Dieser Verlust an biologischer Vielfalt hat dramatische Folgen für die Luftreinigung und die Wasserfilterfunktion, aber auch die Bereitstellung von Lebensmitteln durch die Natur. Wir fordern, diese Funktionen der Natur qualitativ und quantitativ in Planungsprojekte zu integrieren und Naturressourcen besser zu schützen. Dem Schutz vor wirtschaftlichen Interessen kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Nichtregierungsorganisationen sollen dabei ein Klagerecht gegen die Zerstörung von Lebensräumen erhalten. Dafür bedarf es einer konsequenten Einhaltung von Richtlinien in Naturschutzgebieten und Nationalparks. Durch die Einrichtung von Naturschutzgebieten auf Zeit kann der spontanen Veränderung biologischer Systeme Rechnung getragen werden. Eine Jagd aus kommerziellen oder Gründen des Sportes lehnen wir ab. Darüber hinaus gilt es, Naturschutz nicht nur in Deutschland zu betreiben, sondern weltweit. Für dieses Ziel fordern wir folgerichtig die weltweite Einhaltung von Umweltstandards durch deutsche Firmen. Uns ist bewusst, dass es nicht ausreicht, Natur nur räumlich beschränkt zu schützen, deshalb setzen wir uns für die stärkere Integration und Gewichtung des Naturschutzes in Landwirtschafts-, Energie-, aber auch Bildungspolitik ein. In Städten soll die grüne Infrastruktur gefördert werden, um mehr Menschen Zugang zu Naturressourcen zu ermöglichen und der Natur innerstädtisch einen Rückzugsraum zu bieten.

Die Delegation von DIE LINKE im Europaparlament



EUROPEAN UNITED LEFT /
NORDIC GREEN LEFT
EUROPEAN PARLIAMENTARY
GROUP

Wer ist wofür zuständig? Und welche Kontaktmöglichkeiten gibt es?

Özlem Alev Demirel



Sprecherin für Arbeitsrecht, Friedens- und Sicherheitspolitik

Arbeitsschwerpunkte: Friedenspolitik, Außenpolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Arbeits- und Sozialpolitik, europäische Gewerkschaften

Ausschüsse des Europaparlaments: Vize-Präsidentin im Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE), Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales (EMPL) und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Delegationen: Mitglied in der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zur Türkei. Ansprechpartnerin für Nordrhein-Westfalen und Hamburg.

Büroleiterin: Alexandra Mehdi
alexandra.mehdi@ep.europa.eu
0032 2 28 45589

Cornelia Ernst

Sprecherin für Innen-, Netz- und Energiepolitik



Arbeitsschwerpunkte: Asyl/Migration, Datenschutz und innere Sicherheit, Energie- und Klimapolitik

Ausschüsse des Europaparlaments: Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Delegationen: Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zum Iran. Ansprechpartnerin für Sachsen und Rheinland-Pfalz

Büroleiterin: Manuela Kropp
manuela.kropp@ep.europa.eu
0032 2 28 45660

Martina Michels



Leiterin der Delegation. Sprecherin für Regionalpolitik, für Digitalisierung, Kultur und Medien

Arbeitsschwerpunkte: Regionalpolitik, sozial-ökologischer Strukturwandel, Kultur-, Medienpolitik, digitale Agenda, Bildungs- und Jugendpolitik

Ausschüsse des Europäischen Parlaments: Obfrau im Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI), stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) und mitwirkungsberechtigtes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages

Delegationen: Mitglied in der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Israel, Delegation zur parlamentarischen Versammlung Euronest (Länder der Östlichen Partnerschaft: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine und Weißrussland) sowie stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Länder des Südkaukasus (Armenien, Aserbaidschan, Georgien). Ansprechpartnerin für Berlin und Sachsen-Anhalt.

Mitarbeiterinnen:
Nora Schüttpeitz (Ausschuss für Regionale Entwicklung Delegation EU-Israel)
nora.schuettpelz@ep.europa.eu
+32 228 47834

Konstanze Kriese (Ausschuss für Kul-

tur und Bildung Delegation Südkaukasus, Euronest)
konstanze.kriese@ep.europa.eu
+32 228 37834

Martin Schirdewan

Ko-Vorsitzender der Linksfraktion GUE/NGL und Finanzpolitischer Sprecher



Mitglied in der Brexit Steering Group des Europäischen Parlaments, Mitglied in der Konferenz der Präsidenten (CoP)

Arbeitsschwerpunkte: Steuergerechtigkeit, Finanzpolitik, Konzernkontrolle, europäische Gewerkschaften, Brexit.

Ausschüsse des Europaparlaments: Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO).

Delegationen: Mitglied in der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Kanada. Ansprechpartner für Thüringen und Bremen.

Helmut Scholz

Sprecher für Handelspolitik und konstitutionelle Fragen

Arbeitsschwerpunkte: Handelspolitik, internationale Beziehungen, Institutionelle Angelegenheiten, Brexit.

Ausschüsse des Europäischen Parlaments: Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO)

Delegationen: Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, in der Delegation für die Beziehungen zu Weißrussland, im Komitee für die Beziehungen der EU zu Moldau sowie Mitglied in der Delegation zur parlamentarischen Versammlung (Euronest) und stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China. Ansprechpartner für Mecklen-

burg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein.

Mitarbeiter:
Bernd Schneider
bernd.schneider@ep.europa.eu
+32 228 37893

Fotos: © European Union, 2019



Eine bemerkenswerte Publikation

Dr. Hartmut Kästner empfiehlt einen Sammelband zur Nachbarschaft mit Russland

Ein (noch) nicht sehr großer Zusammenschluss Leipziger Bürger hat ein lesenswertes, unterhaltsames und zugleich ernstes Büchlein vorgelegt – „Geschichten über den Zaun. Zur Förderung guter Nachbarschaft mit Russland“. 26 Autoren berichten in knappen Beiträgen über ihre Beziehungen zu Russen und zu Russland (bzw. zur Sowjetunion). Erinnerungen an die Zeit nach 1945, insbesondere an die ersten Aufenthalte in der Sowjetunion, und persönliche Schilderungen gegenwärtiger Reisen durch und Aufenthalte in Russland stellen den Kern des Buches dar. Zugleich werden einige typische Gerichte der russische Küche sowie bekannte Lieder sowie Gedichte in Deutsch und Russisch vorgestellt.



Für den Leser ist es sehr anregend, den Autoren zu folgen, wie sie das Gesehene oder Gewesene ganz individuell verarbeiten. So kann er die Gedankengänge gut nachvollziehen und zu neuen Einsichten gelangen. Dabei ist heute die Brisanz der anti-russischen Politik der EU, der Nato und der deutschen Regierung offensichtlich. Man nimmt billigend in Kauf, dass aus dem kalten Krieg ein heißer wird. 1961 schrieb Jewtuschenko: „Nicht nur für das eigene Vaterland fiel der Soldat im Weltbrand. Nein, dass auf Erden jedermann in Ruhe schlafen gehen kann. Holt euch bei jenem Kämpfer Rat, der siegend an die Elbe trat, was tief in unserem Herzen blieb: meinst Du die Russen wollen Krieg?“

Die 20 lebenden Autoren des Buches (sechs sind verstorben) wenden sich gegen diesen verderbten Trend offizieller Politik und des journalistischen Mainstream. Viele Autoren erinnern sich: Eva Schloss (Die Russen), Christa Rüdiger (Vom Ende der Kindheit), Manfred Hessel (Weihnachten 1949), Cornelius Weiss (Wir „Russland-Kinder“), Clemens Weiss (Die Ärztin) und andere. Diese Erinnerungen strömen, trotz

der komplizierten Nachkriegssituation, eine Dankbarkeit gegenüber russischen Soldaten und einfachen russischen Bürgern aus. Die meisten Beiträge schildern, wie die Autoren das heutige Russland bzw. die Sowjetunion erlebt haben, so Frieder Hofmann (Moskau im Sommer 2016), Hans Pawletzky (Verspätete Reiseandenken), Helga Lemme (Chirurgiepraktikum in Kiew), Reinhard Bernhof (Aufgesetzt in Irkutsk; Stromaufwärts üben Ob), Albrecht Bemann (Lehrjahre an der Nawa), Helga Crostewitz (Eindrücke mit Nachdruck) und andere.

Johannes Schroth gibt mit seinen Erinnerungen an den „Tamada“ zugleich einen kleinen Einblick in Tisch- und Trinksitten und macht auf die Widersprüchlichkeit mancher gegenwärtiger Entwicklung aufmerksam (Der Fortschritt). Sehr einfühlsam schildert Volker Müller seine frühe Bekanntschaft mit der russischen Literatur (Erste Liebe). Interessant ist die Aufnahme einiger historischer Texte, so z.B. Befehle und Erlasse von Oberst Prendel, des russischen Stadtkommandanten von Leipzig 1813. Dazu zählen auch die Erinnerungen des „alten Mannes“ Wilhelm von Kugelgen an den Einmarsch russischer Truppen 1813 in Dresden.

Im öffentlichen Leben der Messestadt hat die Initiative, eine Kopie des Völkerschlachtdenkmals im russischen Ort Leipzig (im südlichen Ural) zu errichten, eine breite Öffentlichkeit erfahren. Heiko Waber, Mitinitiator dieses Projektes, erinnert in seinem Beitrag (Zwei Leipzigs schließen Freundschaft), was seit 2014 passiert ist. Hendrik Lasch hat in seinem Vorwort das Streben der Leipziger „Bürgerinitiative Gute Nachbarschaft mit Russland“ – die das Buch verantwortet – gut dargestellt: Die Mitstreiter verschiedener politischer, kultureller und ideologischer Couleur stoßen sich an der Ungleichheit der Behandlung Russlands in Vergleich zu anderen Staaten. Ins-



besondere in Ostdeutschland haben viel Menschen vielfältige Erfahrungen mit Sowjetbürgern und Russen, mit dem „großen Bruder“, gesammelt. „Sie pflegen persönliche Erinnerungen an ein großes, faszinierendes, an Widersprüchen reiches Land und seine herzlichen Menschen.“

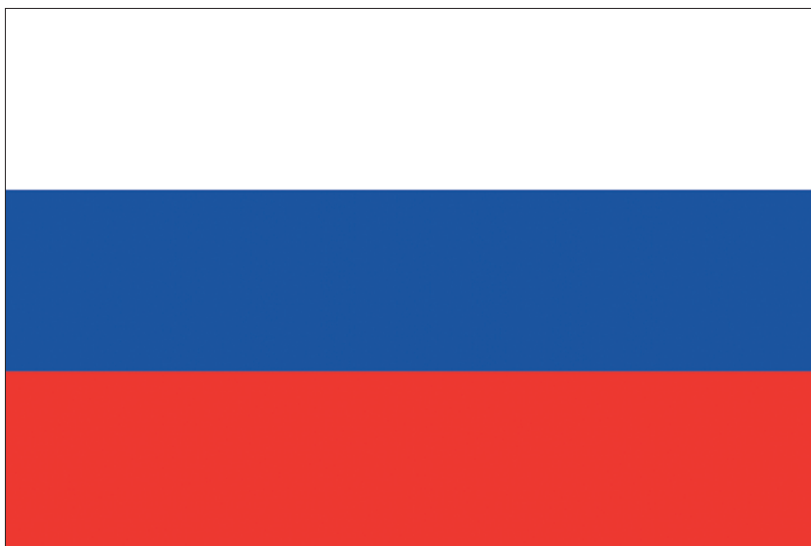
Schön wäre es gewesen, wenn Beiträge eines am Bau der Erdgasstrasse Beteiligten und eines Absolventen sowjetischer militärischer Bildungseinrichtungen noch Eingang in den

Band gefunden hätten. Auch wäre eine Systematik bei der Platzierung der Artikel wünschenswert gewesen.

Cornelius Weiss, der 86jährige Spiritus Rector der Bürgerinitiative, schreibt: „Wir sind uns einig in der tiefen Enttäuschung über die geschichtsvergessene und ebenso unmoralische wie unvernünftige heutige deutsche Ostpolitik. Wir sind empört, dass unsere Regierung gegenüber Russland den allwissenden Oberlehrer spielt ... Haben die Deutschen vergessen, was ihre Großväter und Väter den Völkern der Sowjetunion angetan haben? Wollen sie nicht mehr wahrhaben, dass die Russen trotz ihrer bösen historischen Erfahrungen mit Deutschland großmütig den Weg für dessen Wiedervereinigung frei gemacht haben?“

Er wie die Mitglieder der Bürgerinitiative sehen sich als „Russland-Versteher“ und begreifen die ursprünglich abwertend gemeinte Klassifikation als Auszeichnung.

Geschichten über den Zaun. Zur Förderung guter Nachbarschaft mit Russland, Engelsdorfer Verlag, Schongauerstraße 25, 04329 Leipzig; 0341 2711870; winfo@engelsdorfer-verlag.de





Städtetag

Städte unterstützen mehr Engagement für Klimaschutz

Seite 3

Landkreistag

Klimaschutz mit Blick für die ländlichen Räume

Seite 3

Seminare im Herbst

Veranstaltungen und Seminare des KFS zu folgenden Themen:

- Barrierefreiheit in der Kommune
- Der Jugendhilfeausschuss
- Zeitsouveränität
- Der kommunale Haushalt

Seite 4

Der Bürgermeister Rechtsstellung und Zuständigkeiten

In § 1 Abs. 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) werden der Gemeinderat und der Bürgermeister als „Organe der Gemeinde“ benannt. Neben dem Gemeinderat als dem Hauptorgan der Gemeinde¹ wird dem Bürgermeister eine eigene Organstellung zugewiesen. Analog gilt das nach § 1 Abs. 3 Sächsische Landkreisordnung (SächsLKrO) für den Kreistag und den Landrat.²

Die für den Bürgermeister festgeschriebene Organstellung bedeutet, dass er „nicht anders als der Gemeinderat eigenständig und auf der Grundlage eigener Kompetenzen Entscheidungen für die Gemeinde treffen kann...“ Mit der Organstellung des Bürgermeisters schreibt das Gesetz die Eigenständigkeit seiner Rechtsstellung auch und gerade im Verhältnis zum Gemeinderat fest: Soweit die Zuständigkeiten des Bürgermeisters reichen, entscheidet er selbst und ist nicht an Weisungen des Gemeinderats gebunden. Allerdings hat der Gemeinderat als Hauptorgan der Gemeinde (§ 27 Abs. 1 SächsGemO) eine Vorrangstellung inne und kann daher auch mit Wirkung für den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters die Grundsätze der Verwaltung der Gemeinde festlegen (§ 28 Abs. 1 SächsGemO).³

Der Bürgermeister ist nach § 158 Sächsisches Beamtengesetz (SächsBG) ein Wahlbeamter auf Zeit. Sein Beamtenverhältnis wird nicht durch eine Ernennung, sondern durch eine Wahl begründet. Dienstherr des Bürgermeisters (ebenso der Beigeordneten) ist nach § 159 Abs. 1 SächsBG die Gemeinde. Für den Bürgermeister,

ob haupt- oder ehrenamtlich, gelten in vollem Umfang die beamtenrechtlichen Dienstpflichten.

Nach § 51 Abs. 1 SächsGemO ist der Bürgermeister sowohl Vorsitzender des Gemeinderats als auch Leiter der Gemeindeverwaltung, außerdem vertritt er die Gemeinde nach außen.

Vorsitzender des Gemeinderats

Kraft Gesetzes gemäß § 36 Abs. 1 SächsGemO führt der Bürgermeister den Vorsitz im Gemeinderat und ist in dieser Eigenschaft auch „geborener“ Vorsitzender der beschließenden Ausschüsse des Gemeinderats.

Der Vorsitz kann ihm vom Gemeinderat „weder allgemein noch im Einzelfall ausgeschlossen oder eingeschränkt werden.“ Auch der Bürgermeister kann sich dieser Befugnis nicht von sich aus entziehen, „er kann die sich aus dem Vorsitz ergebenden Kompetenzen grundsätzlich nicht auf andere Personen übertragen.“⁴

Als Vorsitzender ist der Bürgermeister nach § 39 Abs. 5 SächsGemO bei Beschlussfassungen des Gemeinderats auch stimmberechtigt.

Nur dann, wenn im Gesetzestext bei Entscheidungen ausdrücklich von „Gemeinderäten“ die Rede ist, zählt die Stimme des Bürgermeisters nicht. Das betrifft hier sogenannte „Minderheitenrechte“ von Gemeinderäten (Recht auf Akteneinsicht, Einberufung einer Gemeinderatssitzung, einen Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung setzen).

Wofür ist der Bürgermeister als Vorsitzender des Gemeinderats hauptsächlich verantwortlich?

Tagesordnung

Der Bürgermeister ist zuständig für die Aufstellung der Tagesordnung der Gemeinderats- und Ausschusssitzungen. Er bereitet die Sitzungen des Gemeinderats und der Ausschüsse vor und vollzieht die Beschlüsse. Mit der Aufstellung der Tagesordnung besitzt der Bürgermeister die Hoheit über die Bestimmung der Verhandlungsgegenstände der Gemeinderatssitzungen. Damit hat der Bürgermeister die politische Initiative und verfügt somit auch über ein erhebliches politisches Gewicht. Jedoch steht dem Bürgermeister kein alleiniges Recht zu, über die Aufstellung der Tagesordnung zu bestimmen. Nach § 36 Abs. 5 ist auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Gemeinderäte oder einer Fraktion ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Gemeinderats zu stellen.

Einberufung

Zu den Aufgaben des Bürgermeisters gehört es nach § 36 Abs. 3 SächsGemO, den Gemeinderat schriftlich oder in elektronischer Form in angemessener Frist einzuberufen und die Verhandlungsgegenstände rechtzeitig mitzuteilen. Dabei sind die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

„Erforderlich sind die Unterlagen,

die der Gemeinderat zur angemessenen Vorbereitung auf die Sitzung benötigt, damit er eine sachgerechte Entscheidung treffen kann. Welche Unterlagen dazu gehören, ist eine Frage des Einzelfalles. Es kommt insbesondere auf den zu behandelnden Gegenstand, dessen Komplexität und Tragweite an. In Betracht kommen auch zusammenfassende Darstellungen von Gutachten, Planfertigungen, Skizzen, Prognoseberechnungen und dgl. Bei komplexen Vorgängen wird eine derartige Aufbereitung auch erforderlich sein. Andernfalls wäre eine zielgerichtete, ergebnisorientierte Beratung nicht möglich. Der Bürgermeister hat folglich die für die Entscheidung maßgeblichen Tatsachen und Gesichtspunkte zu ermitteln und darzustellen und eventuelle rechtliche Zweifelsfragen - u. U. durch Einschaltung der Rechtsaufsichtsbehörde - zu klären. Hält der Gemeinderat die Unterlagen für unzureichend und die Angelegenheit deshalb nicht für entscheidungsreif, kann er beschließen, dass der Bürgermeister die noch offenen Punkte klärt.

Die Übersendung der Unterlagen unterbleibt, wenn das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen... Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Sitzung öffentlich ist; auch für nichtöffentliche Sitzungen hat die Übersendung der Unterlagen zu erfolgen. Muss die Übersendung aber unterbleiben, z.B. aus Gründen der Geheimhaltungspflicht, so kann auch die Sitzung des Gemeinderates nur nichtöffentlich sein.“⁵

Fortsetzung auf folgender Seite

Sitzungsleitung

Nach § 38 Abs. 1 SächsGemO hat der Bürgermeister die Verhandlung des Gemeinderats zu leiten. Er kann die Verhandlungsleitung an einen Gemeinderat abgeben, dabei soll diese Übertragung „nur zeitweise und für bestimmte Tagesordnungspunkte erfolgen.“⁶

Die Verhandlungsleitung umfasst: die Eröffnung der Sitzung, das Aufrufen der Tagesordnungspunkte (Beratungsgegenstände), dazu selbst vorzutragen oder den Vortrag durch kompetente Mitarbeiter der Verwaltung halten zu lassen, das Wort zu erteilen und ggf. zu entziehen, insgesamt für den ungestörten Ablauf der Beratungen zu sorgen, die Aussprache zu schließen, den Gegenstand zur Abstimmung zu stellen, die Abstimmung zu leiten, ihr Ergebnis festzustellen und die Verhandlung zu schließen. Außerdem übt der Bürgermeister die Ordnungsgewalt (bezieht sich auf die Teilnehmer der Sitzung) aus und setzt das Hausrecht durch (bezieht sich auf die Zuhörer und zugezogene Personen, die keine Sitzungsteilnehmer sind).

„Bei der Verhandlungsleitung hat sich der Bürgermeister objektiv zu verhalten, den Sitzungsablauf unparteiisch zu gestalten und Neutralität gegenüber den verschiedenen politischen Richtungen zu wahren.“⁷ Jedoch steht es dem Bürgermeister bei Ordnungsverstößen (z.B. Äußerungen ohne Worterteilung, beleidigenden Äußerungen, gegen die Grundsätze der Menschlichkeit verstößende Äußerungen) zu, von seiner Ordnungsgewalt Gebrauch zu machen.

Widerspruchsrecht

Nach § 52 Abs. 2 ist der Bürgermeister berechtigt, Beschlüssen des Gemeinderats zu widersprechen. Dabei muss er Beschlüssen des Gemeinderats widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie rechtswidrig sind; er kann ihnen widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie für die Gemeinde nachteilig sind. Der Widerspruch muss unverzüglich, spätestens jedoch binnen einer Woche nach Beschlussfassung gegenüber den Gemeinderäten ausgesprochen werden. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Gleichzeitig ist unter Angabe der Widerspruchsründe eine Sitzung einzuberufen, in der erneut über die Angelegenheit zu beschließen ist; diese Sitzung hat spätestens vier Wochen nach der ersten Sitzung stattzufinden. Ist nach Ansicht des Bürgermeisters auch der neue Beschluss rechtswidrig, muss er ihm erneut widersprechen und unverzüglich die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit herbeiführen.

„Rechtswidrig ist jeder Verstoß gegen geltendes Recht sowohl in Hinblick auf den Inhalt des Beschlusses als auch hinsichtlich seines Zustandekommens. Zum geltenden Recht zählen das gesamte geschriebene (Gesetze, Rechtsverordnungen, Satzungen) und ungeschriebene (Gewohnheits-)Recht sowie öffentlich-rechtliche Vereinbarungen. Ein rechtswidriger Beschluss liegt auch dann vor, wenn unbestimmte Rechtsbegriffe fehlerhaft angewandt, Ermessen unrichtig ausgeübt oder bei Weisungsaufgaben fachaufsichtsrechtliche Weisungen nicht beachtet wer-

den.“⁸

Das Ausüben des Widerspruchsrechts bei Nachteiligkeit eines Beschlusses für die Gemeinde liegt ganz im Ermessen des Bürgermeisters. Als nachteilig kann ein Beschluss angesehen werden, wenn nach Auffassung des Bürgermeisters ein anderer Beschluss für die Gemeinde besser oder günstiger sein könnte. „Die Nachteiligkeit ist nicht auf rechtliche oder materielle Nachteile, Schäden und Gefahren für die Gemeinde selbst und unmittelbar beschränkt, sondern sie kann auch darin bestehen, dass sich allgemein Nachteile für die öffentlichen Interessen innerhalb der Gemeinde ergeben können. Gründe können z.B. negative Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen, das Ansehen der Gemeindeverwaltung oder den Frieden in der Gemeinde sein.“⁹

Eilentscheidungen

In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung auch nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Gemeinderatssitzung aufgeschoben werden kann, entscheidet nach § 52 Abs. 4 SächsGemO der Bürgermeister anstelle des Gemeinderats. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind dem Gemeinderat unverzüglich mitzuteilen. Das Gleiche gilt für Angelegenheiten, für deren Entscheidung ein beschließender Ausschuss zuständig ist.

Voraussetzungen für eine Eilentscheidung sind: (1) die Unmöglichkeit zu einer Einberufung der Sitzung auch ohne Frist und Form, (2) die Gefahr von Nachteilen für die Gemeinde.

„Die Unterlassung oder die Verzögerung der Entscheidung müsste erhebliche oder wesentliche Nachteile für die Gemeinde, einzelne Einwohner, sonstige Beteiligte oder die Allgemeinheit mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Folge haben. Es müssen nicht aufschiebbare Entscheidungen sein, die aus der Sache heraus unter einem solchen Entscheidungszwang stehen, dass sie nach den Umständen des Einzelfalls unverzüglich zu treffen sind. Gemeint sind nicht nur vermögenswirksame Schäden, sondern auch ideelle Schäden... Die Anlässe zu Eilentscheidungen können durchaus verschieden sein, z. B. Naturkatastrophen, Unglücksfälle, Versorgungsengpässe, Terminalsachen, dringliche Personalentscheidungen wie außerordentliche Kündigungen, Abwendung von Haftungs- und Regressansprüchen. Bei Eilentscheidungen ist der Bürgermeister nicht gezwungen, erreichbare Gemeinderäte vorher anzuhören, doch ist dies nicht ausgeschlossen.“¹⁰

Aufgrund der Vorrangstellung des Gemeinderats als Hauptorgan der Gemeinde ist das Eilentscheidungsrecht des Bürgermeisters sehr eng auszulegen und an hohe Anforderungen geknüpft. Eine Eilentscheidung muss auf außergewöhnliche Ausnahmefälle beschränkt bleiben und darf erst als „letztes Mittel“ eingesetzt werden.¹¹

Leitung der Gemeindeverwaltung

Nach § 53 Abs. 1 SächsGemO ist der Bürgermeister für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ord-

nungsmäßigen Gang der Gemeindeverwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Er ist nach § 53 Abs. 4 Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Gemeindebediensteten.

Innere Organisation

Es gehört grundsätzlich in die alleinige Zuständigkeit des Bürgermeisters, für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsmäßigen Gang der Gemeindeverwaltung zu sorgen und die innere Organisation der Gemeindeverwaltung zu regeln. Diese gesetzlich zugewiesenen Aufgaben als Leiter der Gemeindeverwaltung können ihm vom Gemeinderat nicht entzogen werden. Bei der Leitung der Gemeindeverwaltung handelt der Bürgermeister kraft originärer Zuständigkeit. In seine Leitungsbefugnis darf der Gemeinderat nicht eingreifen, es sei denn, der Gemeinderat muss in Ausübung seines Kontrollrechts beim Auftreten von Missständen in der Gemeindeverwaltung nach § 28 Abs. 3 für deren Beseitigung Sorge zu tragen.

Aufgabenverteilung

In den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters gehört die Verantwortung für die Gliederung der Gemeindeverwaltung und für die Verteilung der Aufgaben auf die einzelnen Verwaltungseinheiten. Dem Bürgermeister steht die Befugnis zu, die Gemeindeverwaltung etwa in Dezernate, Abteilungen, Ämter und Sachgebiete zu unterteilen und im einzelnen zu bestimmen, welche Aufgaben von den einzelnen Verwaltungseinheiten wahrzunehmen sind. Nur bei der Festlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten kann der Bürgermeister nicht uneingeschränkt handeln, sondern ist auf das Einvernehmen (hier des Stadtrats) angewiesen.

Weiterhin ist der Bürgermeister für den Einsatz der Gemeindebediensteten zuständig. Vor allem berechtigt das aus seiner Vorgesetztenstellung resultierende Weisungsrecht den Bürgermeister, allgemeine und besondere Anordnungen an die Gemeindebediensteten hinsichtlich der Art der Sachbearbeitung zu stellen. Selbst Beigeordneten kann der Bürgermeister allgemein oder im Einzelfall nach § 55 Abs. 3 SächsGemO soweit Weisungen erteilen, ohne ihnen dabei ihren Geschäftskreis ganz oder teilweise zu entziehen.

Ordnungsmäßigkeit

Der Bürgermeister trägt die Verantwortung dafür, dass die Dienstgeschäfte unter Berücksichtigung der gesetzlichen Verfahrensgrundsätze rechtzeitig, wirtschaftlich und rationell erledigt werden. Ihm obliegt ferner, für den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung zu sorgen. „Dazu gehören auch die Aufsicht über die Einhaltung der Arbeits- und Öffnungszeiten, über den taktvollen, verständlichen und nachvollziehbaren Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, über die ordnungsgemäße Aktenführung und Registratur, über die Form und Ausdruckweise sowie über die rechtzeitige Aufstellung des Haushaltsplanes und des Jahresabschlusses. Zum ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung gehört außerdem die Aufrechterhaltung der

Ordnung in den Verwaltungsgebäuden der Gemeinde durch die Ausübung des Hausrechts.“¹²

Laufende Verwaltung

In § 53 Abs. 2 SächsGemO ist bestimmt, dass der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung erledigt.

Allgemein werden unter Geschäften der laufenden Verwaltung solche Angelegenheiten des im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung verstanden, die mehr oder weniger regelmäßig wiederkehren und nach Größe, Umfang der Verwaltungstätigkeit und Finanzkraft der Gemeinde von weniger erheblicher Bedeutung sind. Das sind solche in der Gemeinde zu erledigenden Alltagsgeschäfte, bei denen eine Beratung und Entscheidung durch den Gemeinderat unnötig ist. Jedoch gibt es keine abschließende gesetzliche Definition, was denn unter die Geschäfte der laufenden Verwaltung fallen würde, da es wesentlich auf die Verhältnisse vor Ort im Einzelfall ankommt. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Größe der Gemeinde, ferner sind Struktur, Finanzkraft und Verwaltungsintensität zu berücksichtigen.

„Ob die finanziellen Auswirkungen erheblich sind, lässt sich auch für eine bestimmte Gemeinde nicht allgemeingültig beantworten, denn der für eine Aufgabe einzusetzende finanzielle Aufwand kann innerhalb der Gemeinde in den verschiedenen Ämtern unterschiedlich beurteilt werden. So kann die Beschaffung von Material zur Instandsetzung von Straßen im Wert von 25.000 EUR ein Geschäft der laufenden Verwaltung darstellen, während die Einrichtung einer Kinderbibliothek mit demselben Aufwand in der gleichen Gemeinde wegen ihrer grundsätzlichen kulturellen Bedeutung und wegen ihrer wesentlichen Auswirkungen auf den Kulturretat nicht zur laufenden Verwaltung gehört.“¹³

In der Regel gehören zu den Geschäften der laufenden Verwaltung:

- die Beschaffung des laufenden Bürobedarfes und sonstigen Verbrauchsmaterials,
- Geschäfte nach feststehenden Tarifen (z.B. die Belieferung mit Trinkwasser, Heizmaterial, Gas, Strom),
- die Heranziehung zu Gemeindeabgaben,
- die Entscheidung über Widersprüche von Bürgern gegen Verwaltungsakte der Gemeinde,

Fortsetzung auf Seite 3

Impressum

Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.
Großenhainer Straße 99
01127 Dresden
Tel.: 0351-4827944 oder 4827945
Fax: 0351-7952453
info@kommunalforum-sachsen.de
www.kommunalforum-sachsen.de
Red., Satz und Layout: A. Grunke
V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts finanziert.



Städte unterstützen mehr Engagement für Klimaschutz Schritte im Verkehr reichen noch nicht aus



Deutscher Städtetag nach Präsidiums-sitzung in Salzgitter zum Klimapakete

Pressemitteilung 24.09.2019

Die Städte halten einige Ansätze des von der Bundesregierung beschlossenen Klimapakets für sinnvoll. Sie gehen jedoch davon aus, dass die Maßnahmen aller Voraussicht nach nicht ausreichen, um in Deutschland die international vereinbarten Klimaziele bis 2030 zu erreichen. Das machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, nach einer Sitzung des Präsidiums des kommunalen Spitzenverbandes in Salzgitter deutlich.

„Es ist gut und notwendig, dass die Bundesregierung dem Klimaschutz einen höheren Stellenwert einräumt. Der Einstieg in eine CO₂-Bepreisung, Förderprogramme etwa für Gebäudesanierung und einzelne Maßnahmen im Verkehrsbereich weisen in die richtige Richtung“, sagte der Städtetagspräsident: „Allerdings wird manches zu zaghaft und langsam angepackt. Vor allem die Vorschläge für den Verkehr halten wir als Städte noch nicht für ausreichend, um die Klimaziele zu erreichen.“

Aus Sicht der Städte entscheidet sich der Erfolg der Klimabeschlüsse des Bundes zu einem großen Teil daran, wie gut die Verkehrswende zu nachhaltiger Mobilität gelingt. Die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs lagen im vergangenen Jahr noch immer auf dem Niveau von 1990. Denn bisherige Ver-

besserungen im Abgasverhalten werden durch immer mehr und immer schwerere Fahrzeuge und die deutliche Zunahme des Verkehrs aufgeessen.

„Alternative Antriebe zu fördern, das Bahnfahren attraktiver zu machen und die Umstellung der Kfz-Steuer sind richtig, reichen voraussichtlich aber nicht aus, um die CO₂-Einsparungsziele für den Verkehrsbereich zu erreichen“, so Jung: „Wir müssen es schaffen, dass der CO₂-Ausstoß im Verkehr signifikant sinkt. Deshalb muss es für die Menschen noch attraktiver werden, vom Auto auf emissionsarme Verkehrsmittel umzusteigen. Die Städte brauchen Unterstützung durch Bund und Länder, um rasch notwendige Investitionen für einen attraktiven ÖPNV mit mehr modernen Bussen und Bahnen leisten zu können. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass der Bund die Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) auf zwei Milliarden Euro anheben will und damit um eine Milliarde Euro mehr als bisher geplant. Dies entspricht einer langjährigen Forderung des Deutschen Städtetages. Das darf aber nicht erst im Jahr 2025 kommen. Diese Mittel müssen schon bei der laufenden Novelle der Gemeindefinanzierung noch in dieser Legislaturperiode greifen. Auch die Länder müssen dies durch zusätzliche Mittel unterstützen.“

Mit diesen Mitteln werden Stadt-, U- und Straßenbahn-Systeme realisiert

oder ausgebaut, die bis heute den städtischen Verkehr überhaupt am Leben halten. Der Deutsche Städtetag setzt sich zudem dafür ein, dass mit den Mitteln des Programms sanierungsbedürftige ÖPNV-Systeme grundlegend erneuert werden können. Das ist auch Voraussetzung dafür, mit Digitalisierungsmaßnahmen im ÖPNV Wirkungen zu erzielen.

Die Städte unterstützen, dass die CO₂-Einsparziele für alle Sektoren festgeschrieben und regelmäßig überprüft werden sollen. Nur so können zeitnah daraus Anpassungen bei den Maßnahmen eingeleitet werden.

Klimaschutz in den Städten und Ausbau der erneuerbaren Energien

Der Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Wolfgang Griesert aus Osnabrück, sagte mit Blick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, in Korrespondenz zur CO₂-Bepreisung sei die geplante Senkung der EEG-Umlage sinnvoll, auch um den saubereren Strom zu begünstigen und den Umstieg auf „grünen“ Strom zu fördern. Dazu gehöre aber auch ein ambitionierter Ausbau der erneuerbaren Energien.

Zum Engagement der Städte beim Klimaschutz betonte der stellvertretende Städtetagspräsident: „Klimaschutz ist eine globale Herausforderung, der sich die Städte schon seit vielen Jahren aktiv stellen. Das gilt auch für die Anpassung an den Klimawandel als eine weitere wichtige Zukunftsaufgabe, der wir uns neben vielen anderen nationalen und regionalen Handlungsbedarfen widmen. Klimaschutz ist derzeit ein bestimmendes Thema in vielen Rathäusern. Die Städte bauen erneuerbare Energien stärker aus und senken gemeinsam mit ihren Stadtwerken ihre CO₂-Emissionen. Sie forcieren den Umbau zu nachhaltiger Mobilität. Sie treiben die energetische Sanierung von Gebäuden voran und berücksichtigen Klimaskutzkriterien stärker bei der Bauleitplanung. In jeder

Stadt wird derzeit diskutiert, was noch mehr getan werden kann, damit die Klimaziele von Paris erreicht werden. Diese Diskussionen müssen wir nutzen, um weiter voranzukommen beim nachhaltigen Stadtumba“, so Griesert.

Initiativen, die den kommunalen Klimaschutz und das private Engagement für mehr Klimaschutz stärken, wie beispielsweise die Bewegung „Fridays for Future“, könnten die Arbeit der Städte unterstützen. Der Städtetag empfehle den Städten, gemeinsam mit den im Klimaschutz aktiven gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, wie beispielsweise den Klimabündnissen, Agenda 21-Gruppen und Schülerbewegungen örtliche Projekte im Klimaschutz zu prüfen und umzusetzen. In einer Reihe von Städten sei das bereits geübte Praxis oder macht man sich auf diesen Weg.

(www.staedtetag.de)

Klimaschutz mit Blick für die ländlichen Räume

Deutscher Landkreistag

Pressemitteilung 18. September 2019

Der Deutsche Landkreistag hat sich im Vorfeld seiner Jahrestagung in Merseburg (Saalekreis) zum Klimaschutz geäußert. Präsident Landrat Reinhard Sager sprach von einem Thema, dessen Bedeutung mittlerweile wahlentscheidende Dimensionen angenommen habe. „Den Landkreisen kommt etwa bei den erneuerbaren Energien, beim Wald oder beim Umbau des Energiesystems eine zentrale Rolle zu. Klimaschutz und Energiewende dürfen nicht auf Kosten der ländlichen Räume gestaltet werden. Als Standorte für Windenergieanlagen, Photovoltaik-Freiflächen, Biogasanlagen und Überlandleitungen tragen die ländlichen Räume besondere Belastungen. Es bedarf deshalb bei möglichen neuen Instrumenten wie einer CO₂-Bepreisung auch eines besonderen Ausgleichs für die ländlichen Räume. Zudem gilt es, umgehend in moderne Mobilitätsinfrastruktur wie Schienenwege, bedarfsgerechte und

Fortsetzung auf folgender Seite

Fortsetzung von Seite 3

Der Bürgermeister...

- der Abschluss von Werk- und Dienstverträgen des alltäglichen Verkehrs (Instandhaltungsarbeiten usw.),
 - die Inanspruchnahme von inneren und äußeren Kassenkrediten nach Maßgabe der Haushaltssatzung,
 - der Abschluss von gängigen Versicherungen für die Gemeinde,
 - die Zuordnung von Hausnummern, da hierbei die Ordnungsfunktion im Vordergrund steht und dem Eigentümer des betroffenen Grundstücks damit auch keine begünstigende Rechtsposition verschafft wird, sondern diese nur tatsächliche Auswirkungen hat.
- Keine Geschäfte der laufenden Verwaltung sind in den meisten Gemeinden Entscheidungen mit Dauerwirkung wie beispielsweise:
- die längerfristige Entscheidung über die Vergabe von Räumen der Gemeinde, die Zusage der Einstellung eines leitenden Bediensteten, die Verleihung des Ehrenbürgerrechts,
 - der Erlass allgemeiner Richtlinien

für die Ermessenspraxis der Gemeinde bei der Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für Werbeanlagen im öffentlichen Straßenraum (auch bei Großstädten kein Geschäft der laufenden Verwaltung),

- der Erlass allgemeiner Richtlinien für die Zulassung von Bewerbern zu Volksfesten und Märkten,
- die Benennung von Straßen und Plätzen,
- der Erlass allgemeiner Regelungen zu der von der Vergabe einzelner Nummern zu trennenden Frage, nach welcher Systematik die Hausnummernverteilung im Gemeindegebiet vorgenommen werden soll,
- die Entwidmung von öffentlichen Wegen und
- der Abschluss eines Grundstückstauschvertrags über ein größeres Grundstück.¹⁴

Bei den Geschäften der laufenden Verwaltung handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der folglich gerichtlich voll überprüfbar ist. Ob ein Geschäft der laufenden Verwaltung vorliegt, hat der Bürgermeister in ei-

gener Zuständigkeit zu prüfen. Streitigkeiten zwischen dem Bürgermeister und dem Gemeinderat, ob ein Geschäft der laufenden Verwaltung vorliegt, können Gegenstand eines Kommunalverfassungsverfahrens vor dem zuständigen Verwaltungsgerichts sein.

AG

¹Sie hierzu „Der Gemeinderat. Kompetenzen und Rechtsstellung“ in: *Kommunal-Info Nr. 7/2019*.

²Wenn nachfolgend die Rechtsstellung und die Zuständigkeiten des Bürgermeisters nach §§ 51 bis 53 SächsGemO behandelt werden, dann gilt das ebenso entsprechend für den Landrat nach §§ 47 bis 49 SächsLKrO.

³Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. *Ergänzbarer Kommentar ...*, G § 51, Randnummer (Rn) 3.

⁴Ebenda, G § 51, Rn 16.

⁵Ebenda, G § 36, Rn 22f.

⁶Sächsische Gemeindeordnung. *Kommentar*, Hrsg.: Binus/Sponer/Koolmann, *Kommunal- und Schulverlag 2016*, S. 146.

⁷Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. *Ergänzbarer Kommentar ...*, G § 51, Rn 21.

⁸Sächsische Gemeindeordnung. *Kommentar*, Hrsg.: Binus/Sponer/Koolmann..., S. 188.

⁹Ebenda, S. 189.

¹⁰Ebenda, S. 191.

¹¹Vgl. *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar ...*, G § 52, Rn 110.

¹²Sächsische Gemeindeordnung. *Kommentar*, Hrsg.: Binus/Sponer/Koolmann..., S. 193.

¹³Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. *Ergänzbarer Kommentar ...*, G § 53, Rn 31.

¹⁴Sächsische Gemeindeordnung. *Kommentar*, Hrsg.: Binus/Sponer/Koolmann..., S. 194f.

Fortsetzung

Klimaschutz... ländliche Räume

flexible Angebote, Radwege und vieles mehr zu investieren.“

Man müsse gut aufpassen, dass es beim Klimathema nicht wieder zu einer einseitigen Wahrnehmung der großen Städte komme: „56 % der Bevölkerung leben in ländlichen Räumen. 91 % der Fläche Deutschlands sind ländlich.“ Die Energiewende entscheide sich vor allem im ländlichen Raum.

In diesem Zusammenhang ist Sager davon überzeugt, dass es ein falscher Weg wäre, mit Verboten statt mit Anreizen zu operieren und beispielsweise Treibstoffe höher zu besteuern. „Das führt lediglich zu höheren Kosten für die Verbraucher, die auf das Auto angewiesen sind. Und diese finden wir nicht in den großen Städten mit ihrem engen ÖPNV-Netz. Nein, die davon betroffenen Pendler leben in den Landkreisen und vielfach im ländlichen Raum.“ Dies verdeutliche, dass Schnellschüsse in der Klimapolitik zwar auf den ersten Blick nach einfachen Lösungen klingen, bei Lichte betrachtet aber große strukturelle Verwerfungen hervorrufen könnten. „Daher müssen die Folgewirkungen mitgedacht und an anderer Stelle abgedeckt werden.“

Gleiches gelte für die Mobilitätswende, die der Klimawandel immer dringlicher werden lasse. Sie betreffe nicht nur Berufspendler, auf die in der laufenden Debatte besonderes Augenmerk gerichtet werden sollte. „Von einer Verteuerung der Autonutzung betroffen wären die allermeisten Haushalte in den Landkreisen. Denn hier – und das ist ein großer Unterschied zu den Großstädten – verfügt nahezu jede Familie über mindestens ein Auto.“ Solle beispielsweise Elektromobilität breite Akzeptanz finden, müsse deshalb die entsprechende Infrastruktur mit Unterstützung von Bund und Ländern noch weiter und verstärkt flächendeckend ausgebaut werden. Auch autonome Fahrzeugkonzepte sollten gerade in der Fläche erprobt werden.

Schwieriger sei die Situation bei kommunalen Nutzfahrzeugen und Elektrobussen, so Sager weiter: „Die EU hat hier unlängst ambitionierte Vorgaben gemacht, die vorsehen, dass bis 2025 bzw. 2030 ein großer Teil der beschafften Busse und Lkw ‚saubere Fahrzeuge‘ sein müssen. Das ist allerdings im ländlichen Raum ohne massive Unterstützung auch durch Bund und Länder im Zuge der anstehenden Beschlüsse des Klimakabinetts nicht darstellbar – den Verkehrsbetrieben drohen sonst unverhältnismäßige Kosten. Das bringt den ÖPNV in der Fläche nicht voran, schlimmstenfalls sogar zum Erliegen.“

Und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien müsse mit besonderem Blick für die Landkreise und mit Augenmaß betrieben werden: „Von daher sind Energiepolitik und Klimaschutz strukturpolitische Themen, bei denen man die unterschiedlichen Betroffenheiten von Stadt und Land in eine gesunde Balance bringen muss. Nicht zuletzt um die Akzeptanz für die Energiewende zu sichern, brauchen wir viel klarere, wirtschaftliche Anreize. Die Wertschöpfung muss bei den Menschen vor Ort bleiben“, formulierte er zum Schluss.

(www.landkreistag.de)

Vorschau auf Seminare

Info-Veranstaltung Barrierefreiheit in der Kommune Wo besteht noch Handlungsbedarf?

22. Oktober 2019, 17 - 20 Uhr
Infoladen Zittau, Äußere Weberstraße 2
02763 Zittau

Gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention sind Voraussetzungen zu schaffen, die es behinderten Menschen ermöglichen, gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Hierzu gehören beispielsweise auch barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Wo besteht im Landkreis Görlitz weiterer Handlungsbedarf, was muss sich ändern? Und welche Möglichkeiten haben die Kommunen dazu? Wo und wie können sich Betroffene Gehör verschaffen?

REFERENTEN:

- Jens Hentschel-Thöricht (Kreisrat, Stadtrat)
- Winfried Bruns (Vorsitzender des Sozialverbandes VDK, Ortsverband Löbau – Zittau)

Kein Teilnehmerbeitrag !

Grundlagenseminar Der Jugendhilfeausschuss

am 25. Oktober 2019, 16 Uhr - 21 Uhr
Kreativcafé „All In“, Rosenhof 14
09111 Chemnitz

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss nimmt unter den kommunalen Ausschüssen eine Sonderstellung ein. Zum einen ist er auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte zwingend gesetzlich vorgeschrieben. Zum anderen sind in diesem Gremium nicht nur kommunale MandatsträgerInnen stimmberechtigt, sondern auch die VertreterInnen der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe. Da treffen viele Personen aus verschiedenen Kontexten aufeinander, um gemeinsam die Kinder- und Jugendhilfepolitik der Kommune zu gestalten.

Die Kinder- und Jugendhilfeausschüsse in Sachsen werden mit Beginn der Wahlperiode 2019 neu besetzt, drum bietet das KFS allen neuen VertreterInnen, ob mit oder ohne Mandat, dieses Seminar an. Langjährige und erfahrene Mitglieder von Kinder- und Jugendhilfeausschüssen führen in die Besonderheiten der Arbeit dieser Ausschüsse ein.

REFERENTIN: Sabine Pester (Stadträtin, Historikerin, Vorsitzende KFS)

Teilnehmerbeitrag: 10 EUR, ermäßigt 5 EUR

Ermäßigung für KFS-Mitglieder und ALG-Empfänger, Auszubildende etc. Teilnahmebeitrag inklusive alkoholfreien Tagungsgetränken. Teilnahme nur nach voriger Anmeldung und Bestätigung!

Grundlagenseminar Zeitsouveränität

1. November 2019, 17 Uhr - 3. November 2019, 13 Uhr
Landhotel Frankenberg, Dammplatz 3
09669 Frankenberg

Fraktions, Gemeinderats und Ausschusssitzung. Dazu Einladungen, Gespräche, Vorbereitungszeit. In der Kommunalpolitik und besonders im Ehrenamt ist Zeit ein wertvolles Gut. Wie schaffen wir es, der Hetzerei und Fremdbestimmung aktiv entgegen zu steuern? Ist es möglich, seine eigenen Belastungsgrenzen zu berücksichtigen und den eigenen Tagesrhythmus bei der Arbeitsplanung mit einzubeziehen? Wie kann ich meine Energie bündeln und den Alltag bewältigen? Das Seminar unterstützt dabei, durch praxisnahe Übungen und kritische Reflexionen Zeit auf die richtige Art und Weise zu nutzen.

REFERENT: Dr. Christian Wirrwitz (Dozent, Trainer, Coach)

Teilnehmerbeitrag: 30 EUR, ermäßigt 15 EUR

Ermäßigung für KFS-Mitglieder und ALG-Empfänger, Auszubildende etc. Teilnahmebeitrag inklusive alkoholfreien Tagungsgetränken und Handbuch. Teilnahme nur nach voriger Anmeldung und Bestätigung!

Grundlagenseminar Der kommunale Haushalt

vom 8. November 2019, 18 Uhr - 9. November 2019, 16 Uhr
Jugendherberge, Herbergsweg 2
04651 Bad Lausick/OT Buchheim

Der kommunale Haushalt oder: wo kommt das Geld her und wo geht es hin? Wer den Haushalt einer Kommune versteht, kann auch besser Politik betreiben. Dazu gehört es, über die Grundlagen orientiert zu sein: Was ist eine Haushaltssatzung, was ein Haushaltsstrukturkonzept und was ein Haushaltsplan? Nach welchen Grundsätzen sind sie aufzustellen und was wiederum bedeuten vorläufige Haushaltsführung und Nachtragshaushalt?

Natürlich soll es nicht allein bei der Theorie bleiben. Ganz praktische Fragen wie z.B. welchen Einfluss MandatsträgerInnen überhaupt auf den Haushaltsplan haben, wie Gebühren und Beiträge kalkuliert werden und was die EinwohnerInnenzahl für den kommunalen Haushalt bedeutet, werden ebenso behandelt.

Ziel des Seminars ist es, die haushälterischen Grundlagen zu vermitteln, euch einen informierten Einblick zu verschaffen und so politische Handlungsspielräume zu erkennen!

REFERENT: Alexander Thomas (Dipl.-Verwaltungswirt, parl.-wiss. Berater)

Teilnehmerbeitrag: 20 EUR, ermäßigt 10 EUR

Ermäßigung für KFS-Mitglieder und ALG-Empfänger, Auszubildende etc. Teilnahmebeitrag inklusive Übernachtung, alkoholfreien Tagungsgetränken und Handbuch. Teilnahme nur nach voriger Anmeldung und Bestätigung!

Anmeldungen an: Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V., Großenhainer Straße 99, 01127 Dresden

Tel.: 0351-4827944 oder 4827945, Fax: 0351-7952453

info@kommunalforum-sachsen.de, www.kommunalforum-sachsen.de

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

klare Ansage: Wir müssen jetzt schnellstens und schonungslos nachdenken, wie wir uns anders aufstellen und wie wir innerhalb und außerhalb des Parlaments die schlagkräftige soziale Opposition sein können, um zwar nicht die zahlenmäßige, aber die politische Oppositionsführerschaft zu erringen. Ich will dazu beitragen, was ich kann. Die Fraktion hat mich, zunächst für ein Jahr, wieder zum Vorsitzenden gewählt, damit will ich die Neuaufstellung begleiten.

Für dieses Vertrauen bin ich sehr dankbar. Wir müssen den Blick nun nach vorn richten und lösungsorientiert diskutieren. Alles kommt auf den Prüfstand: Mit welchen Strukturen wir arbeiten, wie wir uns thematisch aufstellen, wie wir kommunizieren und unsere Arbeit nach außen darstellen: Gewohnt sachlich, aber rebellischer im Auftreten, damit wir unsere Konzepte für ein soziales Sachsen besser zu Gehör bringen. Bei unserer Klausur in Meißen haben wir das mit externen Gästen schon andiskutiert, und Abgeordnete wie Beschäftigte der Fraktion arbeiten derzeit mit Hochdruck an neuen Ideen.

Wir kämpfen weiter – und freuen uns über jede Unterstützung. Auch wenn die Rahmenbedingungen für uns als nunmehr wohl einzige demokratische Oppositionspartei nicht leichter geworden sind: Wir resignieren nicht, sondern sind entschlossen, uns wieder größeren Einfluss zu erkämpfen, schon im Interesse der vielen Menschen in unserem Lande und außerhalb, die auf eine starke LINKE wie auf eine starke Linke angewiesen sind.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Für konstruktive und laute Opposition

Seit dem 1. Oktober ist der 7. Sächsische Landtag im Amt. Zur Konstituierung wurden auch die 14 Abgeordneten der Linksfraktion per Handschlag verpflichtet. Der alte Landtagspräsident ist auch der neue – Matthias Röbber (CDU), zuletzt in den Schlagzeilen als Gastgeber einer Wahlkampfveranstaltung mit Hans-Georg Maaßen, die in AfD-Kreisen euphorisch gefeiert wurde. „Mit diesem Votum für einen National-Konservativen demonstriert die CDU-Fraktion, dass sie aus dem Wahlergebnis nichts gelernt hat“, befand **LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt**. „Richtig wäre es gewesen, ein Gesicht zu nominieren, das mit einer Positionierung gegen antihumanistische Tendenzen wahrgenommen wird.“ Röbber erhielt 87 Stimmen – die CDU stellt 45, die „Kenia-Koalition“ 67 Abgeordnete. Also muss Röbber Stimmen von der AfD erhalten haben – aus der Linksfraktion sicher nicht.

Eine Änderung der Geschäftsordnung führt dazu, dass die Linksfraktion trotz ihres Mandatverlusts weiter ein Vizepräsidenten-Amt besetzen kann. Sie nominierte Luise Neuhaus-Wartenberg, die im dritten Wahlgang gewählt wurde und mehr Stimmen erhielt als der AfD-Kandidat für den zweiten Vizepräsidenten-Platz. Die Geschäftsordnung stand überhaupt zur Debatte. Die Linksfraktion beantragte diverse Änderungen. Im Lichte jüngster Erfahrungen plädierten wir für drei anstelle von zwei Plenartagen pro Sitzungswoche, damit

die Beratungen nicht mehr bis in die Nacht dauern. Auch erhoben wir erneut die Forderung, dass die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen sollten, wie es in zahlreichen Bundesländern der Fall ist. Wir wollen die Staatsregierung stärker in die Pflicht nehmen, Landtag und Öffentlichkeit mit Informationen zu versorgen – über ihre Vorhaben, Staatsverträge, Verordnungen, Bundesratsangelegenheiten und mehr. Die Streichung der Ministerbefragung, über die CDU, SPD und Grüne diskutiert hatten, lehnte die Linksfraktion ab.

rungen künftig zwecks Veröffentlichung aufgezeichnet werden. Die angehenden Koalitionäre stimmten keinem dieser Vorschläge zu. Das macht wenig Hoffnung auf eine neue politische Kultur, in der Vorschläge mit Blick auf die Sache anstatt aufs Parteibuch diskutiert werden.

Nun muss laut Verfassung binnen vier Monaten ein Regierungschef gewählt werden, sonst gibt es Neuwahlen. Wir sind gespannt, ob eine „Kenia“-Koalition aus CDU, SPD und Grünen



Wir wollen sie aufwerten – etwa indem auch der Ministerpräsident regelmäßig Rede und Antwort steht. Und um zu zeigen, dass externer Sachverstand im Parlament gefragt ist, sollten Anhö-

zustande kommt und welchen Weg sie einschlägt. Wir nehmen den Auftrag der Wählerinnen und Wähler an und werden eine ebenso konstruktive wie laute Opposition sein!

Vorstand gewählt – zunächst bis 2020

Am 17. September hat die Linksfraktion sich eine Geschäftsordnung gegeben und einen Vorstand gewählt. Rico Gebhardt bleibt Vorsitzender (neun Ja-, vier Nein-Stimmen, eine Enthaltung) und Sarah Buddeberg Parlamentarische Geschäftsführerin (zwölf Ja- und zwei Nein-Stimmen). Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählten die 14 Abgeordneten Susanne Schaper (neun Ja- und drei Nein-Stimmen) sowie Marika Tändler-Walenta (acht Ja- und fünf Nein-Stimmen). Die Amtszeit dieses Vorstandes läuft ein Jahr.

„Das Wahlergebnis war für uns – und für mich – ein politisches Erdbeben. Die Zerstörungen sind erheblich. Das sieht man an all denen, die leider nicht im Landtag sind. Nun ist die Antwort auf Erdbeben nicht, dass man alle beschädigten Häuser, die noch stehen, vorsorglich dem Erdboden gleichmacht. Es geht darum, das noch Bestehende auf Stabilität zu prüfen und das Kaputte stabiler wiederaufzubauen“, begründete **Rico Gebhardt** seine Kandidatur, über die er lange nachge-

dacht habe. Er wolle Verantwortung für die Neuaufstellung des parlamentarischen Arms der sächsischen LINKEN übernehmen und die Phase der Neuaufstellung begleiten. „Eine wichtige

Rolle haben für mich auch die unzähligen Anrufe und Nachrichten seit der Wahlnacht gespielt, die mich aufgefordert haben, jetzt in dieser schwierigen Situation nicht hinzuschmeißen.“



V. l. n. r.: Susanne Schaper, Marika Tändler-Walenta, Sarah Buddeberg, Rico Gebhardt.

Wofür wir streiten

Wir haben unsere 14 Abgeordneten gefragt:

Was ist die wichtigste politische Veränderung in Sachsen, für die Du in den kommenden fünf Jahren im Landtag streiten willst?

Hier sind die Antworten:

„Das wichtigste Thema der nächsten fünf Jahre und darüber hinaus ist die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen. Der Schutz von Klima und Umwelt umfasst alle Sektoren – Energieversorgung, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft. So wie Deutschland



weltweit vorbildlich werden sollte, muss Sachsen in Deutschland vorbildlich sein. Das heißt: Vorfahrt für erneuerbare Energieträger, Alternativen zum Auto und energetische Sanierung fördern, die Nahrungsmittelproduktion ökologisch machen, Insekten schützen. Es gibt viel zu tun – und die Zeit drängt!“

Marco Böhme, MdL

„Sachsen muss sich der Digitalisierung stellen. Derzeit sind Verwaltung und Infrastruktur schlecht vorbereitet. Datennetze gehören in die öffentliche Hand, öffentlich gesammelte Daten müssen frei zugänglich sein. Digitalisierung verändert auch



die Arbeit. Dauernde Belastung und Erreichbarkeit steht wachsender Produktivität gegenüber. Die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche ist wieder aktuell!“

Nico Brünler, MdL

„Ich werde mich für eine gewaltfreie Gesellschaft einsetzen, in der es keine Diskriminierung auf Grund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Ori-



entierung oder sozialem Status gibt. Es geht nicht um Sonderrechte, sondern um ein Sachsen, in dem wir alle frei und selbstbestimmt leben können. Mein Motto bleibt daher: Lieber gleichberechtigt als später!“

Sarah Buddeberg, MdL

„Überall in Sachsen muss es sich gut leben lassen. Ich will dafür streiten, dass es überall schöne gleichwertige



Lebensbedingungen gibt, was vor allem abseits der Großstädte großes Engagement erfordert. Wir dürfen aber keine Region abhängen oder aufgeben. Ein zweites wichtiges Ziel ist der Schutz des öffentlichen Eigentums vor Privatisierung.“

Antje Feiks, MdL

„Wir sollten als Freistaat alle Möglichkeiten nutzen, um Profitinteressen aus zentralen Lebensbereichen herauszuhalten. Es gibt Felder, die für unser aller Leben enorm wichtig sind



und wo es nicht darauf ankommen darf, dass Leistungen sich rechnen, sondern dass sie in höchster Qualität erbracht werden – etwa die Wasser- und Energieversorgung, Krankenhäuser, Pflege oder Wohnen. Öffentliches Eigentum vor privaten Interessen!“

Rico Gebhardt, MdL

„Ich werde mich u.a. für mehr Jugendbeteiligung einsetzen, z. B. durch Absenkung des Wahlalters und Einführung von Jugendbeteiligungsforen. Außerdem streite ich für die Erhöhung und Weiterentwicklung der Jugend-



pauschale, um Jugendclubs und Alternative Jugendzentren, vor allem außerhalb der Großstädte, zu erhalten und auszubauen. Weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung von Jugendprojekten gegen z. B. Neonazismus.“

Anna Gorskih, MdL

„Ich streite für eine solidarische und unteilbare Gesellschaft, für Freiheit und Gleichheit – diesseits und jen-



seits des Parlaments, gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft. Das heißt in Sachsen vor allem, vereint standzuhalten gegen autoritäre Entwicklungen und den bedrohlichen Rechtsruck. Deshalb brauchen wir endlich ein Gesamtkonzept zur Zurückdrängung der extremen Rechten.“

Kerstin Köditz, MdL

„Für ein besseres Sachsen! Ich setze mich in den nächsten fünf Jahren für einen gelingenden Strukturwandel ein. Denn es wird nicht der letzte



sein. Wir brauchen viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, um Konflikte zu lösen, oder vielleicht auch erstmal ungewöhnliche Projekte, wie ein Modellprojekt Grundeinkommen oder eine geförderte Regionalwirtschaft.“

Antonia Mertsching, MdL

„Ich will im Landtag eine Stimme von Mieterinnen und Mietern sein und werde dafür streiten, dass Mieten bezahlbar bleiben und werden. Dafür braucht es grundlegende Veränderungen, nicht nur beim sozialen Wohnungsbau. Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge, keine Ware. In diesem Sinne müssen öffentliche und



gemeinwohlorientierte Vermieter gestärkt und die Dominanz der privaten Immobilienunternehmen zurückgedrängt werden.“

Juliane Nagel, MdL

„Wir haben jetzt jahrelang über Geld und Lehrkräftestellen reden müssen. Ich will, dass endlich wieder Bildungspolitik gemacht wird! Wir müssen



moderne Pflege erhalten kann – ohne Kopfzerbrechen, ob man sie sich leisten kann!“

Susanne Schaper, MdL

„Ich wünsche mir moderne gesetzliche Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen Bevölkerungsschutz. Das bedeutet auch, das Sächsische Gesetz über den Brandschutz, Ret-



Franz Sodann, MdL

„Sachsen muss sich stärker einbringen in Europa, dazu kann auch der Landtag beitragen. Europapolitik darf sich nicht darin erschöpfen, Fördermittel abzugreifen. Wir wollen ein positives Leitbild für ein Europa der



Regionen entwickeln und streiten für die Umgestaltung der EU zur Sozial-, Rechts- und Wirtschaftsunion. Wir wollen kein Europa des Kapitals, sondern eines für uns Menschen, das den Frieden sichert. Das verlangt den radikalen Umbau der EU-Institutionen.“

Marika Tändler-Walenta, MdL



dringend darüber nachdenken, was wie gelernt und gelehrt werden soll. Das Bildungssystem muss verantwortungsbewusste, demokratische und friedensbewegte junge Menschen hervorbringen, die unsere Gesellschaft weiterentwickeln helfen.“

Luise Neuhaus-Wartenberg, MdL

„Es gibt auch in Sachsen inzwischen Pflegeheime, in denen alle oder fast alle Bewohner zum Sozialamt müssen, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet und Beiträge in die Pflegeversicherung eingezahlt haben. Eine Schande! Wir wollen eine Pflegeversicherung, die ihren Namen verdient. Alle, die ein Einkommen erzielen, ob aus Arbeit oder am Finanzmarkt, sollen für dessen gesamte Höhe Beiträge einzahlen. Ich will eine Gesellschaft, in der jeder menschenwürdige



tungsdienst und Katastrophenschutz in zielgenaue Einzelgesetze weiterzuentwickeln. Und ich will, dass die Kommunen mehr finanziellen Entscheidungsspielraum bekommen, damit sie das Leben vor Ort verbessern können, anstatt von einer Pflichtaufgabe zur nächsten zu hetzen.“

Mirko Schultze, MdL

„Ich sehe die Bewahrung der Freiheit von Kunst und Kultur als meine oberste Aufgabe. Wir wollen Freiräume erhalten und ausbauen. Im ländlichen Raum sollen Atelierbeauftragte die dortige Entwicklung unterstützen. Und ich kämpfe für mehr Verbraucherschutz dahingehend, dass die Staatsregierung endlich ihrer Pflicht nachkommt, zu verhindern, dass die Menschen an jeder Ecke vom Kapitalismus über den Hobel gezogen werden.“



**Unsere Landtags-Vizepräsidentin:
Luise Neuhaus-Wartenberg**

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de

Glückwünsche für Luise Neuhaus-Wartenberg nach ihrer Wahl zur Landtags-Vizepräsidentin



Schon zur Konstituierung des 7. Sächsischen Landtages gab es klare Ansagen der LINKEN-Abgeordneten - hier Marco Böhme und Anna Gorskih

Erste Initiative: Für eine gerechte Grundsteuer!

Schon der erste Vorstoß der Linksfraktion in der neuen Wahlperiode betrifft uns alle: Es geht um die Reform der Grundsteuer. Unser Gemeinwesen kann nicht auf diese Einnahme verzichten. Doch es kommt darauf, wer durch die Steuer wie stark belastet wird. Wer ein kleines oder mittleres Einkommen hat, soll nicht mehr zahlen müssen. Die Grundsteuer darf auch nicht den angespannten Wohnungsmarkt in den Städten und die steigenden Mietpreise weiter hochtreiben. Nicht-profitorientierte, gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen und -träger sollten von ihr befreit werden.

Vor allem wollen wir erreichen, dass die Grundsteuer nicht mehr auf die

Miete umgelegt werden kann. Das muss auf der Bundesebene geregelt werden – aktuell gibt es im Bundesrat einen Gesetzesantrag des rot-rot regierten Landes Berlin, die Umlagemöglichkeit abzuschaffen. Die Grundsteuer soll also kein Bestandteil der Betriebskosten mehr sein dürfen, dazu müsste die Betriebskostenverordnung geändert werden. Dann wäre die Grundsteuer eine Eigentümerabgabe, entsprechend dem Grundsatz „Eigentum verpflichtet“. Wir wollen die sächsische Landesregierung beauftragen, das im Bundesrat zu unterstützen. Die Entlastung der Mieterinnen und Mieter ist also Thema unseres ersten Antrages nach der Wahl – und ein klarer Auftrag an die nahehe „Kenia“-Koalition.

Wir halten auch an unserer Forderung fest, dass die Grundsteuer den Verkehrswert der Gebäude und Grund-

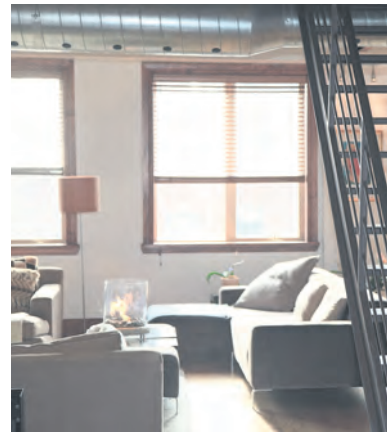


Bild von LEEROY Agency auf Pixabay

stücke berücksichtigen muss. Sonst müssten Villenbesitzer für einen Quadratmeter Wohnfläche nicht mehr Grundsteuer bezahlen als die Mieterinnen und Mieter einer Sozialwohnung.

Die Grundsteuer wird bald ein landespolitisches Thema werden – denn das entworfene Bundesgesetz enthält eine Öffnungsklausel für die Länder, die Alleingänge ermöglicht. Bayern hat schon angekündigt, eine vom Wert des Grundstückes unabhängige Grundsteuer anzustreben. Auch Sachsens Finanzminister will diese Regelung nutzen. Wir werden der neuen Regierung genau auf die Finger schauen und aufpassen, dass das nicht zu unsozialen Grundsteuer-Änderungen führt!

Keine Opposition im Wartestand

Wohl bis zum Jahresende werden CDU, SPD und Grüne hinter verschlossenen Türen darüber verhandeln, was sie sich für die nächsten fünf Jahre vornehmen wollen – und mit welchem Personal eine neue Regierung arbeiten soll. Die Opposition bleibt draußen. Aber wir warten natürlich nicht, bis die Koalitionäre zu Potte gekommen sind. Wir begleiten die Verhandlungen mit Forderungen, denn viele Probleme harren einer schnellen Lösung. Sachsen verdient eine Landesregierung, die zum Beispiel ...

- die Ausbildung attraktiver macht. Denn Sachsen braucht mehr Handwerkerinnen und Handwerker, zu viele Lehrstellen bleiben frei. Auszubildende sollen künftig kostenlos zur Berufsschule kommen. Wir wollen ein landesweites Bildungs-Ticket für den gesamten Ausbildungsverkehr, ob zur Schule oder Berufsschule: Zehn Euro für alle im ganzen Land! Heute müssen viele

Auszubildende über hundert Euro von ihrem oft sehr bescheidenen Lehrlings-Salär für die Monatskarte aufbringen. 68 Euro für das Verkehrsverbände-übergreifende Ticket, wozu sich die CDU/SPD-Koalition mit Ach und Krach durchgerungen hat, sind zu viel.

- Druck macht für höhere Löhne, etwa durch ein soziales Vergabegesetz. Staatliche Aufträge sollen nur noch an Unternehmen gehen, die gute Arbeit auch anständig bezahlen. Es soll nicht mehr nur um das vermeintlich wirtschaftlichste Angebot gehen, das in der Regel das billigste ist. Wie wichtig solcher Druck ist, zeigt der aktuelle Warnstreik von Gebäude-Reinigungskräften.

- Strukturwandel-Politik nicht nur für Braunkohle-Revier macht, sondern auch für die sächsische Automobilindustrie, in der zehntausende Arbeitsplätze durch die Umstellung auf Elek-

tromobilität wegzufallen drohen – vor allem in der Industrieregion Chemnitz/Erzgebirge. Die Suche nach klima- und umweltschonender Mobilität ist wichtig. Die Menschen in Sachsen haben aber einen Anspruch darauf, dass die Regierungspolitik diese Prozesse mit Industriepolitik begleitet, um einem Kahlschlag in der Industrielandschaft entgegenzuwirken.

- sich um bezahlbares Wohnen kümmert. Seit 2006 ist der Bestand an Sozialwohnungen in Sachsen von 134.000 auf 11.800 und damit um 95 Prozent (!) gesunken. Die CDU-geführten Regierungen geben nicht einmal die Bundesmittel für soziale Wohnraumförderung vollständig an die Kommunen weiter, und sie investieren kein Landesgeld. Das muss sich ändern!

- Familien mehr Zeit gibt. In unserem Nachbarland Thüringen ist der Weltkin-

dertag am 20. September dank rot-rot-grüner Mehrheit gesetzlicher Feiertag. Wir wollen für Sachsen ebenfalls einen gesetzlichen Familien-Feiertag: den ersten Freitag im Juni im Zusammenhang mit dem Internationalen Kindertag. Das wäre ein starkes Signal an die Familien und passte als nichtkonfessioneller Feiertag zu einer Gesellschaft, die zu drei Vierteln nicht religiös, aber an humanistischen Werten des Zusammenlebens interessiert ist.

- jungen Leuten mehr demokratische Beteiligung ermöglicht. Engagierte junge Menschen treiben schon seit über einem Jahr die herrschende Politik in der Schlüsselfrage Klimaschutz vor sich her. Nicht zuletzt deshalb ist es höchste Zeit, Kindern und Jugendlichen die Mitwirkungsrechte zu geben, die ihnen zustehen. Gerade Sachsen ist da besonders rückständig – hier gibt es im Unterschied zur Mehrheit der Bundesländer nicht mal Wahlalter 16 bei Kommunalwahlen. Dass Jugendliche ab 16 mit der Fahrschule beginnen können, aber nicht mitentscheiden dürfen, wie ihr Lebensumfeld aussieht, ist ein Widerspruch!

Nur noch peinlich

Sachsens Ex-Ministerpräsident Tillich (CDU) hat einen neuen Job – als Aufsichtsratschef bei der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft. Das hat „mehr als ein Geschmäcke“, finden Linksfraktionschef Rico Gebhardt und die stellvertretende LINKEN-Landesvorsitzende Dr. Jana Pinka. Denn Tillich war in seiner Amtszeit ein gnadenloser Kohlelobbyist ohne Rücksicht auf Verluste bei Umwelt und Kultur, und nun verdient er sein Geld ausgerechnet mit einem Bergbauunternehmen. Seine Arbeit in der Kohlekommission diente wohl der Vorbereitung.

Tillichs Nachfolger Kretschmer fällt indes mit destruktiven Rundumschlägen gegen ein sowieso unzureichendes „Klimapaket“ als Verteidiger der Vergangenheit auf. Und diese personifizierte Vergangenheit macht nun Kohle mit der Kohle ...



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag